



Dr. Otto Wiesheu:

Emissionshandel schadet der Wirtschaft

Heftig kritisiert der Minister das Vorgehen der Bundesregierung. Durch gravierende Fehler habe sie einen nationalen Alleingang vollzogen. **Seite 6**



Josef Deimer:

Würdigung einer großen Lebensleistung

Zum Ende seiner 35-jährigen Amtszeit wurde Landshuts Oberbürgermeister bei einem feierlichen Festakt offiziell verabschiedet. **Seite 13**



Alfons Zeller:

Wertschöpfung für das Allgäu

Wie der Vorsitzende des Tourismusverbandes betonte, verspricht sich die Region von der Nordischen Ski-WM nachhaltigen Erfolg. **Seite 15**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 20. Januar 2005

56. Jahrgang / Nummer 1/2

Kommunen und regionale Energieversorger:

Breites Spektrum an Berührungspunkten

Tagung von KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss in München

Die vielfältigen Beziehungen zwischen Kommunen und regionalen Energieversorgern waren Gegenstand der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München. Unter der Leitung von Landrat Luitpold Braun stand Dr. Peter Deml, Vorstandsvorsitzender der E.ON Bayern AG, hierzu detailliert Rede und Antwort.

Zuvor jedoch berichtete Hans Hammer, Honorarkonsul von Sri Lanka, aus aktuellem Anlass über die dramatische Lage im Land nach der Flutkatastrophe in

Südostasien - sprich die Bildung voranzubringen und einen Erfahrungsaustausch für kommunale Einrichtungen wie Verwaltung, Feuerwehr, Schulen und

Positiv zu vermerken sei allerdings, dass die Seuchengefahr inzwischen gebannt und Tourismus durchaus wieder möglich sei. Gäste seien ausdrücklich willkommen.

Hilfe auf schnellstem Weg

Mittlerweile sei die kurzfristige Notversorgung gewährleistet. In Abstimmung mit der sri-lankischen Botschaft in Berlin sei das Honorarkonsulat in München jedoch nach wie vor bemüht, „dass sämtliche Spenden, ob Sach- oder Geldspenden, auf unbürokratische Weise (Fortsetzung auf Seite 4)



Im Beisein zahlreicher Gäste aus Politik und Wirtschaft wurde der langjährige stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Bayerischen Landesbank, Dr. Peter Kahn (2. v. r.) in den Ruhestand verabschiedet. Die Laudatoren Dr. Siegfried Naser, Prof. Dr. Kurt Falthäuser und Werner Schmidt (v.l.) würdigten gemeinsam mit der Vorsitzenden des Einzelpersonalrats, Roswitha Bendel, die herausragenden Leistungen Kahns in bewegenden Worten. Seiner Fachkompetenz und seinem vorbildlichen Einsatz sei es mit zu verdanken, dass das bayerische Spitzeninstitut nach schweren Zeiten den Turnaround geschafft hat und für die Zukunft gut aufgestellt ist. Ein ausführlicher Bericht über die Veranstaltung sowie eine Würdigung des Lebenswerkes von Dr. Kahn folgen im Finanzfachthema der nächsten GZ-Ausgabe. **Foto: Meinen**



Die Nöte der Katastrophenregion in Südostasien schilderte der Generalkonsul von Sri Lanka, Hans Hammer (li.), den Mitgliedern des KPV-Landesvorstands, bevor der Chef von E.ON Bayern, Dr. Peter Deml, vor dem Gremium über die energiepolitische Situation in Deutschland referierte. **Foto: Rappold**

Südostasien und über Möglichkeiten direkter Hilfe. Hammer nahm die Gelegenheit wahr, ein großes Anliegen Sri Lankas zu übermitteln, nämlich langfristige Partnerschaften mit Städten und Gemeinden speziell in Bayern einzugehen. Dies zum einen, um einen langfristigen Wiederaufbau zu sichern, zum anderen, um einen ideellen Austausch zu

Krankenhäuser zu ermöglichen. Bislang habe die Flut in Sri Lanka 31.000 Todesopfer gefordert, 7000 Menschen würden vermisst, berichtete Hammer.

Bayerische Krankenhausgesellschaft:

Kliniken zwischen Reformen und Finanzknappheit

„Die chronische Unterfinanzierung der Kliniken, vor der wir jahrelang gewarnt haben, wird nun in aller Schärfe sichtbar“ erklärte der Vorsitzende der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Oberbürgermeister Franz Stumpf, bei der Mitgliederversammlung in München. Vor rund 200 Vertretern aus dem bayerischen Gesundheitswesen betonte er, die Welle massiver Veränderungen habe längst alle Krankenhäuser des Freistaats erreicht. Viele Krankenhaussträger ordneten ihre Krankenhausstruktur neu und dächten laut über Bettenabbau nach.

Als Grund hierfür wird in Fachkreisen oft die Einführung des Fallpauschalensystems genannt, die aber nach Auffassung der Bayerischen Krankenhausgesellschaft nicht die alleinige Ursache für den tief greifenden Wandel in der Krankenhauslandschaft und die weit greifenden Reformen der Krankenhaussträger ist. Der wahre Grund für den

augenblicklichen Wandel liege tiefer und sei wesentlich differenzierter zu sehen.

Neues Leistungsspektrum

Unabhängig von der DRG-Einführung gibt es Stumpf zufolge eine Reihe anderer Reformvorhaben und gesetzgeberischer Eingriffe, die zum Teil schon mehrere Jahre zurückliegen, die jetzt aber immer mehr ihre Wirkung entfalten. Dazu zähle z. B. der Katalog zum ambulanten Operieren, der die Krankenhäuser zwingt, ihr Leistungsspektrum im stationären Bereich neu zu bestimmen und eine Infrastruktur für diese Versorgung aufzubauen. Auch träten die diversen Bestimmungen zur Qualitätssicherung, und hier besonders die Mindestmengenregelung, allmählich in den Vordergrund und werden bald auch Häuser der Grund- und Regelversorgung tangieren. Zudem hinterlasse die integrierte Versorgung im Krankenhaus zunehmend ihre Spuren und erfordere eine Anpassung der Strukturen.

Qualitätsanforderungen

Wesentlich verschärft wird der eingeleitete Umbruch laut Stumpf u. a. durch Wettbewerb, erhöhte Qualitätsanforderungen, Reduzierung der Verweildauer, Neuorganisation der betrieblichen Prozesse, Abbau der Abtei-

ren Versorgungsstufen sind die Umwälzungen zur Zeit massiv und von intensiven Diskussionen begleitet.

Weil die Verantwortung für Krankenhausplanung und -förderung bei der Bayerischen Staatsregierung liegt, ist nach Auffassung der BKG in besonderem Maße aber auch die Landespolitik gefragt, sinnvolle Re- (Fortsetzung auf Seite 4)



Ein besserer Mensch werden. Viele Leute haben sich diesen Wunsch erfüllt und ihrem Erschrecken über die Naturgewalt des Seebebens vor Sumatra in tatkräftiger Hilfe für die Opfer Ausdruck gegeben - auch im Städtchen des Bürgermeisters. **Seite 15**

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Erfolg des Gemeindetags:

Erleichterungen bei der Ausschreibung und Vergabe öffentlicher Aufträge

Brandl: Ein echter Durchbruch für Bayerns Kommunen

Der Bayerische Gemeindetag hat weit reichende Verbesserungen bei der Ausschreibung und Vergabe öffentlicher Aufträge durch Bayerns Kommunen erreicht. Der Ministerrat hat eine deutliche Anhebung der Wertgrenzen für freihändige Vergaben und beschränkte Ausschreibungen beschlossen. Damit wurde eine langjährige Forderung des kommunalen Spitzenverbands erfüllt. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Jetzt bekommen Bayerns Kommunen einen wesentlich größeren Handlungsspielraum. Ich sehe dies als wichtigen Schritt in Richtung „Bürokratieabbau“ und Beseitigung von unnötigen Investitionshemmnissen an.“

Das bayerische Kabinett unter Vorsitz von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat beschlossen, die Wertgrenzen für freihändige Vergaben und beschränkte Ausschreibungen wie folgt anzuheben:

- ≠ Die Wertgrenze für freihändige Vergabe wurde von 10.000 Euro auf 30.000 Euro erhöht, also verdreifacht.
- ≠ Für die beschränkte Ausschreibung ohne weitere Begründung gelten künftig folgende Wertgrenzen:
 - 300.000 Euro im Bereich Tiefbau (bisher 125.000 Euro)
 - 150.000 Euro brutto im Bereich Hochbau, also Rohbau, Erd-, Beton- und Maurerarbeiten (bisher 75.000 Euro)
 - 75.000 Euro brutto für Ausbaugewerke (Hochbau) Pflanzarbeiten, Straßenausstattung (bisher 40.000 Euro).

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bayern bringt Deregulierung voran	Seite 2
Freistaat baut Kinderbetreuung aus	2
GZ-Kolumne Hanns Dorfner: Gemeinsame Jugendarbeit - ein Gebot der Stunde	3
Sachliche Zuständigkeit im Sozialhilferecht neu regeln!	3
GZ-Fachthemen: Kommunale Energiepolitik	5 - 8
Abfallwirtschaft, Recycling, Umweltschutz	9 - 11
Kommunales Verkehrswesen	12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Bayern bringt Deregulierung voran

„Bürokratischer Ballast über Bord“ / Vereinfachungen bei Genehmigungsverfahren und im Vergaberecht

Mit der Einführung eines Verfahrensmanagers zur Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, Genehmigungshöchstfristen und Vereinfachungen im öffentlichen Vergaberecht setzt Bayern seine mit der Henzler-Kommission begonnenen Entbürokratisierungsoffensive fort. „Viele Unternehmen investieren nicht, weil staatliche Genehmigungsverfahren zu lange dauern oder zu kompliziert sind. Deshalb werden wir in einer Reihe von Verfahren Genehmigungshöchstfristen einführen. „Wenn die Behörde nicht innerhalb eines vorgegebenen Zeitrahmens entscheidet, gilt das beantragte Anliegen als genehmigt“, erläuterte Innenminister Günther Beckstein die Initiative.

Laut Beckstein eignen sich hierfür bestimmte Verfahren insbesondere aus dem Vereinsrecht und aus dem Gaststättenrecht. Beispielsweise können danach Satzungsänderungen bei wirtschaftlichen Vereinen und die Erlaubnis zum Gaststättenbetrieb vereinfacht werden. Weitere Verfahren aus den Bereichen des Gewerberechts und des Verkehrswesens fallen in die Kompetenz des Bundes. Hier will Beckstein mit den übrigen unionsgeführten Ländern die Möglichkeit einer Bundesratsinitiative erörtern.

Verfahrensmanager

Zweiter Eckpunkt der vom Ministerrat beschlossenen Deregulierungspakets ist die Einführung eines sog. Verfahrensmanagers für Unternehmensgründungen und wirtschaftliche Investitionen. Beckstein: „Sind für Unternehmensgründungen oder Investitionen mehrere Genehmigungen erforderlich, sollen die Investoren nicht von Behörde zu Behörde laufen müssen. Deshalb wollen wir, dass Antragsteller in Bayern nur eine Anlaufstelle und nur einen Ansprechpartner kontaktieren müssen. Unser Ziel ist die Genehmigung aus einer Hand.“ Hierzu soll es künftig in bayerischen Verwaltungsbehörden einen sogenannten Verfahrensmanager geben, der als verantwortlicher Sachbearbeiter den Antragsteller wie ein Lotse durch das gesamte behördliche Verfahren leitet.

Bürgerbüro

In ausgewählten, einfach gelagerten Routineverfahren kann außerdem ein „Bürgerbüro“ alle behördlichen Leistungen gebündelt anbieten. Weitere Verfahrenserleichterungen bringen Internetplattformen, auf denen Behörden umfassende Informationen zu Leistungen, Ansprechpartnern und Verfahren online präsentieren. Zusätzlich können Antragsformulare elektronisch abgerufen und der Behörde elektronisch zugeleitet werden.

Neu ist außerdem eine elektronische Verfahrensdatenbank. Damit hat der Antragsteller die Möglichkeit, jederzeit Auskünfte über den Stand seines Verfahrens

noch effektiver gestalten. Auch in diesem Bereich sind schnellere Entscheidungen nötig, damit Planungssicherheit für Investitionen hergestellt werden kann.“ Diesem Ziel dient auch das Basisvergabehandbuch für Bauleistungen, mit dem einheitliche und für alle bayerischen Behörden bindende Regeln zur Vergabepraxis sichergestellt werden sollen. Das Basiswerk soll im Frühjahr 2005 fertiggestellt sein. Staatsminister Erwin Huber

betonte die Notwendigkeit der mit der Henzler-Kommission eingeleiteten konsequenten Deregulierungsstrategie der Bayerischen Staatsregierung: „Die Wirtschaft in Deutschland wird immer noch von einer Fülle staatlicher Vorschriften, Genehmigungserfordernissen und Nachweispflichten belastet. Deshalb ist die Politik gefordert, Überregulierungen zurückzuziehen. Der bürokratische Ballast muss über Bord. Indem wir

Freistaat baut Kinderbetreuung aus

Ergänzung für 313 Millionen-Sonderprogramm / Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Das Bayerische Kabinett hat als Ergänzung zum 313 Millionen Euro Sonderprogramm ein neues Gesetz für alle Formen der Kinderbetreuung beschlossen. Familienministerin Christa Stewens: „Die Staatsregierung will, dass Eltern eine echte Wahl haben bei der Entscheidung für Familienarbeit oder Erwerbstätigkeit. Deshalb gehört der konsequente Ausbau der Kinderbetreuung zu unseren absoluten politischen Prioritäten, auch wenn in vielen anderen Bereichen gespart werden muss.“

Die Staatsregierung liege richtig mit ihrer Politik für Familien, Kinder und Bildung, betonte die Ministerin. Stewens: „In Bayern verbinden so viele Frauen Familie und Beruf wie in keinem anderen Bundesland. Fast 70 Prozent aller Frauen mit Kindern unter 18 Jahren sind berufstätig. Gleichzeitig liegen unsere Kinder bei allen Leistungsstests in Deutschland auf Spitzenplätzen und auch international ganz weit vorn.“ Kein Land investiere so viele zusätzliche Mittel in die Kinderbetreuung wie das Familienland Bayern mit einem 313 Millionen Euro Sonderprogramm, erklärte Stewens. Das neue Gesetz für alle Formen der Kinderbetreuung sei eine weitere wichtige Weichenstellung, um jungen Eltern das Ja zum Kind zu erleichtern und die praktischen Probleme im Alltag leichter zu bewältigen. Stewens: „Mit dem neuen Gesetz wird es uns gelingen, für Kinder aller Altersstufen wohnortnahe, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Betreuungsangebote zu schaffen, bei denen das Kind im Mittelpunkt steht.“

Das neue bayerische Gesetz zur Kinderbetreuung hat folgende Eckpunkte:

Optimale Qualität

Grundlage der Arbeit in den Kindertagesstätten ist der neue bayerische Bildungs- und Erziehungsplan mit der Orientierung am Entwicklungsstand des Kindes, dem Lernen durch Spielen sowie frühem Lernen als Grundstein für lebenslanges Lernen. Stewens: „Ein besonderer Schwerpunkt wird die Förderung der Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen sein. Denn die Sprache ist der

Mit Sicherheit kein Job-Wunder

Auf dem Arbeitsmarkt erwartet Wiesheu auch 2005 „mit Sicherheit kein Job-Wunder“. Man könne aber zumindest auf eine gewisse Stabilisierung der Entwicklung hoffen. Auch im Freistaat gebe es Branchen, denen aufgrund der Billig-Konkurrenz aus dem Ausland die Produktion wegbräche. So seien die Textilindustrie und die Porzellanhersteller in den vergangenen Jahren zu Anpassungsprozessen gezwungen worden. Durch eine Innovationspolitik mit der Förderung neuer Produkte und Betriebe und der Erschließung neuer Märkte sei es aber gelungen, den Verlust von Arbeitsplätzen im Freistaat in den vergangenen zehn Jahren weitgehend wieder aufzufangen.

Vertrauensfrage

Eine Initialzündung für einen durchgreifenden Wirtschaftsaufschwung in Deutschland ist nach Einschätzung Wiesheus nicht in Sicht: „Die Leute glauben nicht daran, dass es aufwärts geht und halten sich deshalb mit Ausgauen zurück. Das ist eine Vertrauensfrage.“ Dies werde sich nur ändern, wenn die Bundesregierung einen noch entschiedeneren Reformkurs fahre. DK

Wechsel an der Spitze des Bayerischen Städtetags

Die Amtszeit des Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Josef Deimer, endet nach fast 30 Jahren am 31.12.2004. Die Wahl eines neuen Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags findet am 2. Februar 2005 in München statt. In der Zwischenzeit vertritt der erste stellvertretende Vorsitzende, Oberbürgermeister Christian Ude, bei seiner Verhinderung der zweite stellvertretende Vorsitzende, Erster Bürgermeister Rudolf Schupp (Berchtesgaden), den Verband.

Unternehmen und Arbeit von überflüssiger Bürokratie befreien, übernehmen wir in Bayern eine wichtige Vorreiterrolle für ganz Deutschland.“

ten, Kinderhorte und Netze für Kinder geschaffen.

Bürokratieabbau und Deregulierung

Das bisherige Nebeneinander des bayerischen Kindergartengesetzes nebst sechs Verordnungen und den einschlägigen Richtlinien wird abgeschafft. Gleichzeitig wird das Verfahren für die Betriebslaubnis und die Förderung auf das Nötigste reduziert.

Stärkung der Kommunen

Die Stellung der Kommunen beim Ausbau der Kinderbetreuung wird deutlich gestärkt. Entscheidungen sollen möglichst vor Ort getroffen werden. Die Gemeinden können nach den Bedürfnissen der Eltern und ihrer Kinder entscheiden, welche Plätze zur Kinderbetreuung gebraucht werden. Nach dieser Anerkennung durch die Gemeinde erfolgt dann die finanzielle Förderung neuer Kinderbetreuungsplätze durch den Freistaat und die Kommune. Stewens: „Diese neue Form der Planung von Betreuungsplätzen ermöglicht maßgeschneiderte Konzepte und gibt den Kommunen die notwendige Planungssicherheit.“

Für die Betreuung der Kinder von der Geburt bis zum Alter von 16 Jahren stehen in Bayern bereits rund 500.000 Plätze zur Verfügung. Allein die Zahl der Betreuungsplätze für die Kinder unter drei Jahren wurde von 2001 bis 2004 um 30 Prozent gesteigert. Bis 2008 soll die volle Bedarfsdeckung erreicht sein. Für Kinder im Kindergartenalter zwischen drei und sechs Jahren ist in Bayern bereits eine weitestgehende Bedarfsdeckung erreicht worden. Finanziert wird der Ausbau der Kinderbetreuung unter anderem durch ein bayerisches Sonderprogramm in Höhe von 313 Millionen Euro. Im Jahr 2004 gibt Bayern für seine Kindertagesstätten 570 Millionen Euro aus. Die Kommunen wenden einen mindestens ebenso hohen Betrag auf.

Leserbrief an die GZ

Dank für Reicherts Werte-Appell

Mit großem Interesse habe ich in der GZ vom 16.12.2004 den Artikel „Bürgermeister als Manager des Wandels“ gelesen. Zu danken ist dem schwäbischen Bezirkstagspräsidenten Jürgen Reichert dafür, dass er in der Mitgliederversammlung der Vereinigung, die die Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten trägt, Grundlegendes herausgestellt hat. Nicht deutlich genug kann es nur starke Zustimmung geben dazu, dass Reichert als Vorstandsvorsitzender eine neue Verantwortungsgesellschaft gefordert hat. Ein „Ja“ aus tiefer Überzeugung kann es ebenso nur geben zu der von dem Bezirkstagspräsidenten für notwendig befundenen Besinnung auf unsere Kultur und unsere Werte. Hier wurde den Deutschen von Linken und Halblinken über Jahrzehnte hinweg eingetrichtert, man müsse auf altüberlieferte Grundorientierungen nur verzichten, weil diese teilweise in der Diktatur zwischen 1933 und 1945 missbraucht worden sind. Als heimatvertriebene Schlesierin, die bei Kriegsende 1945 gerade 15 Jahre alt war, empfinde ich es in diesem Zusammenhang auch wirklich unerträglich, wie versucht wird, gerade auch seitens der Berliner Regierung Heimat- und Vaterlandsliebe in die Ecke zu rücken und die größte Vertreibung der Menschheitsgeschichte, mit 17 Millionen Betroffenen, möglichst dem Vergessen preiszugeben. Ebenso wie die Verbrechen der Machthaber des 3. Reiches gehören auch die Verbrechen an Deutschen endlich auf die Tagesordnung der internationalen Politik.

Zu danken ist Ministerpräsident Stoiber dafür, dass er hier im Unterschied zu anderen die Politik der Abwertung grundlegender Werte nicht mitmacht. Er beugt in diesem Zusammenhang auch der Tendenz eines Teiles der jungen Generation vor, sich wegen der Mangelerscheinung in den etablierten Parteien anderen Richtungen zuzuwenden.

Maria Weber,
63607 Wächtersbach

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG
Bürgermeister Rudolf Tischer
91622 Rügland
am 6.2.

Bürgermeister Dieter Friedmann
82152 Planegg
am 29.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG
Bürgermeister
Johann Wegerbauer
94118 Jandelsbrunn
am 1.2.

Bürgermeister Franz Kiermeier
93354 Siegenburg
5.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG
Bürgermeister Bruno Schneider
97259 Greußenheim
am 27.1.

Bürgermeister Boris Damzog
92721 Störnstein
am 29.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG
Bürgermeister
Gerhard Kubek
91239 Henfenfeld
am 1.2.

Bürgermeister Johann Graßl
92542 Dieterskirchen
am 3.2.

ZUM 45. GEBURTSTAG
Bürgermeister
Gerhard Eck
97499 Donnersdorf
am 24.1.

Bürgermeister Franz Göbl
84172 Buch am Erlbach
am 25.1.

Bürgermeister
Karl-Heinz Gerbl
86978 Hohenfurch
am 27.1.

Bürgermeister Johann Schild
83413 Fridolfing
am 31.1.

Geringe Erwartungshaltung
Ohne große Euphorie geht die bayerische Wirtschaft ins neue Jahr. Laut Wirtschaftsminister Otto Wiesheu „gibt es keine Anzeichen, dass es stark aufwärts gehen könnte“. Wegen der allgemeinen Verunsicherung springe der private Konsum nicht an, auch die Firmen seien mit Expansionsinvestitionen wieder zurückhaltend. Der Export, so Wiesheu, könne nicht auf Dauer die Investitionen in der notwendigen Breite stimulieren. In Bayern freilich werde die Situation aber 2005 erneut besser sein als in vielen anderen Bundesländern.

Im abgelaufenen Jahr ist Bayerns Wirtschaft nach einer ersten Schätzung Wiesheus um etwa 2,0 Prozent gewachsen. Damit dürfte sich die Wirtschaft im Freistaat wieder an die Spitze im Ländervergleich bewegen und spürbar über dem Bundesdurchschnitt liegen. Zurückzuführen

ist dies nach Einschätzung des Ministers auf die gute Entwicklung in einzelnen Branchen. Zum Glück liefen Automobil, Maschinenbau, Elektrotechnik und auch die Ernährungswirtschaft gut. Dabei profitiere der Freistaat auch davon, dass hier besonders erfolgreiche Konzerne angesiedelt seien. So konnten sich auch in diesem Jahr beispielsweise Siemens, Audi und BMW gegen die schwache Binnennachfrage stemmen.

Starker Euro

„Das Jahr 2004 hat bei weitem nicht das gebracht, was man Anfang des Jahres erwartet hatte“, resümierte hingegen der neue Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Bertram Brossard. Wenn der starke Euro im kommenden Jahr auch noch den Export ausbremse, könne es schlecht aussehen für die Unternehmen. Denn noch immer sei die Investitionsstätigkeit nicht in Gang gekommen, und zusätzlich gefährdeten die hohen Rohstoffpreise die Konjunktur. „Mehr als 1,2 Prozent Wachstum in Deutschland ist wohl nicht drin.“ Doch rechnet auch Brossard damit, dass es in Bayern etwas besser

Die sachliche Zuständigkeit im Sozialhilferecht neu regeln!

Von Dr. Georg Sinnacher, Altlandrat, Altbezirkstagspräsident

Der Bayerische Landtag hat das Ausführungsgesetz des Bundessozialhilfegesetzes zum 1. Januar 2005 durch ein Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuches ersetzt. Anlass sind die Eingliederung des Bundessozialhilfegesetzes und des Grundsicherungsgesetzes in das Sozialgesetzbuch, sowie das Inkrafttreten von Hartz IV. Leider ist es nicht gelungen, in dem einen Jahr, das zur Verfügung stand, die dringend nötige Überprüfung der Sozialhilfeszuständigkeiten nach Grundprinzipien zwischen den kommunalen Spitzenverbänden einerseits und dem Freistaat Bayern andererseits vorzunehmen. Hier wäre eine neutrale Grundsatzkommission am Platze gewesen. So ist das neue Ausführungsgesetz von Anfang an novellierungsbedürftig.

Hoffentlich kommt die Novelle möglichst umgehend, denn es geht letztlich um sehr viel Geld. Die finanzielle kommunale Schiefelage ist weitgehend durch das Sozialrecht ausgelöst. Die Überforderung der Bezirke und damit Ihrer Umlagezahler, der Landkreise und kreisfreien Gemeinden, liegt offen. Der heuer entstandene Unfriede zwischen den Kommunen ist ein überdeutliches Anzeichen. Das kommunale Finanzsystem muss wieder so werden, dass letztlich der

die subsidiäre Kostentragungspflicht für die Pflegehilfe zu tragen haben; eine überholte kostentreibende Regelung.

Demographie

Die enorme Zunahme an Pflegebedürftigen im Alter beruht auf einer allgemeinen demographischen Entwicklung. Deswegen müssten künftig deren ambulante-, teilstationäre- und stationäre Hilfestellungen in einer Hand liegen. Weil es sich um ei-

darüber, wer künftig die Kosten für die Hilfen an Ausländer und Aussiedler erbringen soll, die überörtlichen oder die örtlichen Träger der Sozialhilfe. Da eine Einigung auf die Schnelle nicht zu Stande kam, bleibt diese mittlerweile große und teure Verpflichtung wie bisher bei den Bezirken. Im praktischen Vollzug hat sich allerdings erwiesen, dass die Landkreise oder Städte näher an der Aufgabe stehen, deswegen wurde sie im Vollzug von den Bezirken auf diese delegiert.

Ausländerbetreuung

In kommunaler Einheit müssten alle Kommunen gemeinsam die Haltung vertreten, dass spätestens mit dem Inkrafttreten des neuen Zuwanderungsgesetzes, ebenfalls am 1. Januar 2005, die Ausländerbetreuung Staatsaufgabe des Bundes und des Landes ist, wurden doch die Einwanderungsgründe bewusst positiv vermehrt. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich als Einwanderungsland deklariert. Eine pauschale Zuweisung dieser Leistungen an die Sozialhilfeträger ist nicht mehr vertretbar. Eine Überweisung in den eigenen kommunalen Wirkungskreis der kommunalen Ebenen ist rechtlich unzulässig.

Staatsaufgabe

Der Gesetzgeber kann eine Staatsaufgabe nicht willkürlich in den eigenen Wirkungskreis der Kommunen überweisen. Dafür müssten zumindest kommunale Anknüpfungspunkte am Gebiet oder den Einwohnern (nicht den bloßen Bewohnern!) bestehen. Die Ausländer- und Aussiedler-sozialhilfe kann allenfalls in den übertragenden Wirkungskreis der Bezirke verwiesen werden. Die Folge ist, dass für die entstehenden Kosten komplett nach Art. 83 BV der Freistaat Bayern aufkommen muss.

Kommunalfremde Kosten

Dankenswerterweise hat unser Staat diese Einstellung für die Asylbewerber und die Kontingenzflüchtlinge durch Übernahme derer Kosten bereits ak-

Agrarsektor drittstärkster Wirtschaftsbereich:

Geht es der Landwirtschaft gut, geht es auch den Gemeinden besser

In Bayern Top-Trinkwasser durch besseren Umweltschutz

Die Landwirtschaft prägt immer noch die meisten Gemeinden, sei es direkt durch die örtlichen Bauern, sei es mehr oder indirekt durch das vor- und nachgelagerte Gewerbe, durch Handel und Handwerk. Deshalb gilt: Geht es der Landwirtschaft gut, geht es auch den Kommunen besser. In Bayern sichert die Land- und Forstwirtschaft, gemessen am Umsatz nach dem Automobil- und dem Maschinenbau drittstärkster Wirtschaftszweig, direkt und indirekt jeden neunten Arbeitsplatz, insgesamt mehr als 700.000 Jobs.

In normalen Jahren investiert die Landwirtschaftsbranche in Bayern etwa 2,5 Mrd. Euro, doch zur Zeit sind die Nettoinvestitionen der Landwirte fast auf den Nullpunkt gesunken. Im Durchschnitt investiert ein Betrieb gerade noch 760 Euro im Jahr statt 10.000, wie es für die nachhaltige Entwicklung eines Familienunternehmens nötig wäre.

Neue Perspektiven

Die Lage der Landwirtschaft hat sich auch 2004 weiter verschlechtert. Doch die Bauern, so Gerd Sonnleitner, Präsident des bayerischen und deutschen Bauernverbandes, sehen neue Perspektiven in der Produktion nach-

gept. Da die Zielrichtung des Ausländerrechts sich wesentlich geändert hat, Einwanderungen bewusst erleichtert werden, ist das Ausländerrecht völlig vom staatlichen Handeln abhängig und unterliegt seinem ausschließlichen Steuerungsrecht. Die Zeit ist gekommen, dass endgültig auch zur Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung die Ausländer und Aus-

siedlerkosten als kommunal-fremd angesehen und staatlich bezahlt werden.

Konnexität

In der Begründung für das neue Ausführungsgesetz des Sozialgesetzbuches wird die Anwendbarkeit des neuen Konnexitätsprinzips in Art. 83 BV bestritten, weil angeblich nur Kos-

tenverschiebungen zwischen den kommunalen Ebenen erfolgen und die etwaigen Mehrbelastungen vom Bundesrecht kämen. Diese Auffassung ist nicht zu halten. Der Bund hat keine neuen Zuständigkeitsfragen geregelt.

800 Euro monatlich

Davon sind noch die Versorgung der Familie, die Nettoinvestitionen für den Betrieb, Steuern und die Entlohnung der eingesetzten Arbeitskräfte, meist Familienangehörige, zu bestreiten. Netto verbleiben als Unternehmensergebnis 13.800 Euro im Jahr. Auf eine Arbeitskraft umgerechnet, läuft das monatlich auf brutto 1.110 und netto etwa 800 Euro hinaus.

Unter diesen Umständen geht das Höfesterben, vornehm als Strukturwandel umschrieben, weiter. Jährlich geben zwischen 3 und 4 Prozent der Betriebe auf. Derzeit gibt es noch etwa 130.000 landwirtschaftliche Betriebe in Bayern, wovon etwa 45 Prozent im Haupterwerb geführt geht es der Landwirtschaft ...

(Fortsetzung auf Seite 4)

GZ

Kolumne
Hanns Dorfner

Liebe Lesern

Geht es jetzt schon wieder los? Nach jahrelangen, zum Teil zermürbenden Diskussionen zwischen dem Freistaat Bayern, den kommunalen Spitzenverbänden und denjenigen der freien Wohlfahrtspflege über die Zuständigkeit und Aufgabenwahrnehmung bei der Jugendsozialarbeit an Schulen ist letztlich im Interesse einer effektiven Prävention durch die Förderrichtlinie des Sozialministeriums vom Juli



Gemeinsame Jugendarbeit ein Gebot der Stunde

2003 eine tragfähige Lösung gefunden worden. Die Beteiligten aus Freistaat Bayern, kommunalen Spitzenverbänden auf Landkreis- und Gemeindeebene haben damit diese notwendigen wie sinnvollen Projekte als gemeinsame Aufgabe akzeptiert. Wohl gemerkt, als gemeinsame Aufgabe!

Dass nun der Freistaat Bayern, der in der Vergangenheit die Schulsozialarbeit expressis verbis als gemeinsame Aufgabe propagierte, seine finanzielle Mitwirkungspflicht für neue Projekte einseitig aufkündigt, ist weder nachvollziehbar noch akzeptabel und muss daher aus kommunaler Sicht vehement abgelehnt werden, weil damit das Ende der Jugendsozialarbeit eingeleitet würde.

Es darf daran erinnert werden, dass es der Ministerrat selbst war, der vor gerade mal knapp drei Jahren die Einführung dieses Präventionsprogramms an Schulen für einen richtungsweisenden Weg hielt, um Aggression und Gewalt unter Schülern abzubauen, bei Schulversagen und Schulverweigerungsverhalten rechtzeitig tätig zu werden und auf die Bewältigung von Problemen beim Erwachsenwerden und bei Konflikten im familiären Bereich hinzuwirken. Innerhalb von zehn Jahren sollten so bis zu 350 Jugendsozialarbeiterstellen an bis zu 500 Schulen in Bayern geschaffen werden.

Freilich stand auch dieses Programm wie üblich unter dem Vorbehalt verfügbarer Haus-

haltungsmittel und dieses Alibi ist es wohl auch, das jetzt für einen Ausstieg aus dem in der Praxis bewährten Präventionsprogramm herhalten muss. Einmal mehr sollte damit der Bayerische Landkreistag mit seiner schon damals geäußerten Skepsis Recht behalten, als er formulierte: „Der in dem Richtlinienentwurf vorgesehene Haushaltsvorbehalt wird dazu führen, dass infolge Mangels bereiter Mittel die schon jetzt unzureichende pauschalierte Förderung ganz eingestellt wird. Dann lastet der Gesamtaufwand auf den Schultern der Jugendhilfeträger.“

Es ist müßig, in diesem Zusammenhang erneut auf die seit Jahren ausufernden Ausgaben bei der Jugendhilfe hinzuweisen, die letztlich für die Finanzmisere der kommunalen Haushalte mit verantwortlich sind. Genauso bekannt ist, dass in den allermeisten Fällen der Bund mit seinen nicht nachvollziehbaren Regelungen bei den Leistungsgesetzen in der Sozial- und Jugendhilfe für das finanzielle Desaster Verantwortung trägt. Wenn aber nunmehr auch noch der Freistaat Bayern mit der Verweisung auf seinen Haushalt den Jugendhilfeträgern neue und einfache nicht mehr zu schulternde Ausgaben aufbürden will, dann muss schon der Zwischenruf erlaubt sein, ob denn nicht auch für die kommunalen Haushalte gilt, was der Freistaat Bayern für den seinen in Anspruch nimmt. Hier verliert der Freistaat Bayern deutlich an Glaubwürdigkeit in Bezug auf die Prävention. Wenn schon die Kommunen, die ja nach wie vor eigentlich gar nicht für die Schulsozialarbeit zuständig sind, an solchen Projekten im Interesse der Sache mitmachen, dann muss dies auch der Freistaat, anstatt den gegenläufigen Weg zu beschreiten und künftig ganz auszusteigen.

Noch ist es für den Freistaat nicht zu spät, umzukehren und der Prävention jenen Stellenwert einzuräumen, der ein ausgewogenes Maß zwischen haushaltswirtschaftlichen Zwängen einerseits und zukunftsweisender Schulsozialarbeit andererseits darstellt.

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

bayerische Sozialstaat durch die kommunale Überforderung nicht gefährdet wird.

Subsidiaritätsprinzip

Neben den Grundsätzen zur Verteilung des Sozialhilfeausgleichsbetrags muss zuvor geprüft werden, welche Aufgaben der örtliche und welche der überörtliche Sozialhilfeträger besser erfüllt. In Bayern tragen derzeit die Bezirke als überörtliche Träger der Sozialhilfe 80 %, die örtlichen Träger der Sozialhilfe, Landkreise und kreisfreie Städte, nur noch 20 % der Sozialhilfekosten. Dies kann nach dem Subsidiaritätsprinzip nicht mehr stimmen. Nach dem kommunalen Subsidiaritätsprinzip darf die höhere kommunale Ebene nur Aufgaben übernehmen, für welche die anderen Ebenen überfordert wären.

Zuständigkeitsabwägung

Zusätzlich müssen auch die Erkenntnisse heutiger Behinderten- und Pflegehilfe in die sachliche Zuständigkeitsabwägung eingeführt werden, weil sonst die Sozialhilfe unbezahlbar wird. Die heutige Trennungslinie, wonach im Wesentlichen für stationäre und teilstationäre Hilfen der Bezirk, für die ambulanten die Landkreise und kreisfreien Städte zuständig sind, wie es das neue Ausführungsgesetz noch einmal vorsieht, ist restlos überholt und zu teuer. Das fachliche Ganzheitsprinzip, wie es die Bezirke erfolgreich bei den psychiatrischen Hilfen vollziehen, hat sich sehr gut bewährt.

Planungskompetenz

Im Übrigen muss die Planungskompetenz für neue Einrichtungen und damit die Frage, wie weit ein Bedürfnis besteht und die spätere Kostenträgerschaft in einer Hand liegen. Das Planungsrecht für die Altenpflegeeinrichtungen liegt derzeit bei den örtlichen Trägern der Sozialhilfe, während die Bezirke

nen gleichmäßigen demographischen Tatbestand handelt, wären die örtlichen Sozialhilfeträger der bürgernähere Hilfgewährer.

Umwandlungskapazitäten

Eine kleine Nebenerwägung ist auch, dass Landkreise und Städte vermutlich in Kürze aufgrund der allgemeinen Krankenhausentwicklung freie Umwandlungskapazitäten für aufgegeben oder geringer ausgelastete Krankenhäuser zu neuen medizinischen Altenpflegeeinrichtungen haben werden.

Ganzheitlichkeit

Das Prinzip der Ganzheitlichkeit wäre umgekehrt bei den Bezirken für die Behindertenhilfe und für jüngere Pflegefälle in den richtigen Händen. Bewährte Grundsätze wie insbesondere die der Subsidiarität und Solidarität müssen vorrangig gegenüber aller Furcht vor Zuständigkeitsverlusten sein. Dabei soll die wissenschaftliche Erkenntnis, die heutige Heimstruktur ist ein Auslaufmodell mit Brisanz, nicht übersehen werden.

Näher an der Aufgabe

Wenn beide Sozialhilfeträgerebenen die individuelle Hilfeplanung für die Hilfeempfänger strikt nach den heute allgemein anerkannten Wertmaßstäben: „Ambulant vor teilstationär und teilstationär vor vollstationär“ und diese im Rahmen der Gesamtplanung für behinderte und pflegebedürftige Sozialhilfebedürftige vollziehen, sehe ich darin eine große Ersparnis an Kosten und zugleich einen Gewinn an Humanität. Die mittlerweile völlig überzogenen Bezirksumlagenhöhen, die schon jenseits des verfassungsrechtlich Zulässigen liegen, könnten auf diese Weise wesentlich gesenkt und die Streitigkeiten zwischen den Ebenen im Frieden entschärft werden.

Streit gab es zwischen dem Bayerischen Städtetag und dem Verband der bayerischen Bezirke

Breites Spektrum an ...

(Fortsetzung von Seite 1)
kratischem und schnellem Weg Sri Lanka erreichen“. „Unsere Niederlassung in Colombo“, so Hammer, „verfolgt, welche Güter wo benötigt werden und trägt dafür Sorge, dass die Spenden die Hilfsbedürftigen direkt erreichen. Verwaltungs- und andere Nebenkosten übernehmen wir.“

Die Federführung bei der Koordinierung der Hilfen aus dem Freistaat obliegt Staatssekretär Georg Schmid. Die beim bayerischen Innenministerium angesiedelte Informationsbörse und Koordinierungsstelle soll eng mit der nationalen Koordinierung im Auswärtigen Amt zusammenarbeiten. Weitere Informationen unter 089/219224 (Ansprechpartner: Alois Braun) bzw. unter www.fluthilfe.bayern.de

Eines der dominierenden Themenfelder

Stichwort Energieversorgung: Luitpold Braun zufolge gehen die Berührungspunkte zwischen Kommunen und der Energiewirtschaft in zwei Richtungen: „Wir bekommen eine Konzessionsabgabe, wir bezahlen Energiepreise, wir haben in der Energiepolitik eine ganze Menge von Problemen zu schultern, denken wir nur an den Bau von Windrädern. Auf der anderen Seite verzeichnen wir steigende Energiepreise, die Folge einer unkoordinierten Energiepolitik in Deutschland.“ Braun zeigte sich davon überzeugt, „dass der Sektor Energiepolitik in den kommenden Jahren oder gar Jahrzehnten eines der dominierenden Themenfelder schlechthin sein wird“.

Das bayerische Erbe des Bayernwerks

Diese Meinung teilte auch E.ON-Vorstandsvorsitzender Dr. Peter Deml, der zunächst einen kurzen Überblick über sein Unternehmen gab. Die E.ON Bayern AG, eine 100%-Tochter der E.ON Energie, und „das bayerische Erbe des Bayernwerks“, erzielte 2004 einen Umsatz von 2,5 Mrd. Euro und setzte 30 Mrd. kWh Strom ab. Die Kundenzahl beträgt derzeit 2,2 Mio., die Mitarbeiterzahl 3500. Das strukturell sehr differenzierte Vertriebsgebiet ist überregional und umfasst 52.000 km², die Netzlänge beträgt 172.000 km. Versorgt werden Städte, städtische Gebiete und ländliche Regionen bis hin zu Gebirgsregionen. Die Kundenpalette reicht von der Großindustrie bis zur „Ferienwohnung“. Insgesamt verfügt E.ON Bayern über 25 Standorte: Neben der Unternehmensleitung in Regensburg ist das Unternehmen mit vier Regionalleitungen in Würzburg, Bayreuth, Regensburg und München und einem Service-Center mit 19 Kundencentern im Vertriebsgebiet präsent.

Strom- und Gasversorger

War E.ON Bayern bis Ende 2004 im wesentlichen ein Stromversorger, ist das Unternehmen seit 1. 1. 2005 in bestimmten Regionen des Freistaats auch Gasanbieter, betonte Deml. Durch die Integration der Gas-Töchter Fränkische Gas-Lieferungs-Gesellschaft, Bayreuth, Gasversorgung Ostbayern und Gasversorgung Schwandorf habe man das gemacht, was sich die meisten Stadtwerke in der Vergangenheit auf die Fahnen geschrieben hätten: Dienstleister zu sein für Strom, Gas, Wärme und vieles andere mehr. Augenblicklich versorge E.ON Bayern 73.000 Kunden mit Gas, der Gasabsatz betrage 5 Mrd. kWh, der Gasumsatz belaufe sich auf 163

Mio. Euro. Im Hinblick auf die Entwicklung der Gaspreise verwies der Vorstandsvorsitzende darauf, dass sein Unternehmen diese zum 1. 1. 2005 nicht erhöht habe, die weitere Entwicklung im laufenden Jahr jedoch offen sei. Schließlich seien die Bezugspreise für Erdgas an den Heizölpreis gekoppelt, der im vergangenen Jahr immerhin um ein Viertel gestiegen sei. Deml versprach aber, wenn möglich, „den Kunden eine Gaspreiserhöhung zu ersparen“.

Kommunale Rahmenvereinbarung

Als Eckpfeiler des breiten E.ON-Spektrums von Beziehungen zur kommunalen Welt nannte Deml die Konzessionsverträge, die Stromlieferung und die Dienstleistungen. E.ON verbindet Konzessionsverträge mit 1224 Kommunen, was etwa zwei Drittel aller bayerischen Kommunen ausmacht. Bislang habe man keine Konzessionsverträge verloren, jedoch kündigt sich Deml zufolge schwerpunktmäßig im Umland größerer und mittlerer Städte ein Wettbewerb an. In puncto Stromlieferung wurde mit dem Bayerischen Gemeindefür 2004 und 2005 eine kommunale Rahmenvereinbarung getroffen, der 96 Prozent aller Kommunen im Vertriebsgebiet beigetreten sind. Gespräche über eine Verlängerung für 2006 und 2007 laufen, wobei das Interesse an einer Fortsetzung auf beiden Seiten sehr hoch ist. Schließlich, so der E.ON-Vorsitzende, biete der kommunale Rahmenvertrag ein „attraktives Preisniveau“. Auch wies er auf das Vorhaben einer neuen Rabattierungsregelung für Kommunen im Zuge der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes hin: Statt wie bislang zehn Prozent Rabatt auf den allgemeinen Tarif zu bekommen, werden die Kommunen in Zukunft Anspruch ha-

ben auf zehn Prozent Rabatt auf Nutzungsentgelte im Bereich der Niederspannung - eine für die Kommunen zweifellos günstigere Variante.

Dienstleistungen

Als „umfangreiche Dienstleistungen unterschiedlichster Art“ führte Deml die Straßenbeleuchtung, die Wärmeversorgung (Contracting) für kommunale Einrichtungen, die Energieeinsparberatung sowie die Unterstützung in den Bereichen Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung durch die Tochtergesellschaft SüdWasser an. Die Besonderheit hierbei sei, dass Eigentum und Entscheidungshoheit stets bei den Kommunen blieben und E.ON Bayern nur bei der Betriebsführung unterstützend wirke. Derzeit, so der Vorstandsvorsitzende, liefen 40 bis 50 Betriebsführungsverträge.

Stadtwerke sind Gewinner der Liberalisierung

Als „geradezu existenziell“ bezeichnete der E.ON-Vorstand die Beziehungen zu den kommunalen Weiternetzteilern: Ein Drittel des Stromabsatzes gehe an sie, 144 Weiternetzteilern bezögen Strom von E.ON Bayern. Tatsache sei, dass die Stadtwerke die Gewinner der Liberalisierung darstellten und um sie ein heftiger Wettbewerb entbrannt sei. Zwar sei eine starke Tendenz zur Poolung in Einkaufsgemeinschaften zu beobachten, dennoch herrsche in Bayern eine „friedliche Koexistenz“. Deml: „Die meisten Stadtwerke haben uns die Treue gehalten. Das ist in jedem Fall bemerkenswert.“ E.ON Bayern hält zudem Beteiligungen an 30 Stadtwerken, wobei die Fortsetzung der Beteiligungsstrategie von kartellrechtlichen Restriktionen abhängt.

Dass E.ON Bayern auch auf gesellschaftlichem Parkett

äußerst aktiv ist, ist in erster Linie ersichtlich an dem ab 2005 jährlich verliehenen und mit 250.000 Euro dotierten E.ON Bayern Umweltpreis sowie dem Kulturpreis Bayern.

Mäzenatentum zu Gunsten der Kommunen

Ersterer wurde Deml zufolge eingeführt, „um unser Image als nachhaltig handelndes und ökologisch orientiertes Unternehmen weiter zu verbessern“. Preisträger des E.ON Umweltpreises sind Kommunen, kirchliche Einrichtungen, Umweltinitiativen und Vereine. Der Preis ist keine Prämie für realisierte Projekte, sondern in die Zukunft gerichtet. Über die Preisvergabe entscheidet eine unabhängige Jury. Der Kulturpreis Bayern wiederum ist eine Weiterentwicklung des Kulturpreises Ostbayern und mit 150.000 Euro jährlich zur Förderung von Kunst und Wissenschaft dotiert. Ausgehend von Vorschlägen der Bezirke wird ab diesem Jahr je ein Künstler aus Unterfranken, Oberfranken, Oberpfalz, Niederbayern und Oberbayern ausgezeichnet. Hinzu kommt die Würdigung hervorragender Dissertationen und Diplomarbeiten auf der Basis von Vorschlägen der bayerischen Hochschulen und Fachhochschulen sowie ein Sonderpreis des bayerischen Wirtschaftsministeriums. Weitere Engagements sind die Ausstattung des bayerischen Fußballnachwuchses mit Trikotsätzen sowie die Ausstattung von Schülerlotsen mit Sicherheitskleidung.

Wunsch nach verstärkter Information

Erstmals führte der Energieversorger im vergangenen Jahr eine Marktanalyse im Segment Kommunen durch. Einbezogen wurden alle bayerischen Kommunen, um anschließend eine repräsentative Teilmenge von 328 Bürgermeistern zu ermitteln, die alle uneingeschränkt für Inter-

Konkrete Hilfe für Sri Lanka

Die Menschen in der Unglücksregion benötigen noch lange dringend Hilfe und Solidarität. Manche Kommunen bedürfen noch konkreter Ansprechpartner. Das bayerische Generalkonsulat von Sri Lanka organisiert den Hilfeinsatz für den Inselstaat. Jeder Einsatz wird gebraucht - auch der kleinste!

So können Ihre Bürger spenden:

Lieferadresse für frachtfertige Sachspenden: Cargogate, „Hilfe für Sri Lanka“, Frachtgebäude Modul B, Südallee, 85356 Flughafen München; Anlieferung per Post - oder direkt zwischen 08.00 und 20.00 Uhr.

Detaillierte und aktuelle Informationen zu den benötigten Gütern - gerade auch im medizinischen Bereich - sind im Internet unter <http://www.health.gov.lk> (urgent needs) abzurufen.

Geldspenden (für Spendenquittungen wird im Verwendungszweck eine vollständige Adressangabe benötigt):

Honorarkonsulat Sri Lanka, Spendenkonto, Kontonummer: 22.66.11.2, Bankleitzahl: 700.400.41 (Commerzbank München)

Weitere Informationen beim Generalkonsulat: Sylvensteinstr. 2, 81369 München; Telefon 089-72012-190.

views zur Verfügung standen. Wesentliche Ergebnisse seien eine hohe Kundenzufriedenheit mit dem Konzessionsvertrag (Note 2,2), eine positive Beurteilung der Stromlieferung (2,1), ein positiv besetztes Markenbild von E.ON Bayern, sprich erfreuliche Werte für Kompetenz, Wertschätzung und Vertrauenswürdigkeit (2,0), und schließlich eine hohe Zustimmung zum neuen Konzept Straßenbeleuchtung (2,1). Anregungen seien freilich nicht ausgeblieben, insbesondere der Wunsch nach verstärkter Information, führte Deml weiter aus. Da zudem der Wunsch geäußert wurde, mehr in Richtung Energieeinsparung zu tun, werde es verstärkt Energieanaly-

sen geben, ebenso eine neue Produktfamilie zur Straßenbeleuchtung. Hintergrund war hier die Anregung, eine breitere Angebotspalette und Energieoptimierung anzustreben.

Noch mehr Engagement für die Kommunen

Wie Peter Deml abschließend bemerkte, wird E.ON Bayern darauf hinarbeiten, eine noch stärkere Verankerung auf kommunaler Ebene zu erzielen. Die Maßnahmen hierzu seien umfangreich, neu hinzu komme „eine Initiative zur Verstärkung des ehrenamtlichen Engagements unserer Mitarbeiter“ auf kommunaler Ebene. **DK**

Geht es der Landwirtschaft ...

(Fortsetzung von Seite 3)
werden. Doch schwimmen angesichts der Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt die Grenzen zwischen Haupt-, Neben- und Zuerwerb immer mehr. Ergänzende Beschäftigungen zur landwirtschaftlichen Arbeit finden sich kaum noch.

Zahlreiche Auflagen

In dieser Situation steht die Landwirtschaft vor großen Herausforderungen, denn durch die EU-Agrarreform gibt es in Zukunft Beihilfen unabhängig davon, was die Betriebe produzieren, um den Anreiz zur Überproduktion zu nehmen. Dafür müssen die Betriebe im Bereich Umwelt und Tierschutz zahlreiche Auflagen, Richtlinien und Verordnungen befolgen.

Zukunftschancen

Zukunftschancen sieht der Verband für die Landwirte im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe (Biomasse, Pflanzenöl) und der erneuerbaren Energien (Photovoltaik). Deutschland nimmt hier mit 1 Mio. ha nachwachsender Rohstoffe bei insgesamt 18 Mio. ha landwirtschaftlicher Nutzfläche in Europa eine Spitzenposition ein. Das schaffe nicht nur Arbeitsplätze, sondern sei aktiver Klimaschutz, so Sonnenleitner. In der Forst- und Holzwirtschaft verdienen bundesweit 1,2 Mio. Menschen ihren Lebensunterhalt. Allein der Freistaat spart durch die Wärmegewinnung aus Holz jährlich rund 2,2 Mrd. Liter Heizöl und rund 5,8 Mio. t Kohlendioxid (CO₂) in der Emissionsbilanz. Hinter diesen Zahlen verbergen sich örtlich und regional viele Arbeitsplätze.

Umweltschutz

Für die Kommunen und ihr Umfeld machen sich die Leistungen der Landwirtschaft auf dem Gebiet des Umweltschutzes sozusagen hautnah bemerkbar. So wurde in den vergangenen Jahren der Einsatz von Mineraldünger drastisch gesenkt, nämlich bei Stickstoff um 25, bei Kali um 50 und bei Phosphat um

55 Prozent. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist seit 1990 um 54 Prozent reduziert worden.

Trinkwasserversorgung

Diese Erfolge kommen besonders den Versorgungsbetrieben zugute. Denn die Trinkwasserversorgung der bayerischen Bevölkerung wird zu zwei Dritteln aus Grundwasser geleistet, das nicht erst zusätzlich aufbereitet werden muss. Rund 93 Prozent des Trinkwassers können aus Grund- und Quellwasser gewonnen werden. Im Bundesdurchschnitt sind es nur 70 Prozent. Circa 98 Prozent des bayerischen Trinkwassers unterschreiten den Nitrat-Grenzwert von 50 Milligramm pro Liter, mehr als 80 Prozent sogar den früheren Richtwert von 25 Milligramm. Die Nitratbelastung zeigt langfristig nach Angaben des Landesamtes für Wasserwirtschaft einen sinkenden Trend. Durch verbesserte Maßnahmen der Gülleausbringung wurde auch die Ammoniakemission in den zurückliegenden Jahren um 20 Prozent verringert.

Enge Zusammenarbeit

Eine enge Zusammenarbeit mit kommunalen Einrichtungen, Jägern und Naturschützern pflegt die Landwirtschaft im Rahmen des Projektes „Lebensraum Agrarlandschaft“ des bayerischen Forstministeriums. Die Bauern haben für den Zweck des Artenschutzes etwa 1000 ha Stilllegungsflächen mit speziellen Saatgutmischungen eingesät, die den Bedürfnissen der Wildtiere angepasst sind. Dazu das Bundesamt für Naturschutz: „Das weltweit beklagte Aussterben von Arten ist in Deutschland nicht festzustellen, die Populationen zahlreicher als gefährdet eingestufte Arten haben in den zurückliegenden 20 Jahren wieder erheblich zugenommen.“

All diese Umwelt-Erfolge betreffen nicht nur die Landwirtschaft, sondern tangieren auch die Kommunen, denn beide leben eng zusammen und sind aufeinander angewiesen. **dhg**

Kliniken zwischen Reformen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
formen im Krankenhaus zu ermöglichen und notwendige neue Strukturen zu fördern. Stumpf betonte, dass „Planung und Förderung untrennbar miteinander verbunden sind und Planungsverantwortung den Staat für Investitionen in angemessenem Umfang auch in die Pflicht nimmt“.

Notwendige Investitionen

Gerade in der aktuellen Phase des Umbruchs sieht die BKG notwendige Investitionen und Innovationen als erforderlich an. Strukturveränderungen erschöpfen sich demnach nicht allein im Kapazitätsabbau. Mit den jüngsten drastischen Fördermittelreduzierungen im Staatshaushalt werden solche Innovationen und Strukturverbesserungen deutlich erschwert und verzögert und die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Kliniken damit verschlechtert. Dass die Politik einerseits die Krankenhäuser auffordert, Strukturen zu ändern und ihre Effizienz zu erhöhen und andererseits die hierfür notwendigen finanziellen Mittel reduziert, ist aus Sicht der Krankenhäuser ein Widerspruch.

Veränderungswillig und veränderungsfähig

Stumpf unterstrich, dass die Krankenhäuser veränderungswillig und -fähig seien und dies in der Vergangenheit auch eindrucksvoll bewiesen hätten: „Die bayerischen Krankenhäuser sind leistungsstark und beweisen bei den aktuellen Reformen

ihre strategische Kompetenz.“

Größerer Spielraum

Über ihre Pläne zur Novellierung des Bayerischen Krankenhausgesetzes berichtete Sozialministerin Christa Stewens. Die Novellierung, so Stewens, werde den Krankenhausträgern einen spürbar größeren Spielraum zum eigenverantwortlichen Wirtschaften bringen und erheblich zur Verwaltungsvereinfachung beitragen. Ziel sei und bleibe die Sicherstellung einer bedarfsgerechten und leistungsfähigen sowie möglichst bürgernahen Krankenhausversorgung. Angesichts der umwälzenden Neuerungen im Bereich der Krankenhausvergütung bedürfe es einer grundlegenden Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen.

Vereinfachung

Zu den Schwerpunkten der Novellierung gehören nach den Worten der Ministerin die Vereinfachung der Krankenhausplanung zum Beispiel durch die geplante Reduzierung der Versorgungsstufen von vier auf drei sowie verstärkte Kooperationen von Kliniken in der Region. „Die Krankenhausplanung muss die Bildung von Behandlungsschwerpunkten ebenso unterstützen wie die Zusammenarbeit mit niedergelassenen Ärzten und mit Rehabilitations- und Pflegeeinrichtungen“, so Stewens. Erstmals solle das Krankenhaushelferrecht die Möglichkeit einer Teilförderung vorsehen sowie bei der Bemessung der Pauschale

die konkreten medizinischen Leistungen des Krankenhauses berücksichtigen. Stewens: „Die Reduzierung der Bettenzahl wird somit anders als bisher nicht zu einer sofortigen Verringerung der Pauschalmittel führen.“ Darüber hinaus sehe der Gesetzentwurf vor, das Outsourcing zu erleichtern - als Möglichkeit für die Krankenhausträger, Kapital und Know-how Dritter zu nutzen.

Sicherung der Versorgungsqualität

Für den Ausbau der Krankenhausversorgung hat Bayern bislang fast 17 Milliarden Euro bereitgestellt. Im Jahr 2004 wurden zusätzliche Krankenhausbauvorhaben mit 130 Millionen Euro eingeplant. Stewens: „Damit können trotz schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen wichtige Investitionen zur Erhaltung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Krankenhäuser und zur Sicherung der Versorgungsqualität in Angriff genommen werden.“

Zur Umstellung auf die Fallpauschalen-Abrechnung meinte die Ministerin: „Der Bund ist auf unser Drängen endlich von seinem realitätsfernen Ansatz, alle Leistungen mit Fallpauschalen zu vergüten, abgerückt. Besonders bei der Behandlung von Kindern können Pauschalen kaum leistungsgerecht sein. Die bestehenden Unterschiede bei Therapie und Betreuungsaufwand verbieten eine einheitliche Bemessungsweise oder gar die Gleichsetzung mit Erwachsenen. Kinder sind eben gerade nicht kleine Erwachsene.“ **DK**



Die Vorstandsvorsitzenden der HSE AG (Darmstadt), der Mainova AG (Frankfurt), der Stadtwerke Hannover AG (Hannover), der GEW RheinEnergie AG (Köln), der Stadtwerke Leipzig GmbH (Leipzig), der MVV Energie AG (Mannheim), der Stadtwerke München GmbH (München) und der N-ERGIE Aktiengesellschaft (Nürnberg).
Foto: Tom Maelsa

Wettbewerb braucht Wettbewerber

Große kommunale Unternehmen wollen Regulierung aktiv mitgestalten - Geeignete Spielregeln auf allen Wertschöpfungsstufen

Mit einem Verzicht auf Erhöhungen der eigenen Netznutzungsentgelte möchten acht der größten deutschen kommunalen und regionalen Energieunternehmen neue Bewegung in die aktuelle Diskussion um die Regulierung der deutschen Energiemärkte bringen. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz betonten die Vorstandsvorsitzenden der HSE AG (Darmstadt), der Mainova AG (Frankfurt), der Stadtwerke Hannover AG (Hannover), der GEW RheinEnergie AG (Köln), der Stadtwerke Leipzig GmbH (Leipzig), der MVV Energie AG (Mannheim), der Stadtwerke München GmbH (München) und der N-ERGIE Aktiengesellschaft (Nürnberg) in Berlin, dass sie mit diesem Vorschlag einen Beitrag zur sachlichen Debatte bei der Regulierung leisten wollen.

Dr. Rudolf Schulten, Vorstandsvorsitzender der MVV Energie: „Durch aktive Kosteneinsparungen wollen wir die für uns beeinflussbaren Elemente der Netzentgelte auf Basis der Verbändevereinbarung so lange konstant halten, bis die Regulierungsbehörde gesetzt und mit entsprechenden Kalkulationsrichtlinien ausgestattet ist. Bei deren Erarbeitung bieten unsere Unternehmen eine konstruktive Mitarbeit an.“

Unverzichtbare Garanten der Energieversorgung

Die acht Unternehmen decken gemeinsam je zehn Prozent des Strom- und Gasbedarfs in Deutschland und vertreten mit einem Umsatz von zusammen rund 10 Milliarden Euro und 28.000 Mitarbeitern einen bedeutenden Teil der deutschen Energiewirtschaft. Mit eigenen Kraftwerkskapazitäten von 4.500 Megawatt haben sie einen Anteil von gut fünf Prozent an der Erzeugung in Deutschland, wobei sie den Strom überwiegend in ökologisch und ökonomisch effizienten Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen erzeugen.

EEG-Abgabe belastet Strompreisentwicklung

Dr. Kurt Mühlhäuser, Vorsitzender der Geschäftsführung der Stadtwerke München GmbH: „Die kommunalen Unternehmen sind Garanten einer sicheren, preisgünstigen und umweltfreundlichen Energieversorgung im liberalisierten Markt und damit unverzichtbar.“ Ein funktionierender Wettbewerb brauche genügend Wettbewerber. Deshalb müsse eine weitere den Wettbewerb hemmende Konzentration in der Erzeugung in Form einer Oligopolstruktur zurückgedrängt werden. Deutlich würden die Auswirkungen eines solchen Erzeugungs-Oligopols bereits in der Strompreisentwicklung. Die Steigerung der letzten zwei Jahre sei - abgesehen von staatlich induzierten Preiserhöhungen wie zum Beispiel der EEG-Abgabe - vor allem auf die deutliche Erhöhung der Groß-

ökonomischen und ökologischen Vorteile im Wettbewerb eine wachsende Bedeutung zu. Dr. Mühlhäuser: „Deshalb muss zum einen die Vergütung der vermiedenen Netznutzungsentgelte für die dezentrale Stromerzeugung erhalten bleiben. Zum anderen ist eine Befreiung von der Erdgassteuer unverzichtbar.“ Rund acht Prozent des Stroms in Deutschland werde auf Basis von Gas erzeugt. Diese Erzeugungstechnologie belastet die Umwelt deutlich weniger als die Verstromung von Braun- und Steinkohle, die auch nicht mit einer derartigen Son-

handelspreise zurückzuführen.

Dezentrale Stromerzeugung

Somit komme der dezentralen Stromerzeugung aufgrund ihrer

Wärme und Strom aus einer Hand

Erdgas Südbayern Wärme GmbH versorgt Weilheimer Schul- und Sportzentrum

Weilheim/München. Mit der Unterzeichnung des Wärmelieferungsvertrages im April 2004 hat die Erdgas Südbayern Wärme GmbH (ESB) ein sowohl zeitlich als auch technisch anspruchsvolles Projekt begonnen, das nun nach dem erfolgreichen Umbau abgeschlossen werden kann.

Die Aufnahme der Wärmelieferung ist termingerecht bereits Anfang September 2004 erfolgt. Im Rahmen einer kleinen Feier wurde die Anlage Ende Oktober 2004 im Beisein von Landrat Luitpold Braun offiziell in Betrieb genommen.

Blockheizkraft

Um die Strom- und Wärmeversorgung des Schul- und Sportzentrums gewährleisten zu können, errichtete die ESB Wärme ein Blockheizkraft (BHKW) und eine Heizungsanlage. Im Sportzentrum übernimmt die ESB Wärme die Betriebsführung und den Unterhalt für die vorhandene Kesselanlage und errichtete für die Stromerzeugung zusätzlich ein BHKW.

Brennwertkessel-Anlage

Im Schulzentrum (Gymnasium und Realschule) wurde die vorhandene Kesselanlage mit einer modernen Brennwertkessel-Anlage erneuert. Alle Anlagen werden mit dem umweltfreundlichen Energieträger Erdgas betrieben. Die Leistungen der Anlagen wurde durch Leistungsmessungen an den Wärmebedarf des Schul- und Sportzentrums ausgerichtet. Der durch das BHKW erzeugte Strom wird an den Landkreis abgegeben und zur Anlage im Sportzentrum geleitet. Falls die Anlage nicht den gesamten produzierten Strom benötigt, wird der zuviel erzeugte Strom in das öffentliche Stromnetz eingespeist. Die ESB Wärme GmbH hat die Anlage

dersteuer beaufschlagt werde.

Für den Vorstandsvorsitzenden der Mainova AG, Ewald Woste, ist die anstehende Novelle des Energiewirtschaftsrechts mit Chancen aber auch nicht unerheblichen unternehmerischen Ungewissheiten verbunden.

Unternehmerische Risiken

Insbesondere stehe die Methodik der Netzentgeltermittlung im Fokus der öffentlichen Diskussion. Unstrittig sei, dass es keine unangemessenen Netzentgelte oder Quersubventionen zugunsten der Wettbewerbsbereiche ei-

Verwässerung

„Wir erkennen an,“ so Woste, „dass der Gesetzentwurf der Bundesregierung zwar das System der Nettosubstanzerhaltung als Kalkulationsgrundlage für die Netznutzungsentgelte aufgegriffen hat, jedoch eine Verwässerung durch eine nicht sachgerechte betriebswirtschaftliche Umsetzung erkennbar ist.“ Die Erhaltung des investierten Kapitals solle den Netzbetreibern künftig größtenteils verwehrt werden. So solle beispielsweise der Kostenbestandteil Körperschaftsteuer nicht berücksichtigt werden. Woste betonte, dass erst

auf einem verlässlichen betriebswirtschaftlichen Fundament eine Anreizregulierung entwickelt werden könne, die dem Zielkonflikt zwischen niedrigen Netzentgelten, hoher Versorgungsqualität und angemessener Kapitalverzinsung Rechnung trage. „Wir werden uns aktiv in den weiteren Diskussionsprozess mit dem Gesetzgeber und der Regulierungsbehörde einbringen und hoffen, dass die ‚Spielregeln‘ so gesetzt werden, dass die hohe Versorgungsqualität gerade auch im Bereich der kommunalen Endverteilung zum Wohle unserer Kunden erhalten werden kann,“ kündigte Woste an. ☞



Landrat Luitpold Braun (links) begutachtete gemeinsam mit Repräsentanten der ESB und des Schulzentrums die ausgefeilte Technik, die im Weilheimer Schul- und Sportzentrum Energie und Wärme liefert.
Foto: ESB

nes Energieunternehmens geben dürfe. Allerdings sei es auch richtig, dass Netzbetreiber notwendige Investitionen in die Netze nur bei einer angemessenen Kapitalverzinsung tätigen würden.

tet, dass der Wärmelieferant nicht nur den Brennstoff liefert, sondern auch die Investition und den Betrieb in die Wärmeerzeugungs-Anlage leistet. Dadurch wird ermöglicht, dass vor allem Kommunen alte Heizanlagen modernisieren können, ohne investieren zu müssen.

Gemeinsam mit dem Fachhandwerk

Der Einbau der Wärmeanlagen wurde in Kooperation mit dem örtlichen Fachhandwerk bis zur Endabnahme und Inbetriebsetzung durchgeführt. Martin Heun erläuterte, „konsequenterweise bei den Ausführungen das örtliche Handwerk mit einbezogen. Allen voran das Ingenieurbüro E3, welches die weiteren Bauausführungen koordinierte.“

„Der Wärmelieferungs-Vertrag ist ein weiterer Meilenstein in unserer langen partnerschaftlichen Zusammenarbeit“, freute sich Heun. Die Leistungen können sich sehen lassen. So ist eine

deutliche Reduzierung der Kesselleistung von 2.300 Kilo Watt (kW) auf 1.300 kW zu vermelden, wie Leistungsmessungen am Gymnasium ergeben haben. Ca. 4,2 Mio kWh Wärme werden erzeugt, das entspricht immerhin einem Wärmeverbrauch von ca. 215 Einfamilienhäusern. Dabei werden ca. 670.000 kWh Strom erzeugt, wovon ca. 2/3 ins öffentliche Netz eingespeist werden und ca. 1/3 vom Sportzentrum verbraucht wird. Darüber hinaus wurde eine Optimierung der Hydraulik der nachgeschalteten Heizkreise (Gymnasium und Sportzentrum) zur Verbesserung der Brennwertnutzung und Reduzierung der umgewälzten Wassermenge erreicht. Für Landrat Luitpold Braun zählen Zahlen. Der ökonomische Ansatz unseres Konzepts ist so sinnvoll wie sein ökologischer“, versicherte der Kommunalpolitiker. Mehr denn je gelte es für Kommunen, alle sinnvollen Einsparpotenziale zu nutzen. Hierbei habe sich die ESB vor Ort als zuverlässiger Partner bewährt. ☞

Contracting

Contracting bedeutet die Lieferung von Wärme. Das bedeu-

Wirtschaftsminister Wiesheu zum CO₂-Emissionshandel:

Emissionshandel schadet der Wirtschaft, ohne der Umwelt zu nutzen

Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu kritisiert heftig das Vorgehen der rot-grünen Bundesregierung bei der Einführung des CO₂-Emissionshandels zum 1.1.2005. Wiesheu: „Der Emissionshandel sollte eigentlich eine europaweit abgestimmte Maßnahme zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen sein. Durch gravierende Fehler hat die Bundesregierung daraus aber letztlich einen nationalen Alleingang gemacht, der dem Standort Deutschland massiv schadet und zu keiner Reduzierung der CO₂-Emissionen führen wird.“

Nach Wiesheus Worten werden nahezu alle EU-Mitgliedstaaten ihren Unternehmen mehr

Emissionsrechte zuteilen als diese in der Basisperiode CO₂ emittierten. Fast nur die deutsche Wirtschaft müsse trotz der bereits geleisteten Anstrengungen beim Klimaschutz eine weitere Reduzierung hinnehmen. Wie erst jetzt bekanntgegeben wurde, wird einem Großteil der Anlagen nicht nur die bisher angenommene Reduzierung von 2,9 %, sondern sogar von 7,5 % zugemutet.

Wirtschaftsförderung für andere Länder

Wiesheu: „Dies ist keine Umweltpolitik sondern Wirtschaftsförderung für andere Länder zu Lasten des Standorts Deutschland. Es wird genug Emissionsrechte auf dem europaweiten Markt geben, so dass der Emissionshandel sein Ziel verfehlen

wird, im größeren Umfang Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen auszulösen. Die deutschen Anlagen werden sich aber die benötigten Emissionsrechte von ihren Konkurrenten in anderen EU-Mitgliedstaaten zukufen müssen.“

Bundesrat verweigerte seine Zustimmung

Wiesheu erinnerte daran, dass der Bundesrat dem Zuteilungsgesetz im Sommer dieses Jahres nicht zustimmte. Bayerns Wirtschaftsminister: „Wir Länder hatten dreiundzwanzig konkrete Änderungsvorschläge zu dem Gesetz, um zumindest die größten Fehler zu vermeiden.“

Die rot-grüne Bundestagsmehrheit war aber nicht gesprächsbereit und hat den Einspruch des Bundesrats zurückgewiesen. Auch der Aufforderung des Bundesrats, über die Menge der insgesamt zu verteilenden Zertifikate und die Aufteilung auf die einzelnen Anlagen erst zu entscheiden, wenn die Allokationspläne der anderen Mitgliedstaaten vorliegen



Arbeitsworkshop zu Energie und Energieeffizienz: Europaparlamentarier Markus Ferber (vorne links) mit Reinhold Wenninger, Geschäftsführer der Stadtwerke Augsburg, und weiteren Mitgliedern der KEA Bayern.

würden, sei man nicht nachgekommen. Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der deutschen Wirtschaft wurden bewusst in Kauf genommen.

Wiesheu erwartet massive Proteste und eine Prozesswelle, wenn die Unternehmen ihre Zuteilungsbescheide analysieren. Nach dem Gesetz hätten die Bescheide den Unternehmen bereits bis zum 2. November 2004 zugestellt werden müssen. Auch diese Verzögerung zeige, wie diletantisch die Bundesregierung vorgegangen sei.

Europa will Energie einsparen

Schwabens EU-Abgeordneter Markus Ferber im Arbeitsworkshop mit kommunalen Energieversorgern

Augsburg (pm). Die Themen „Energie sowie deren effiziente Verwendung“ standen im Mittelpunkt eines von der Kommunalen Energie Allianz (KEA) Bayern veranstalteten Arbeitsworkshops Ende November in Augsburg.

Die KEA Bayern ist ein Zusammenschluss von sieben kommunalen Energieversorgern, darunter auch die Stadtwerke Augsburg. Schwabens Europaabgeordneter Markus Ferber informierte anlässlich des Treffens über die von der EU-Kommission geplante Richtlinie zur Energieeffizienz und zu Energiedienstleistungen.

Europaweit einheitlich

„Hauptziel ist eine europaweit einheitliche Energieeinsparung von mindestens ein Prozent pro Jahr und Land“, so Ferber. „Zudem sollen Energieversorger ihren privaten wie auch gewerblichen Kunden eine unentgeltliche Beratung zu Energieeinspar-

möglichkeiten anbieten.“ Die Richtlinie will den Umweltschutz stärken und langfristig die Energieversorgung in der Union sichern. Im Frühjahr 2005 wird sich das Europäische Parlament in der ersten Lesung mit der geplanten Richtlinie befassen.

„Momentan sind noch viele Punkte unklar“, lautet das Urteil von Markus Ferber mit Blick auf das Schriftstück. Im Meinungsaustausch mit kommunalen Energieversorgern verschaffte er sich deswegen einen Eindruck über die derzeitige Situation der Energieversorgung in Schwaben und in Bayern. „Die Praxis gibt den besten Einblick, um im Sinne der Bürger über eine spätere Gesetzgebung zu entscheiden.“

Volltanken für nur knapp 9 Euro

Fahren mit Erdgas schont den Geldbeutel und die Umwelt

München. Immer mehr Kunden steigen von einem herkömmlichen Benziner auf ein Erdgasfahrzeug um. Neben der Umweltfreundlichkeit von Erdgas als Kraftstoff dürfte vor allem der Preis eine Rolle bei der Entscheidung für ein Erdgasauto spielen.

So kostete ein Liter Superbenzin im Versorgungsgebiet der Erdgas Südbayern GmbH (ESB) im November 2004 rund 1,10 Euro, während die vergleichbare Menge Erdgas durchschnittlich nur 0,49 Euro kostete. Damit war das Superbenzin mehr als doppelt so teuer wie Erdgas.

Klare Alternative

Die Tankfüllung des erdgasbetriebenen Fiat Punto schlägt mo-

mentan mit nicht einmal 9 Euro zu Buche. „Damit ist Erdgas als Kraftstoff eine ganz klare Alternative. Aus dem Traum vom vollen Tank für unter 10 Euro wird so Realität“, stellt Irene Niebler vom Fiat Autohaus Niebler in Ebersberg fest.

Erdgasfahrzeuge fahren sich genauso gut, sicher und komfortabel wie Autos mit herkömmlichem Antrieb. Davon ist Niebler aus eigener Erfahrung überzeugt: „Unsere Erdgasfahrzeugkunden sind mit ihrem Fahrzeug hochzufrieden. Sie würden es nicht mehr eintauschen wollen.“ Innerhalb der letzten sechs Wochen hat das Autohaus drei Erdgas-Fahrzeuge der Marke Fiat Puntos ausgeliefert. Im Januar 2005 werden drei weitere Fiat-Erdgasfahrzeuge an die Kunden übergeben.

Schonung für Umwelt und Geldbeutel

Auch bundesweit geht der Trend immer mehr hin zum Erdgasfahrzeug. Fuhren Ende 2003 nur knapp 20.000 Erdgasfahrzeuge auf deutschen Straßen, so sind es heute bereits rund 27.000. Das bedeutet einen Anstieg von etwa 35 Prozent.

Für Martin Heun, Leiter Marketing und Vertrieb bei der Erdgas Südbayern, stehen die Vorteile eines Erdgasfahrzeugs außer Frage: „Mit einem Erdgasauto schont man nicht nur die Umwelt, sondern vor allem den Geldbeutel. Mit den über 500 Erdgastankstellen, die es inzwischen gibt, ist auch die Reichweite kein Problem. Bis 2007 wird die deutsche Gaswirtschaft die Anzahl auf über 1.000 verdoppelt haben. Dann wird jede zehnte konventionelle Tankstelle Erdgas als Kraftstoff anbieten. Mit dieser Infrastruktur kann man über eine Million Erdgasfahrzeuge komfortabel und flächendeckend versorgen.“

Förderung durch die Energiedienstleister

Die Erdgas Südbayern GmbH (ESB) fördert die Anschaffung

eines Erdgasautos mit einer Startprämie von 400 Euro. Je nach Fahrzeug kann der Besitzer damit etwa 11.000 Kilometer kostenlos fahren. ESB-Kunden, die sowohl mit Erdgas als auch ein Erdgasfahrzeug fahren, erhalten zudem mit dem Bonusprogramm „Fahr & Spar“ 1.000 Kilowattstunden Erdgas mit der Jahresabrechnung gutgeschrieben. Dafür reicht es aus, die Kopie des Fahrzeugscheins an die ESB zu schicken.

Wärme aus Holz der Region

Nahwärmeversorgung für neun kommunale Liegenschaften

Es hat zwar etwas gedauert, doch jetzt ist es soweit. So gab es bei der Unterzeichnung eines Wärmeliefervertrages für neun Liegenschaften des Landkreises und der Stadt Günzburg mit der Firma Kraftwärmeeinrichtungen (KWA) aus Bietigheim-Bissingen nur strahlende Gesichter. Landrat Hubert Hafner, Oberbürgermeister Gerhard Jauernig und der KWA-Geschäftsführer Anton Lutz setzten ihre Unterschriften unter das Vertragswerk nachdem die kommunalen Gremien grünes Licht für das Projekt gegeben hatten.

20 Jahre lang sollen ab 01. September 2005 folgende Einrichtungen mit Wärme versorgt werden: - Dominikus Zimmermann Realschule, Dossenberger Gymnasium, Kolpinghaus mit Jugendherberge, Verwaltungsgebäude Krankenhausstrasse 36 (Gesundheitsamt), das Wahl-Lindersches-Altenheim und die Seniorenwohnanlage, alle im Eigentum des Landkreises Günzburg; - Rebay-Sporthalle, Maria-Theresia-Grundschule und das Verwaltungsgebäude „Altes Krankenhaus“, alles Gebäude der Stadt Günzburg.

Die exponierte Lage im Süden der Stadt Günzburg und die relative Nähe zueinander gewährleisten ein wirtschaftliches Verteilernetz, das aus der zentralen Heizanlage östlich der Rebay-Sporthalle versorgt wird. Ein Elektrofilter wird die Rauchgase weitgehend von Staubpartikeln reinigen, so dass die Anlage weit unter den gesetzlich vorgeschriebenen zulässigen Werten bleiben wird.

5.000.000 KWh Wärme sind jährlich durch die Firma KWA zu liefern, wovon 80 % aus dem nachwachsendem Energieträger Holz erzeugt werden. In der europaweiten Ausschreibung wurde bereits festgelegt, dass Holzhackschnitzel aus der Region eingesetzt werden müssen. Wie der Geschäftsführer der Fa.

KWA mitgeteilt hat, ist er bereits in Verhandlungen mit den örtlichen Vertretern von entsprechenden Firmen und Gemeinschaften, die als Lieferanten in Frage kommen. Belastetes Holz oder Abbruchholz darf nicht eingesetzt werden.

Bereits im Frühjahr nächsten Jahres soll mit dem Bau der zen-

tralen Heizanlage begonnen werden, damit pünktlich ab 01. September die Wärme fließen kann. Dann können nicht nur der Landkreis und die Stadt Günzburg sowie die Betreiberfirma von der Anlage profitieren, sondern am meisten die Umwelt, so Landrat Hubert Hafner. Mindestens 850 Tonnen CO₂-Emissionen können durch den CO₂-neutralen Heizstoff Holz gegenüber den bisher eingesetzten fossilen Brennstoffen Öl und Gas vermieden werden, ergänzte Oberbürgermeister Gerhard Jauernig bei der Vertragsunterzeichnung im Günzburger Landratsamt.

Hans Joas

„Bundeshauptstadt Energiesparen“ gesucht

Der hohe Energieverbrauch ist hauptverantwortlich für Treibhauseffekt und andere Umweltbelastungen. Viele Städte und Gemeinden haben wirksame Schritte unternommen, um den Energieverbrauch einzudämmen und durch mehr Effizienz knappe Ressourcen zu schonen. Mit dem Wettbewerb „Energiesparkommune“ will die Deutsche Umwelthilfe (DUH) diese vielfältigen Spar- und Effizienzansätze bundesweit bekannt machen und zur Nachahmung empfehlen.

Im Rahmen des Wettbewerbs „Energiesparkommune“ werden Spar- und Effizienzmaßnahmen in kommunalen Liegenschaften abgefragt und bewertet, ebenso kommunale Aktivitäten auf dem Gebiet der Energieberatung der Bürger. Zudem werden konzeptionelle Effizienzanstrengungen im Rahmen der Stadtentwicklung und Förderprogramme zum Energiesparen für Bürger und Unternehmen berücksichtigt.

Die Kommune, die die meisten Punkte erzielt, erhält den Titel „Bundeshauptstadt Energiesparen“. Bis zum 15. 4. 2005 können Städte und Gemeinden ihr Energiespar-Profil bei der DUH einreichen. Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.energiesparkommune.de und www.duh.de, sowie beim Projektteam Carla Vollmer und Robert Spreter, Tel: 07732/9995-50.

Ökostrom kostet 300 Mio. Euro

Vergütung ist drei Mal höher als Marktpreis

Die bayerischen Stromverbraucher haben im Jahr 2004 rund 300 Millionen Euro für die Förderung von Ökostrom nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) bezahlt, meldet der Verband der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft, VBEW. Bundesweit wurden mehr als zwei Milliarden Euro Fördergelder von den Stromkunden aufgebracht. Dies macht eine Kostensteigerung im Vergleich zum Vorjahr von rund 20 Prozent aus.

Mit dieser Summe konnten deutschlandweit rund 37 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Strom nach dem EEG gefördert werden. Die gesamte Stromerzeugung liegt bei rund 560 Milliarden kWh. Die Einspeiser von Strom aus Wind, Wasser, Sonne oder Biomasse erhalten nach dem EEG durchschnittlich gut neun Cent pro kWh. Dies entsprach etwa dem Dreifachen des Marktwerts im vergangenen Jahr. Am stärksten gefördert wird die Stromerzeugung aus Photovoltaik mit bis zu 62,4 Cent pro kWh. Der Fördersatz liegt hier 20 Mal so hoch wie der Marktwert.

Erdgasverbrauch 2004 gestiegen:

Erdgas vergrößert Vorsprung vor Heizöl

ESB-Geschäftsführer Werner Bähre: „Erdgas nach wie vor Wunschenergie Nummer 1“

München. Die Erdgas Südbayern GmbH (ESB) stellt für die ersten drei Quartale 2004 einen Absatzzuwachs von rund 3,4 Prozent fest. Auch für das gesamte Jahr 2004 rechnet Geschäftsführer Werner Bähre mit einem Plus von etwa drei bis vier Prozent. Damit, so Bähre, liege das Unternehmen im Bundestrend. Erdgas sei nach wie vor Wunschenergie Nummer 1, sowohl bei den Haushalten als auch bei der Industrie.

Bundesweit nahm der Erdgasverbrauch in den ersten neun Monaten im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 1,3 Prozent auf 76,5 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten zu. In der Industrie fiel der Anstieg noch etwas stärker aus. Die privaten Haushalte verzeichneten bei geringfügig kälterer Witterung einen leichten Zuwachs, während der Einsatz in Kraftwerken etwa auf dem Vorjahresniveau lag.

Gas-Ölpreis-Kopplung

Der Mineralölverbrauch lag in den ersten drei Quartalen 2004 um 2,1 Prozent unter dem Vergleichswert für 2003. Vor allem leichtes Heizöl verzeichnete aufgrund des sehr hohen Preisniveaus einen massiven Absatzrückgang von 15 Prozent. Für Bähre ist das keine überraschende Entwicklung: „Der Ölpreis ist dieses Jahr explodiert. Seit Januar ist der Preis für leichtes Heizöl um über 30 Prozent angestiegen. Zwar mussten die Gasversorger

zeitverzögert aufgrund der Gas-Ölpreis-Kopplung und der dadurch gestiegenen Bezugspreise ihre Preise anpassen, doch sehen hier die Steigerungsraten nicht so dramatisch aus.“ Bähre wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Erdgas Südbayern ihre Preise Anfang 2004 sogar noch um rund 5,3 Prozent gesenkt habe. Die Verbraucher wüssten Erdgas als umweltschonend, bequemen und sauberen Energieträger zu schätzen.

Knapp vor Strom

Bundesweit haben 75 Prozent aller zum Bau genehmigten Wohnungen eine Erdgasheizung. Insgesamt werden knapp 47 Prozent aller Wohnungen mit Gas beheizt, mehr als 31 Prozent mit Heizöl, rund 12 Prozent mit Fernwärme, etwa sechs Prozent mit Strom und um die vier Prozent mit Kohle. Beim industriellen Endenergieverbrauch konnte Erdgas seinen Anteil auf fast 33 Prozent steigern und liegt damit ganz knapp vor Strom.

Energiepolitischer Workshop der E.ON Energie AG:

Strom- und Emissionshandel im Blickpunkt

Zum Schutz des Klimas kommt seit 1. Januar diesen Jahres das neue Instrument Emissionshandel zum Einsatz. Ein Teil der Wirtschaft in Europa - aus den Wirtschaftssektoren Energie und Industrie - kann dann mit Berechtigungen zum Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids (CO₂) handeln. Die Tonne CO₂ erhält einen Wert, den der Handelsmarkt bestimmt. Der Handel soll die notwendigen Minderungen beim Treibhausgas-Ausstoß dorthin lenken, wo sie am kostengünstigsten sind.

Wie bei einem energiepolitischen Workshop der E.ON Energie AG, München, dargestellt wurde, hat sich auf der 3. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention im Dezember 1997 im japanischen Kyoto die Staatengemeinschaft zum ersten Mal auf verbindliche Ziele und Maßnahmen für den Klimaschutz geeinigt. Die Industriestaaten verpflichteten sich, bis zum Zeitraum 2008-2012, die Emissionen der sechs wichtigsten Treibhausgase um insgesamt 5 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Laut Michael Weltin (E.ON Energie AG, Bereich Energiepolitik) und Stefan Ulreich (E.ON Sales & Trading GmbH, Bereich Strategie) hat das internationale Protokoll von Kyoto den Weg für den Emissionshandel geebnet. Die Europäische Union hat den Handel mit CO₂-Emissionsberechtigungen seit Jahren vorbereitet.

Emissionsberechtigungen

Das Prinzip sieht wie folgt aus: Unternehmen, die klimaschädliches CO₂ ausstoßen, müssen über Emissionsberechtigungen - sogenannte Zertifikate - verfügen. Hat das Unternehmen nicht genügend Berechtigungen zur Verfügung, kann es seinen CO₂-Ausstoß verringern, indem es klimafreundliche Technologien und Brennstoffe nutzt - oder es muss zusätzliche Berechtigungen am Markt erwerben.

An die am Emissionshandel teilnehmenden Anlagen der Wirtschaftssektoren Energie und Industrie (Verbrennungsanlagen, Raffinerien und Kokereien, Stahl- und Metallindustrie, Zement- und Kalkindustrie, Glas- und Keramikindustrie, Papier- und Zellstoffindustrie) werden kostenlos Emissionsberechtigungen ausgegeben, die bereits den gesetzlich festgelegten Reduktionsbeitrag dieser Sektoren beim CO₂-Ausstoß bis 2007 berücksichtigen. Die Richtlinie erfasst EU-weit voraussichtlich etwa 10.000 Anlagen und ca. 46 Prozent der CO₂-Emissionen; in Deutschland etwa 2500 Anlagen bzw. knapp 60 Prozent der CO₂-Emissionen. Zentrale Stelle ist die Deutsche Emissionshandelsstelle beim Umweltbundesamt. Sie kooperiert mit den Umweltbehörden der Bundesländer.

Emissionsinventar

Wie Weltin und Ulreich betonen, erfordern umfangreiche Kraftwerksneubauten eine markt-nahe Umsetzung des Emissionshandels. Die E.ON Energie Deutschland sei mit 119 TWh 2 der zweitgrößte Stromerzeuger bundesweit. Die Vorbereitung auf Unternehmensebene umfasse die Erstellung eines Emissionsinventars, die Identifizierung interner CO₂-Minderungsmaßnahmen sowie operative Strukturen zur Durchführung des Handels. Die Aufnahme des Handels mit Emissionsrechten erfordere die Klärung von Standardvertrag, Handelssystem/ Handelsbuch, Kreditrisiko, Erfassung in der Unternehmensbilanz/steuerliche Fragen, Auflagen aus dem Wertpapiercharakter, Handelsplattform, Informationsfluss/ Schnittstellen, Entwicklung von Risikomessgrößen/Implementie-

zerns nimmt die E.ON Sales & Trading GmbH, eine 100%ige Tochtergesellschaft der E.ON Energie AG, mit Sitz in München ein. Wie Karl-Michael Fuhr, Vorsitzender der Geschäftsführung, erklärte, ist sie im Januar 2002 aus dem Zusammenschluss der E.ON Vertrieb GmbH und der E.ON Trading GmbH entstanden.

Umfassendes Marktverständnis

Auf Basis des umfassenden Marktverständnisses bei E.ON bietet die Gesellschaft bedarfsge-rechte Stromlösungen an. Der

Kundenfokus liegt auf dem Wholesale-Geschäft. Neben Regional- und Kommunalversorgern betreut E.ON Sales & Trading große nationale und internationale Industriekunden - insgesamt rund 100 (Stand 2003) -, und dies nicht nur in Deutschland, sondern europaweit, insbesondere in Österreich und Frankreich.

Darüber hinaus werden sämtliche Stromhandelsgeschäfte der E.ON Energie über E.ON Sales & Trading abgewickelt - eine Struktur, die der Marktsituation und den spezifischen Bedürfnissen der Kunden gerecht wird.

Auf dem deutschen Stromhandelsmarkt gewinnt die Börse EEX (European Energy Exchange) zunehmend an Bedeutung, erläuterte Geschäftsführer Oliver Maibaum. EEX ist die Energiebörse Deutschlands mit Sitz in Leipzig. Vorausgegangen waren die LPX Leipzig Power Exchange mit Sitz in Leipzig und die European Energy Exchange mit Sitz

in Frankfurt. Beide Börsen und die dazugehörigen Trägergesellschaften wurden im Laufe des Jahres 2002 zusammengelegt.

Energiebörse

Eine Energiebörse ist ein elektronischer Marktplatz, an dem die Handelsteilnehmer Strom kaufen und verkaufen können. Handelsteilnehmer der EEX sind u. a. Energieversorger, Stadtwerke, Industrie, Stromhändler und Banken. Am Marktplatz der EEX werden aktuell rund 10 Prozent des Stromverbrauchs in Deutschland gehandelt. Die EEX ist eine öffentlich-rechtliche Börse und unterliegt wie die Wertpapierbörsen dem deutschen Börsengesetz. Ihr gehören 118 Teilnehmer aus 15 Ländern an. Die Anteilseigner kommen aus elf Staaten und aus allen Interessengruppen. Kein Marktteilnehmer hat einen größeren Anteil als 3,5 Prozent.

Die Börse, so Maibaum, sorgt für Effizienz, Fairness und Sicherheit. Sie bietet Transparenz durch etablierte Referenzpreise und die Veröffentlichung der Kurse unter www.eex.de, zudem einen sehr hohen Automatisierungsgrad durch elektronischen Handel und Geschäftsabwicklung, den Abbau von Bonitäts-hindernissen durch ein Clearing-system mit neun Großbanken sowie gleiche Chancen für alle durch gesetzliche Diskriminierungsfreiheit und staatliche Überwachung.

Ziel der European Energy Exchange ist es, zu der bedeutendsten Energiebörse in ganz Zentraleuropa zu werden. Zukünftig sollen Strom, Gas und andere Energieträger an EEX gehandelt werden. Diese Palette soll um börsennahe Dienstleistungen wie z. B. das Clearing außerbörslicher Geschäfte (OTC-Clearing) ergänzt werden. **DK**

E

Solaranlage für das Schulhaus in Wilburgstetten

Am 13. Dezember nahm Bürgermeister Günther Gottwald die fünf Kilowattpeak-Photovoltaik-Anlage auf dem Dach des Schulhauses in Wilburgstetten in Betrieb. Die Solarstromanlage wird jährlich etwa 4.150 Kilowattstunden (kWh) Strom erzeugen. Dies entspricht der Menge, die eine vierköpfige Familie in einem Jahr verbraucht. Pro Jahr wird diese Anlage 2,32 Tonnen Kohlendioxid einsparen.

Die Solarstromanlage in Wilburgstetten ist eine von insgesamt 13 Anlagen der Photovoltaik-Initiative der N-ERGIE. Ziel des Projekts ist es, die Bürger für das Thema Sonnenenergie zu sensibilisieren. Auf ausgewählten kommunalen Dächern erstellt und betreibt die N-ERGIE auf eigene Kosten jeweils eine Solaranlage. Insgesamt stellt sie für dieses Projekt über die gesamte Laufzeit von 20 Jahren mehr als 700.000 Euro für Planung, Erstellung, Unterhalt und Finanzierung bereit. Der N-ERGIE kommt zwar die Einspeisevergütung zugute, diese deckt die Kapital- und Betriebskosten jedoch nur zu einem Teil. Den ausgewählten Gemeinden entstehen keine Kosten.

Im Oktober 2002 machte die N-ERGIE allen 207 Kommunen in ihrem Netzgebiet ohne eigene

Stadt- bzw. Gemeindegewerke das Angebot, sich an der Photovoltaik-Initiative zu beteiligen. 70 Gemeinden haben sich bei der N-ERGIE beworben und ein kommunales Dach zur Verfügung gestellt. Fachleute haben die Beschaffenheit der Dächer begutachtet und die geeignetsten ausgewählt.

Monokristalline Module

Die Anlage in Wilburgstetten besteht aus monokristallinen Silizium-Solarzellen. Für die aufwändige Herstellung dieser Zellen wird teures, hochreines Silizium verwendet. Im Vergleich zu den kostengünstigeren polykristallinen und amorphen Zellentypen ist der Wirkungsgrad monokristalliner Solarzellen mit rund 13 Prozent nach wie vor am höchsten. Aufgrund ihres hohen Wirkungs-

grades wird dieser Zelltyp vor allem dort eingesetzt, wo nur wenig Fläche zur Verfügung steht.

Bauliche Voraussetzungen

Südausgerichtete Dächer mit einer Dachschräge von ca. 40 Grad sorgen für optimale Sonneneinstrahlung. Eine vergleichbare Anlage wie die in Wilburgstetten benötigt brutto ca. 56 qm bei einer reinen Modulfläche von ca. 45 qm. Fachgerechte Planung und Installation einer Photovoltaik-Anlage stellen die größtmögliche Effizienz sicher und sorgen z. B. dafür, dass betriebsbedingte Ausfälle minimiert werden.

Schlüsselfertig kostet eine vergleichbare Photovoltaik-Anlage dieser Leistung etwa 25.000 Euro. Nach dem derzeitigen Gesetz zur Förderung regenerativer Energien kann - je nach Sonneneinstrahlung - mit jährlich rund 2.400 Euro gerechnet werden.

Fürth baut Image als Solarstadt weiter aus

Höchste Photovoltaikleistung aller deutschen Großstädte

Frankens größte Photovoltaikanlage auf dem ehemaligen Müllberg im Stadtteil Atzenhof ist das Aushängeschild der Solarstadt Fürth. Doch auch ohne die Anlage mit einer Spitzenleistung von einem Megawatt (MW) sei die Entwicklung in beeindruckenden Zahlen weitergegangen, wie Fürths Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung bei der Vorstellung der städtischen Solarbilanz betonte. Gemessen an der Einwohnerzahl habe die Kleebblattstadt bundesweit die höchste Photovoltaikleistung aller deutschen Großstädte, so der Rathauschef.

2004 sind zu den bereits bestehenden 103 Anlagen bis Ende des Jahres 31 neue mit einer Nennleistung von 444 Kilowatt (kW) hinzugekommen, erklärte der städtische Solarbeauftragte Johann Gerdenitsch. Neben dem Solarberg in Atzenhof mit 1 MW schlagen vor allem die über 580 kW auf landwirtschaftlichen Gebäuden sowie fast 110 private Solaranlagen mit einer Gesamtleistung von über 300 kW und 9 Anlagen auf kommunalen Gebäuden mit einer Kapazität von 260 kW zu Buche. „Die jährliche Solarstromproduktion von durchschnittlich 2 Millionen Kilowattstunden reicht aus, um rund 500 Haushalte in Fürth mit Sonnenenergie zu versorgen“, berichtete der OB voller Stolz: „Auf Konferenzen in Rio und Kyoto wird geredet, in Fürth wird gehandelt.“ Wichtig sei ihm vor allem, dass sich die Bevölkerung mit den Bemühungen der Stadt, Fürth zur Solarstadt zu entwickeln, identifiziert.

Module heiß begehrt

Wie Gerdenitsch betonte, hätten in Fürth in diesem Jahr sogar weitere 500 kW ans Netz gehen können, „doch die Industrie kommt mit der Fertigung nicht nach“. Solarmodule seien derzeit heiß begehrt. Diese Entwicklung komme auch der Fürther Wirtschaft und dem Handwerk zugute.

„In den vergangenen vier Jahren wurden in Fürth Investitionen im Wert von 10 Millionen Euro getätigt“, bemerkte der Solarbeauftragte. Unternehmen wie Flabeg (Solarspiegelproduktion), Siemens (Wechselrichter), GWU (Vertrieb und Montage) und zahlreiche Elektroinstallationsfirmen profitierten von dem Solarboom.

Neben dem wirtschaftlichen ist vor allem der umweltpolitische Aspekt zu sehen: „Über 1200 Tonnen des Klima ge-

Die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ist am 1. August in Kraft treten. Das Gesetz sieht eine Grundvergütung von 45,7 Cent pro Kilowattstunde für Strom aus Sonnenenergie vor. Dieser Betrag erhöht sich bei Solaranlagen auf einem Gebäudedach mit einer Leistung von bis zu 30 kW um 11,7 Cent pro kWh. Damit ergibt sich für eine vergleichbare Anlage wie in Wilburgstetten eine Einspeisevergütung von insgesamt 57,4 Cent pro kWh.

Die im Januar 2004 im so genannten Vorschaltgesetz wirksam gewordenen höheren Vergütungssätze haben die Nachfrage nach Photovoltaik-Anlagen stark ansteigen lassen. Die Produktion von Solarzellen konnte mit dem plötzlichen Boom kaum Schritt halten. Es kam zu Lieferschwierigkeiten, die auch die Inbetriebnahme der Photovoltaik-Anlage in Wilburgstetten zeitlich verzögert hat. Im Netzgebiet der N-ERGIE gingen allein in den ersten fünf Monaten des Jahres dreimal so viele Anträge auf Anschluss von Photovoltaik-Anlagen ein wie im gesamten vergangenen Jahr.



Großer Andrang bei einer Großveranstaltung in Steinheim. V. l.: stellvertretende Landrätin Angela Rieder, Kreisrat Dr. med. Wolfgang Stolle, SNE-Geschäftsführer Eugen Bayer, Angela Blind, stellvertretende Kreisbäuerin Hannelore Schmid, Johann Friegel, Kreisbäuerin Marianne Kampflinger. Bild - jdt

Vorreiterfunktion in Bayern:

„Ölwechsel in den Köpfen bewirkt“

Pionierleistungen der „Schwäbischen Naturenergie“ auch von Staatsminister Miller gewürdigt

Dillingen (jdt). Als Pionierleistung auf schwäbischer und bayerischer Ebene gewürdigt wird die Entwicklung der „Schwäbischen Naturenergie GmbH (SNE)“ Dillingen. Gegründet wurde diese Organisation zur Nutzung heimischer nachwachsender Rohstoffe von aktiven Repräsentanten des Kreisverbandes Dillingen des BBV und der Rapszeugergemeinschaft Mittelschwaben.

Beispielhafte Initiativen zeigten dabei seinerzeit Leonhard Geiger und Heinrich Gärtner. Landwirtschaftsminister Josef Miller lobte die GmbH mit ihrer besonderen Prägung als etwas einmaliges im Freistaat.

Große Fortschritte

Vor den großen Fortschritten beim Rapsanbau und bei der Verbreitung zu Qualitätsprodukten zeugen inzwischen über 400 Vertragsanbauer in den Landkreisen Donau-Ries, Dillingen, Augsburg, Aichach-Friedberg, Unterallgäu, Günz-Friedberg und im angrenzenden ostwürttembergischen Landkreis Heidenheim/Brenz. Als Geschäftsführer der SNE wirkt der Dillinger BBV-Kreisgeschäftsführer Eugen Bayer. Die Aktivitäten schließen u. a. ein die Vermarktung des schwäbischen Rapspeiseöls der Marke „Schwaola“ und von Rapskuchen als Eiweißfutter und u. a.

die Produktion von Pflanzenöl für Pflanzenölmotoren. Geworben wird wirksam unter dem Motto „Rapsöl - Gesund genießen - Ölwechsel in Köpfen und Töpfen“.

Nutzung des Rapsanbaus

Unter Mitwirkung von „Donautal-Aktiv“, des Landkreises, des BBV und der AOK fand im Rahmen einer „Gesundheitswoche“ im überfüllten Schützenheim Steinheim eine Großveranstaltung statt. Über die Bedeutung der Nutzung des Rapsanbaus sprachen der Arzt Dr. Dr. Wolfgang Stolle aus Kötz (Mitglied des Kreistages Günz-Friedberg), Johann Friegel (AOK) und Geschäftsführer Bayer, der unter Beifall humorvoll anmerkte: „Mit dem guten Rapsöl ist es so wie mit der Liebe....beides hält das Herz jung bis ins hohe Alter“. Gleich quadratmeterweise serviert wurde schmackhafter Rapsölkuchen.

Biogasanlagen:

Ökonomie vor Euphorie

Die Vorreiterrolle Bayerns bei der Biogasnutzung soll technologisch und ökonomisch gefestigt und ausgebaut werden. Das erklärte Landwirtschaftsminister Josef Miller auf der gemeinsamen Jahrestagung des Instituts für Landtechnik, Bauwesen und Umweltechnik der Landesanstalt für Landwirtschaft, des Landesamts für Umweltschutz sowie der Arbeitsgemeinschaft Landtechnik und Landwirtschaftliches Bauwesen in Rosenheim.

Im Rahmen des Aktionsprogramms „Biogas in Bayern“ setzte Miller auf vier Schwerpunkte: Forschung, Pilotprojekte, Beratung und Ausbildung sollen verstärkt werden.

Kalkulierbares und speicherfähiges Angebot

Die Vorteile der Nutzung von Biogas liegen nach den Worten des Ministers auf der Hand: „Biomasse aus der Land- und Forstwirtschaft ist für die Energiewirtschaft nicht nur ein kalkulierbares und speicherfähiges Angebot, die Nutzung ist auch unter dem Klimaschutzaspekt sinnvoll.“

Darüber hinaus sei auch die heimische Wertschöpfung nicht zu unterschätzen. „Gerade der Biogasanlagenbau ist ein neuer und bedeutender Wirtschaftszweig für mittelständische Unternehmen geworden“, sagte Miller.

Derzeit werden in Bayern rund 650 Biogasanlagen betrieben. Das ist ein Drittel aller deutschen Anlagen. Dem Landwirtschaftsministerium liegen weitere 780 Anträge auf Förderung vor. Der Minister warnte in diesem Zusammenhang vor allzu großer Euphorie. Er appellierte an die potenziellen Investoren, in jedem Einzelfall die betrieblichen Erfolgchancen gründlich zu prüfen.

Optimale Nutzung

Biogas kann im Moment optimal in der Kraft-Wärme-Kopplung genutzt werden. Falls sich die Reinigung von Biogas zu Biomethan und damit die Einspeisung in das Erdgasnetz als gangbarer Weg erweist, stünden laut Miller für Biogas sämtliche Erdgasanwendungen offen. Das Landwirtschaftsministerium fördert derzeit entsprechende Untersuchungen.



Feierlichkeiten in Wilburgstetten.

Foto: N-ERGIE

Schulzentrum Puchheim:

Projektvorstellung mobile Wärmeversorgung

Steigende Energiepreise sowie die Möglichkeit, die Freisetzung von Kohlendioxid zu vermeiden, veranlassten den Landkreis Fürstentfeldbruck und die GfA Gesellschaft für Abfallwirtschaft mbH, ein mobiles Wärmetransportsystem zur Versorgung des Schulzentrums Puchheim zu testen.

Mit Hilfe dieser Technologie lässt sich Wärme, die im Abfallheizkraftwerk Geiselbullach erzeugt wird, leitungsgebunden zu Heizwecken einsetzen. Für den Wärmetransport nutzt die GfA stattdessen hochisolierte Container, die mit einem Salz als Wärmespeicher gefüllt sind. Sie werden beim Abfallheizkraftwerk Geiselbullach mit bisher ungenutzter Kondensationswärme aufgeladen und können diese Wärme unter Ausnutzung von Kristallisationseffekten des Salzes an jeden geeigneten Heizkreislauf abgeben.

Einfaches Prinzip

Das Prinzip ist verblüffend einfach: Am Kraftwerk erhitzt die Wärmeenergie des Heißwasserkreislaufs, der auch das Schwaigfeld in Olching mit Fernwärme versorgt, über einen Wärmetauscher das im Container enthaltene Salz. Dabei „schmilzt“ es und nimmt durch den Schmelzvorgang sowohl latente, aber auch fühlbare Wärme auf. Der bei der GfA auf ca. 70 bis 80 °C aufgeladene Container wird nun am Schulzentrum Puchheim angeschlossen und unterstützt die Gebäudeheizung und Brauchwassererwärmung. Das Salz kristallisiert dabei wieder aus, wird dabei jedoch nicht verbraucht. Es ändert lediglich bei jedem Entlade-

bzw. Beladestand den Aggregatzustand, ähnlich dem Gefrieren und Schmelzen von Eis.

Diese zusätzliche Heizenergie wird im Abfallheizkraftwerk emissionsneutral erzeugt, da lediglich ansonsten ungenutzte Kondensationswärme ausgekoppelt wird. Zudem lassen sich bei einem erfolgreichen Einsatz dieses Systems entsprechende Mengen Primärenergie, wie Öl oder Gas einsparen und Emissionen am Schulzentrum Puchheim vermeiden.

Vorreiterrolle

Die Kooperation, die auch intensiv von Ziel 21 - Zentrum Innovative Energien im Landkreis Fürstentfeldbruck - begleitet wurde, hat für beide Partner Vorteile: Die GfA erwartet durch diesen Test bereits im frühen Anwenderstadium grundsätzliche Erkenntnisse über den Systembetrieb und die Wirtschaftlichkeit, die für eine spätere kommerzielle Anwendung die entscheidenden Faktoren darstellen.

Seitens des Landkreises überwiegt der Grundgedanke des sparsamen Wirtschaftens und des schonenden Umgangs mit Ressourcen. Er übernimmt damit erneut eine Vorreiterrolle bei einer Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien. **DK**

15 Jahre Gesellschaft für Altlastensanierung in Bayern - GAB:

Kompetenter Ansprechpartner in Sachen Altlasten

Ein bayerisches Erfolgsmodell für die freiwillige Kooperation im Umweltschutz ist die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH, kurz GAB. Vor 15 Jahren gegründet, hat sie sich einen sehr guten Ruf sowohl bei ihren Partnern in den Vollzugsbehörden als auch in der Altlastenbranche erworben. Gut vorbereitet und zuversichtlich blickt die Gesellschaft in die Zukunft.

Die Kernaufgabe der GAB besteht darin, Landkreise und kreisfreie Städte bei der Untersuchung und Sanierung von Altlasten industrieller oder sonstiger gewerblicher Herkunft fachlich, technisch und finanziell zu unterstützen. In Bayern wurde schon früh auf

Partnerschaft gesetzt; es entstand ein bundesweit viel beachtetes Kooperationsmodell zwischen dem Freistaat Bayern und der bayerischen Wirtschaft. Damals galt es, die Eigenverantwortlichkeit und das Solidarprinzip im Hinblick auf ökologische Ziele und ökonomische

Möglichkeiten in die Praxis umzusetzen. Dieser Weg wurde konsequent verfolgt.

Vertrauen in die Wirtschaft

Der Freistaat hat der Wirtschaft Vertrauen entgegengebracht, indem er darauf verzichtete, für die Bewältigung des Altlastenproblems eine Zwangsregelung (Abfallabgabe) einzuführen, sondern sich vielmehr entschloss, diese Finanzierung auf freiwilliger Basis zu versuchen.

Diese gemeinsamen Bemühungen von Staat und Wirtschaft sind auf fruchtbaren Boden gefallen. Beispielhaft ist das konstruktive Engagement der bayerischen Wirtschaft: Die eingebrachten finanziellen Mittel sind ein überzeugender Beleg für die beachtlichen Anstrengungen und das Verantwortungsbewusstsein der Wirtschaft - auch und besonders bei der Altlastenbewältigung.

Gesichertes Fundament

Seit Bestehen der Gesellschaft bis einschließlich Ende 2004 wurden insgesamt 169 Anträge auf Beteiligung gestellt, die GAB mbH hat dabei die zuständigen Landkreise und kreisfreien Städte in 55 Altlastfällen bei der Gefahrenabwehr und der Erkundung finanziell und fachlich unterstützt. Für diese übernommenen Fälle mit einem Finanzierungsvolumen von rund 37 Mio. Euro stellte die GAB mbH 33 Mio. Euro ihrer Mittel bereit.

Die mit der Gründung der GAB abgegebenen Zusagen wurden von beiden Gesellschaften im bayerischen Umweltpakt II im Jahre 2000 bestätigt. Mit Abschluss des Konsortialvertrages konnte die GAB gestärkt in das 2. Jahrzehnt ihres Bestehens gehen. Das finanzielle Fundament der Gesellschaft wurde damit für die nächsten Jahre gesichert. Dies ist Bestätigung und Verpflichtung zugleich.

Bestätigung

Die Zusagen im bayerischen Umweltpakt II, die GAB mbH

in der jetzigen Form fortzuführen, haben noch einmal bekräftigt, dass dem Freistaat Bayern und der bayerischen Wirtschaft der Umweltschutz und insbesondere die Altlastenbewältigung auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten ein wichtiges Anliegen bleibt.

Darüber hinaus hat es die Gesellschaft verstanden, sich zunehmend zu einem Bindeglied an der Schnittstelle von Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung zu entwickeln. Insbesondere die jährlich stattfindenden Altlastensymposien veranschaulichen diese Kompetenz.

Aufgabenfelder

Da die Zukunft jedoch immer der Fortentwicklung bestehender und der Erschließung neuer Betätigungsfelder gehören muss, fanden bereits beachtliche Entwicklungen statt. Folgende zusätzliche Aufgabenfelder wurden erschlossen:

- ≪ Mitwirkung im Zulassungsverfahren für Sachverständige
- ≪ Projektsteuerungen für öffentliche Träger von Sanierungsmaßnahmen. Beispiele sind Sanierung des Richtberggeländes im Landkreis Schweinfurt oder die Sanierung des Torfwerks Raffler im Landkreis Weilheim.
- ≪ Projektsteuerung und Koordination des Forschungsvorhabens „Nachhaltige Altlastenbewältigung unter Einbeziehung des natürlichen Reinigungsvermögens“ sowie anschließende Umsetzung der Ergebnisse in eine praxisorientierte Handlungsempfehlung.

Perspektiven

Jüngster Spross der GAB ist die gemeinsame Reihe von Fortbildungsveranstaltungen, die GAB und Bayerische Verwaltungsschule in Kooperation mit dem LfW und dem Ingenieurtechnischen Verband Altlasten e.V. anbieten. Eine Perspektive für die Zukunft der GAB könnte nach eigenen Angaben das umfangreiche und bislang weniger intensiv bearbeitete Gebiet der kommunalen Altablagerungen bieten.

Möglichkeiten zur Finanzierung der notwendigen Maßnahmen zur Untersuchung und Sanierung kommunaleigener Altablagerungen werden von der Staatsregierung bereits seit geraumer Zeit intensiv mit den kommunalen Spitzenverbänden diskutiert. **DK**

Kunststofffenster:

Recyclingquote in 2004 über 40 Prozent

Ein positiver Schritt auf dem Weg zur vollständigen Wiederverwertung

Bonn - Rewindo, das ist die Fenster-Recycling-Initiative der führenden deutschen Kunststoffprofilhersteller. Die Aufgabe von Rewindo: Umsetzung der freiwillig vereinbarten Wiederverwertungsziele der europäischen PVC-Branche. Die Leistungen von Rewindo: Information, Service und auch Dokumentation der erzielten Recyclingquoten.

So wurde jetzt das für 2004 zu erwartende Abfallmengen-szenario für gebrauchte PVC-Fenster vorgelegt. Ermittelt wurden die Zahlen von einer unabhängigen Beratungsgesellschaft. Bezogen auf die erfassbare, verfügbare Menge aller alten PVC-Fenster liegt die voraussichtliche Recyclingquote in diesem Jahr damit bei über 40 Prozent.

Am Ende dieses Jahres werden die tatsächlichen Abfallzahlen dann noch einmal von unabhängigen Dritten bei den Recyclingpartnern der Rewindo geprüft und dokumentiert.

Es gibt noch viel zu tun

„Wir sind auf einem guten Weg, aber es gibt noch viel zu tun“, so Michael Vetter, Geschäftsführer der Rewindo, mit Blick auf das nächste Ziel: eine Recyclingquote von 50 Prozent in 2005. Gefragt ist deshalb ein noch größeres Engagement speziell von Fensterbauern und Abbruchunternehmen, das bundesweit organisierte Sammel- und Recyclingsystem für PVC-Alt-

fenster zu nutzen. Recyclingquote für Kunststofffenster in diesem Jahr über 40 Prozent. Ein positiver Schritt auf dem Weg zur vollständigen Wiederverwertung.

Die 2005 in Kraft tretende Ablagerungs-Verordnung und das Ablaufen der Übergangsfristen der TA Siedlungsabfall werden jedenfalls für steigende Deponiekosten sorgen. Michael Vetter hofft, dass damit auch das Bewusstsein steigt, dass nachhaltiges Wirtschaften nicht nur ökologisch Sinn macht, sondern auch ökonomisch überzeugt.

Konsequente Kommunikationspolitik

„Bis zu einer Recyclingquote von 100 Prozent ist es noch ein langer Weg“, so Michael Vetter. „Mit dem Know-how unserer Recyclingpartner Tönsmeier Kunststoffe und VEKA Umwelttechnik und einer konsequenten Kommunikationspolitik versuchen wir, diesen Weg möglichst schnell und gradlinig zu beschreiten.“

Grüner Punkt:

Dritter Mitbewerber zugelassen

Künftig ist die Kölner Interseroh GmbH neben der Mainzer Landbell AG und der Kölner DSD AG als drittes duales System in Bayern zugelassen.

Laut Umweltminister Schnapp auf macht Bayern damit den Weg frei für Mitbewerber um den „Grünen Punkt“: „Dieser Wettbewerb wird die Kosten der Abfallentsorgung senken und damit die Handels- und Verbraucherpreise langfristig verbilligen.“

Der Freistaat ist neben Hamburg und Hessen das dritte Land, das so den von der EG-Kommission und dem Bundeskartellamt seit langem geforderten Wettbewerb zwischen verschiedenen dualen Systeme-

men in Deutschland ermöglicht.

Die Feststellung wurde möglich, nachdem die Interseroh GmbH zuvor alle in der Verpackungsverordnung festgelegten Voraussetzungen für eine Zulassung als duales System erfüllt hatte. So haben alle bayerischen Kommunen in sog. Abstimmungsbeschlüssen ihr Einverständnis zum Interseroh-System erteilt bzw. werden im Fall der wenigen noch ausstehenden Kommunen ihr Einverständnis bis 1. April 2005 nachreichen. **≪**

HOBA Recycling & Entsorgung GmbH:

Die TASI kann kommen

Die Bauarbeiten für die neue Sortieranlage sind in vollem Gange, direkt neben der alten Deponie in Hockenheim macht sich die HOBA Recycling & Entsorgung GmbH fit für die Zukunft.

Denn diese beginnt am 1. Juni 2005 mit den Regelungen der Ablageverordnung und der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASI). So dürfen dann eine Vielzahl unbehaltelter Bauabfälle wie aus Holz, Papier, Bitumen oder Kunststoff nicht mehr auf Deponien entsorgt werden.

Zusammenarbeit mit PVC-Baustoff-Recyclinginitiativen

Die Zukunft heißt Recycling. Daher werden in der neuen Anlage u.a. PVC-Böden, -Dachbahnen, -Fenster und -Rohre getrennt und sortiert. Der Vorteil: Für Recyclingmöglichkeiten ist bereits jetzt bestens gesorgt. Durch die vier Recyclinginitiativen AgPR (Boden), RoofCollect (Dachbahnen), Rewindo (Fenster) und KRV (Rohre) besteht seit längerer Zeit ein deutschlandweit funktionierendes System für die Wiederverwertung. Hierbei wird das aus den verschiedenen Fraktionen zurückgewonnene Recyclat wieder in den gleichen Anwendungen verwendet, aus denen es ursprünglich stammt, d.h. konkret: der aus alten Fenstern gewonnene Rohstoff wird für die Produktion neuer Fenster wieder eingesetzt.

In Kooperation mit der Container Weis Entsorgung GmbH will die HOBA die PVC-Recycling-Initiativen bei der Rundenerneuerung ihrer Logistik unterstützen.

„Gemeinsam sammeln, aber getrennt verwerten“

Unter dem Motto „Gemeinsam sammeln, aber getrennt verwerten“ will man zwar bei dem bewährten Qualitätsprinzip „Bodenbelag zu Bodenbelag, Fenster zu Fenster, etc.“ bleiben, auf der anderen Seite wird durch die Sortieranlage der HOBA die Annahme aller Fraktionen oder kompletter Baumischabfälle ermöglicht. Mit insgesamt 700 Containern und einem Einzugsgebiet, das den Großraum Rhein-Neckar von Ludwigshafen über Neustadt bis nach Karlsruhe umfasst, zählt die HOBA Recycling GmbH zu den größeren mittelständischen Entsorgern in Deutschland. **≪**

Öffnung der DSD AG:

Auch die Verbraucher profitieren

Die Öffnung der Duales System Deutschland AG (DSD) für den Kapitalmarkt erfolgt auf Grund von Vorgaben des Bundeskartellamts. Die DSD AG folgt mit diesem Schritt auch den vielfachen Stimmungen aus der Politik, sich dem Wettbewerb zu stellen. Durch die Neuausrichtung der DSD AG fließen den Marktteilnehmern insgesamt 970 Millionen Euro zu. Diese erheblichen Entlastungen werden auch den Verbrauchern zu Gute kommen. Daher ist die heute von einigen Politikern geäußerte Kritik unberechtigt.

Insbesondere ist irreführend und betriebswirtschaftlich nicht haltbar, die Zahlungen an die Kunden des Grünen Punktes und an die Aktionäre der DSD AG in einen direkten Vergleich zu den Barmitteln des Unternehmens zu setzen. Die Barmittel decken im Wesentlichen rechtlich vorgeschriebene Rückstellungen ab, insbesondere für beauftragte Entsorgungsleistungen. Dies sichert insbesondere auch Arbeitsplätze in der Entsorgungswirtschaft.

Die Rückstellungen der DSD AG sind von den Wirtschaftsprüfern und den Finanzbehörden als notwendig anerkannt und stehen insoweit nicht

für eine Auszahlung an gegenwärtige oder künftige Aktionäre zur Verfügung.

Tragfähige Grundlage

Vorstand und Aufsichtsrat haben die Annahme des von dem Finanzinvestor KKR vorgelegten Übernahmeangebots empfohlen und sehen dies als tragfähige Grundlage an, die Zukunft des Unternehmens und der Wertstoffsammlung von Verpackungen zu sichern. Die hierfür erforderlichen Entscheidungen werden von den Aktionären nach den Regelungen der Satzung des Unternehmens getroffen. **≪**

Grüner Punkt:

970 Millionen Euro für Kunden und Aktionäre

DSD AG und KKR einig über Transaktionskonzept / Aktionäre erhalten das 180-fache des eingesetzten Kapitals / Vorgaben des Bundeskartellamts werden umgesetzt

Die Kunden und Aktionäre der Duales System Deutschland AG (DSD) gewinnen durch die unternehmerische Neuausrichtung und die Öffnung für den Kapitalmarkt in den kommenden zwei Jahren insgesamt rund 970 Millionen Euro. Aufsichtsrat und Vorstand der DSD AG haben ein entsprechendes Maßnahmenpaket beschlossen und sich heute einstimmig für das Übernahmeangebot des Finanzinvestors Kohlberg Kravis Roberts (KKR) ausgesprochen. Voraussetzung für die Umsetzung ist, dass die Aktionäre der DSD AG der Umstrukturierung des Unternehmens zustimmen und das Angebot von KKR annehmen.

Das Bundeskartellamt hat die DSD AG verpflichtet, die bisher kartellartige Unternehmensstruktur aufzugeben und bis Ende dieses Jahres mindestens 75 Prozent der Aktien an einen neutralen Investor abzugeben, der nicht mit Kreisen verbunden ist, die mit der Umsetzung der Verpackungsverordnung befasst sind. Das Bundeskartellamt hat verbindlich in Aussicht gestellt, das gegen die DSD AG anhängige Untersagungsverfahren einzustellen, wenn die Vorgaben umgesetzt sind.

Aufsichtsrat und Vorstand der DSD AG haben in diesem Zusammenhang folgendes Maßnahmenpaket verabschiedet:

Umstellungsprämie

An die Nutzer des Grünen Punkts wird eine Prämie von 190 Millionen Euro für die Umstellung ihrer Zeichennutzungsverträge entrichtet, die sich aus-

schließlich an den Verträgen 2001 bis 2004 orientiert. Die Änderung der Zeichennutzungsverträge ist Voraussetzung dafür, dass die DSD AG künftig Gewinne erwirtschaften darf.

Zugleich werden 75 Millionen Euro für eine außerplanmäßige Preissenkung des Grünen Punkts ab 2006 bereitgestellt. Der Aufsichtsrat hatte bereits bei seiner Sitzung am 28. April 2004 eine planmäßige Preissenkung ab 1. Januar 2005 um durchschnittlich 5,5 Prozent beschlossen, die sich für die kommenden zwei Jahre auf insgesamt etwa 160 Millionen Euro belaufen wird. Damit wird

der Markt für die Jahre 2005 und 2006 um insgesamt etwa 235 Millionen Euro entlastet.

Rückvergütung

Weiter hat der Aufsichtsrat am 11. Oktober 2004 eine Rückvergütung an die Zeichennutzer des Grünen Punkts für in der Vergangenheit geleistete Zahlungen in Höhe von 160 Millionen Euro beschlossen.

Die stillen Gesellschafter der DSD AG aus Handel und Industrie sind in Abstimmung mit dem Bundeskartellamt bereits gebeten worden, einer vorzeitigen Kündigung der Darlehensverträge zuzustimmen. Einschließlich nachgeholt Zinsen stehen den Darlehensgebern der DSD AG etwa 122 Millionen Euro zu.

Zusätzlich werden den Anteilseignern der DSD AG für die Übertragung ihrer Aktien insgesamt 260 Millionen Euro geboten. Je Aktienpaket (5 Aktien) wird eine Bietergesellschaft unter Führung von KKR 468.250 Euro zahlen. Der Ausgabepreis

der bisher nicht handelbaren Aktie bei Gründung der DSD AG vor 13 Jahren war 512 Euro je Stück.

Wahlmöglichkeit

Die Aktionäre erzielen somit rund das 180-fache des ursprünglichen Ausgabepreises, eine im Kapitalmarktvergleich weit überdurchschnittliche Wertentwicklung. Zugleich wird KKR auch eine Wahlmöglichkeit für Aktionäre eröffnen, die im Einklang mit den Vorgaben des Bundeskartellamts weiterhin Anteile an der DSD AG halten wollen.

KKR ist eines der erfahrensten Private Equity Häuser

weltweit und spezialisiert auf Investitionen in „atypische“ Unternehmen. KKR beabsichtigt, die DSD AG nach unternehmerischer Ertüchtigung in drei bis fünf Jahren an die Börse zu führen.

Marktgerechte Umsetzung

Aufsichtsrat und Vorstand der DSD AG sind davon überzeugt, dass diese Transaktionsstruktur die Vorgaben des Bundeskartellamts zur Öffnung des Gesellschafterkreises marktgerecht umsetzt und den Ansprüchen der Kunden und Anteilseigner der DSD AG in ausgewogener Weise Rechnung trägt.

Rund ums Recht ...

Überhöhte Abfallgebühren sind unzulässig

Für Abfallgebühren - wie für andere Benutzungsgebühren auch - gilt das sogenannte Kostenüberdeckungsverbot. Das Gebührenaufkommen soll also die Kosten der Einrichtung nicht übersteigen. Dafür ist regelmäßig eine in die Zukunft wirkende Gebührenkalkulation notwendig. Jedoch wird das Kostenüberdeckungsverbot nur dann verletzt, wenn Kosten- und Tarifgestaltung nicht auf eine Beschränkung der Gebühreneinnahmen in Höhe des voraussichtlichen Aufwandes gerichtet werden. Ergibt sich dann nach Ablauf des Jahres ein Gebühreüberschuss, begründet seine Erzielung als solche noch keine Verletzung des Kostenüberdeckungsverbots. Diese stellt nämlich nicht auf den - angesichts unvorhersehbarer Entwicklungen unsicheren - tatsächlichen Gebühreineingang ab, sondern auf eine ordnungsgemäße Tarifgestaltung auf der Grundlage einer tragfähigen Prognose von Einnahmen und Ausgaben.

Nach dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofes München vom 24.4.2004 - 4 N 00.1645 - kann sonst eine vorgesehene Kostenüberdeckung von 3% nicht als geringfügig und deshalb zulässig angesehen werden. Dafür kann nicht als Begründung angeführt werden, es würde eine Gebührenkontinuität gewünscht.

Dr. O.

Bayerisches Landesamt für Umweltschutz:

Fachtagung „Rüstungsaltslasten“

Detaillierte Fachinformationen und ein intensiver Erfahrungsaustausch waren Gegenstand einer Fachtagung des Bayerischen Landesamtes für Umweltschutz in Augsburg zum Thema „Rüstungsaltslasten“. Wie Joachim Beyer von der IABG in Ottobrunn erläuterte, habe eine vertiefte historische Erkundung ergeben, dass Bayern derzeit 150 Rüstungsaltslasten-Verdachtsstandorte mit einer Gesamtfläche von 17.000 Hektar und 495 ausgewiesene Verdachtsflächen mit einer Gesamtfläche von über 8000 Hektar aufweist. Knapp 9000 Hektar, sprich 53 Prozent der Fläche konnten aus dem Altlastverdacht entlassen werden. 58 Kreisverwaltungsbehörden und 23 Wasserwirtschaftsamter seien in diesen Prozess aktiv eingebunden gewesen.

Laut Beyer liegen 53 Prozent der heute genutzten Verdachtsflächen in den Siedlungsbereichen, fallen 30 Prozent in die Kategorie „Sonstiges“, d.h. in der Regel land- bzw. forstwirtschaftlich genutzte Flächen, und liegen 17 Prozent auf militärisch genutzten Flächen. Den Schwerpunkt des Stoffspektrums der Rüstungsaltslasten-Verdachtsflächen bilden die rüstungsspezifischen Parameter wie Sprengstoffe, deren Abbauprodukte, pyrotechnische Stoffe, Treibmittel, Kampfstoffe sowie deren Zusätze und Vorprodukte.

stungsindustrie seien wiederum nur teilweise konzernzugehörig gewesen. Trotz Kriegszwangswirtschaft sei das Reich nicht „Zweckveranlasser“ und die Industrie nicht „bloßes Werkzeug“ gewesen. Daher hafte das Deutsche Reich in diesem Falle nicht. Für Rüstungsaltslasten von Privatbetrieben hafteten vielmehr allein die unmittelbaren Verursacher bzw. deren Rechtsnachfolger. Als Beispiele hierfür nannte Köppler die Espagit AG Hallschlag (Rheinland-Pfalz) und die Carbonit AG, Leverkusen.

Vortragsthemen

Das Erstellen von Untersuchungskonzepten (Jürgen Thiem, Mull und Partner Ingenieurgesellschaft mbH, Hannover), ein Überblick über den aktuellen Kenntnisstand zum umweltchemischen Verhalten von Hexogen (Dr. Lutz Nischke, IfW, München), eine kleine Spreng- und Kampfstoffkunde (Elisabeth Albrecht, IfW, Augsburg) sowie Erfahrungen aus der Praxis (Alexander Schwendner, LGA Institut für Umweltgeologie und Altlasten, Nürnberg) rundeten die vielfältige Palette an Vorträgen ab. **DK**

Rechtsstrukturen

Die Kenntnis der Rechtsstrukturen ist nach Ansicht von Johannes Köppler, IBL Umwelt- und Biotechnik GmbH, Ludwigshafen, notwendig für eine Prüfung der Haftungsfragen. Diese lohne sich, da häufiger ein (Gesamt-) Rechtsnachfolger existiere, als allgemein angenommen. Im Falle reichseigener Produktionsstätten sei für die im hoheitlichen Bereich verursachten (eigenen) Rüstungsaltslasten das Deutsche Reich verantwortlich. Privatbetriebe der bayerischen Rüs-

Stilllegung der Sonderabfallverbrennung Schwabach

Die für die Neustrukturierung der Sonderabfallentsorgung Bayern GmbH (GSB) notwendige Stilllegung der Sonderabfallentsorgungsanlage Schwabach zum 31. März 2005 kann in Abstimmung mit der Belegschaft planmäßig durchgeführt werden. Dieses Fazit zog Umweltstaatssekretärin Emilia Müller in Schwabach anlässlich der Sitzung des Politischen Beirates.

Besonders würdigte Müller die hervorragende Haltung von Betriebsrat und Belegschaft: „Die Bereitschaft, trotz des Schocks eines Arbeitsplatzver-

plan zeige, dass die GSB sich der Verantwortung für ihre Belegschaft bewusst sei, so die Staatssekretärin. Müller appellierte eindringlich an die regionale Wirtschaft und die Kommunen, die Anstrengungen der GSB zur Beschaffung neuer Arbeitsplätze für das Personal tatkräftig zu unterstützen: „Diese Menschen sind hoch qualifiziert und motiviert.“

Anlieferungsmöglichkeit für Mittelfranken

Am Standort Schwabach wird nach dem Ende der Sonderabfallverbrennung eine Sonderabfallsammelstelle verbleiben, um auch für Mittelfranken eine Anlieferungsmöglichkeit zu erhalten. Dies war unter anderem von der regionalen Wirtschaft gefordert worden. Die GSB hat sich darüber hinaus bereit erklärt, auch eine Anlieferungsmöglichkeit für Privatleute zu prüfen. GSB - Geschäftsführer Dr. Richard Becker verwies jedoch darauf, dass dies künftig nicht mehr kostenfrei angeboten werden könne.



Emilia Müller.

lustes mit der Geschäftsleitung konstruktiv zu verhandeln und einen sicheren Restbetrieb der Anlage zu gewährleisten, verdient höchsten Respekt.“

Großzügige Ausstattung des Sozialplans

Der mit 8 Millionen Euro großzügig ausgestattete Sozial-

RWE Umwelt beim Bundestag durchgefallen

von Jörg Lacher, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V.

Die fachlichen und politischen Zweifel an der von RWE propagierten Lösung zur Aufhebung der getrennten Erfassung von LVP sind bei der Anhörung im Bundestag „deutlich“ gewachsen. Mit dieser Erkenntnis kam der Hauptgeschäftsführer des bvse, Hans-Günter Fischer, aus der Anhörung des Bundestagsausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Fischer: „Die Anhörung vor dem Deutschen Bundestag hat das RWE-Konzept in überraschender Klarheit entzaubert. Die Sachverständigen haben bis hin zu offenem Widerspruch gegenüber dem Vertreter der RWE Umwelt AG die spekulativen Vorteile des Konzepts massiv erschüttert.“

Unbeantwortete Fragen

Dazu haben auch die in keiner Weise belastbaren Daten aus den viel zu früh als Ergebnis bezeichneten Hypothesen der RWE-Vertreter beigetragen. Sowohl von der technischen Seite („Maschinelle Trennung hat ihre Grenzen“) wie von der verbraucherpolitischen Seite („Die Menschen werden der Politik vorwerfen, 10 Jahre lang etwas Falsches erklärt zu haben“) und rechtliche Fragen („mehr Probleme als Lösungen“) wurde die Glaubwürdigkeit des RWE-Konzepts von den Sachverständigen massiv erschüttert.

Dutzende von Fragen blieben unbeantwortet und die große Mehrzahl der Sachverständigen hat - teils auch in direkter Form - den Ausführungen des RWE-Umwelt Konzepts deutlich widersprochen.

Wolkige Ausführungen

Fischer: „Wenn überwiegend wolkige Ausführungen zum RWE-Konzept und die fachlich zu großen Teilen dürftigen Antworten nun im Nachgang zur Anhörung aufbereitet werden, dann wird dieses Konzept nackt im Raume stehen als das, was es im Kern ist: ein weiterer Versuch der RWE Umwelt AG und anderer Unternehmen, ihre un ausgelasteten Kapazitäten zu Lasten von Umwelt, Nachhaltigkeit und Verbrauchern / Gebühreneinzulasten und damit schlicht an das Geld und die Stoffströme anderer zu gelangen.“

Fischer betonte, dass das weltweit erfolgreichste System der getrennten Erfassung angelegt sei. Daran beteiligten sich Tausende von mittelständischen Unternehmen, Tausende von Kommunen und Millionen von Verbraucherinnen und Verbrauchern. Wenn einige wenige Konzerne durch eine verfehlte, weil im Kern gegen die Kreislaufwirtschaft ausgerichtete Politik, dabei weniger Erfolg haben, dann liege dies nicht an der Kreislaufwirtschaft, an der Produktverantwortung und an der getrennten Erfassung. Es liege, so Fischer weiter, ganz schlicht an einer grundsätzlichen Fehleinschätzung dieser Konzerne.

Breit angelegte Kampagne

Der bvse hat bereits mit einer breit angelegten Kampagne begonnen, um eine große Koalition von Umwelt- und Verbraucherverbänden, aber auch Städten, Gemeinden und Landkreisen sowie glaubwürdigen Vertretern der Kreislaufwirtschaft zusammenzubringen, um diesem Modell der Verschwendung von Ressourcen ein Ende zu bereiten.

Hohe Verantwortung der Politik

Der bvse und seine Partner werden auch im politischen Raum diejenigen massiv anfragen, die ohne weitere Tiefenprüfung und ohne ausreichende Risikofolgenabschätzung unser erfolgreiches System der getrennten Erfassung und der nachhaltigen Kreislaufwirtschaft in die Tonne bzw. in den Müllofen befördern wollen. Die Politik trägt eine hohe Verantwortung und muss besondere Sorgfaltspflichten üben, wenn ihr ein Partikularinteresse als Allgemeininteresse angeordnet werden soll.

§ GZ Aktuelle Rechtsprechung §

Verwaltungsaufwand zusätzlich zum Abwasserbeseitigungsaufwand

Bei der Bestimmung der Höhe der Abwassergebühren hatte eine Gemeinde zunächst nur die ihr durch die technische Abwasserbeseitigung entstehenden Kosten berücksichtigt. Später änderte sie dann die Abwassergebührensatzung dahingehend, dass auch der Verwaltungsaufwand berücksichtigt wurde, was zu einer höheren Gebührenforderung führte.

Es ist aber zulässig, Gebühren für die Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen auch zur Deckung der Verwaltungskosten zu erheben. Es können also alle variablen und fixen Kosten in der Gebühr kalkuliert werden.

Grundgebühr möglich

Nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Koblenz vom 22.4.2004 - 12 C 1961/03 - kann auch eine Grundgebühr erhoben werden. Dabei handelt es sich um eine Benutzungsgebühr, die für die Inan-

spruchnahme der Betriebsbereitschaft der Entwässerungseinrichtung erhoben wird, und mit der die durch das Bereitstellen und ständige Vorhalten der Einrichtung entstehenden verbrauchsunabhängigen Betriebskosten (sogenannte Fixkosten) ganz oder teilweise abgegolten werden, und die deshalb nicht verbrauchsabhängig dem Maß der Benutzung (Inanspruchnahme), sondern verbrauchsunabhängig zu bemessen ist. Dafür kommt es nur auf den Umfang der Vorkhaltung der Entwässerungseinrichtung an. **Dr. tt**

Abfallbehandlung auf der IFAT 2005:

Rückenwind für mechanisch-biologische Verfahren

Die aktuelle Gesetzgebung hat die Rahmenbedingungen für die Abfallwirtschaft verändert. Insbesondere die mechanisch-biologische Abfallbehandlung (MBA) hat durch die Abfallablagereverordnung an Bedeutung gewonnen und wird sich zu einem Standardbehandlungsverfahren für Restabfall entwickeln. Auf der IFAT 2005 präsentieren sich System- und Komplettanbieter ebenso wie die Hersteller wichtiger Einzelaggregate.

In Deutschland dürfen ab dem 1. Juni 2005 keine biologisch abbaubaren Abfälle mehr unbehindert abgelagert werden - so schreibt es die Abfallablagereverordnung vom Februar 2001 vor. Es gilt also, die organischen Bestandteile und Schadstoffe in den Abfällen zu zerstören und die anorganischen Schadstoffe abzutrennen oder zu immobilisieren.

Neben Müllverbrennungsanlagen und der Mitverbrennung aufbereiteter Siedlungsabfälle in Industrieanlagen bieten sich hierzu mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlagen (MBA) an. Derzeit werden die Kapazitäten dieser in vielen Fällen preisgünstigsten technischen Lösung deutlich ausgebaut.

Verfahrensvarianten

So berichtete die Länderarbeitsgemeinschaft Abfall LAGA Mitte dieses Jahres, dass am Stichtag im Jahr 2005 bundesweit voraussichtlich 46 MBA tatsächlich zur Verfügung stehen werden, weitere 16 Anlagen befinden sich noch im Planungsstadium, in der Vorversuchsphase oder im Ausschreibungsverfahren. Die Gesamtkapazität aller verfügbaren und geplanten MBA wird bei rund 6,4 Millionen Tonnen liegen - eine drastische Steigerung gegenüber der derzeitigen Kapazität von 1,5 Millionen Tonnen.

Bei der Entwicklung der mechanisch-biologischen Abfallbehandlung haben sich zwei Verfahrensvarianten herauskristallisiert: die stoffstromspezifische Behandlung und die mechanisch-biologische Stabilisierung.

Hauptziel der stoffstromspezifischen Behandlung oder Endrotteverfahren ist die Vorbehandlung der Abfälle für eine umweltverträgliche Ablagerung auf der Deponie. Um biologische Abbauprozesse und die damit einhergehenden Emissionen im Deponiekörper zu unterbinden, wird in der Vorbehandlung ein weitgehender biologischer Abbau der organischen Abfallbestandteile angestrebt. Mechanische Behandlungsstufen trennen heizwertreiche Fraktionen wie zum Beispiel Kunststoffe für eine energetische Nutzung und Metalle für die stoffliche Verwertung ab. Die biologische Behandlung erfolgt durch Rote, Vergärung oder kombinierte Verfahren. Beim Einsatz von anaeroben Verfahren wird Biogas erzeugt, das zur Energieerzeugung genutzt werden kann.

Behandlungsziel

Behandlungsziel der Mechanisch-biologischen Stabilisierungsanlagen (MBS) ist ein weitgehender Erhalt der biogenen Bestandteile im heizwertreichen Stabilat und die Gewinnung weiterer verwertbarer Fraktionen. Zur Verbesserung der Aufbereitungseigenschaften werden die Abfälle vor der weiteren Aufbereitung biologisch getrocknet. Nach der Abtrennung von Metallen, Inert- und Störstoffen teilt die anschließende trocken-mechanische Aufbereitung die Abfälle in eine oder mehrere heizwertreiche Abfallfraktionen unterschiedlicher Qualität auf. Es werden keine oder allenfalls nur noch sehr geringe Mengen Sekundärabfälle deponiert.

Deutschland nimmt bei der mechanisch-biologischen Anlagentechnik in Europa eine Vorreiterrolle ein. So erwartet die Arbeitsgemeinschaft Stoffspezifische Abfallbehandlung (ASA e.V.) mittelfristig einen noch intensiveren Wissenstransfer zu den anderen EU-Ländern.

Aussteller

Auf der IFAT in München stellen zum einen Systemlieferanten aus, die schlüsselfertige MBA aus einer Hand anbieten. Hinzu kommen auch die Hersteller der vielen benötigten Einzelaggregate aus den Bereichen Zerkleinern, Fördern, Trennen, Sie-

ben, Sichten, Fe-/NE-Abtrennung, biologische Behandlung und Abluftreinigung.

Über die IFAT

Die IFAT ist die wichtigste Messeveranstaltung der Welt für Umwelt und Entsorgung: Wasser, Abwasser, Abfall und Recycling. Mit 2.042 Ausstellern aus 39 Staaten sowie 97.245 Fachbesuchern aus 121 Ländern präsentierte sich die Veranstaltung im Jahr 2002 mit neuen Rekordzahlen. Die IFAT 2005, die vom 25. bis 29. April 2005 in München stattfindet, bietet ein attraktives Ausstellungsprogramm: Innovative Branchenlösungen und den neuesten Stand der Technik zur Umsetzung praxisorientierter, wirtschaftlicher Lösungen sowie ein breites Angebot an qualifizierten Dienstleistungen im Bereich der Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft mit zahlreichen attraktiven Informationsveranstaltungen.

§ GZ Aktuelle Rechtsprechung §

Schwierigkeiten durch hohen Grundwasserstand

Vielfach befindet sich der Grundwasserspiegel in der Nähe der Erdoberfläche, was zu Schwierigkeiten führen kann, wenn dort gebaut wird. Jedoch sind die durch drückendes Grundwasser entstehenden Probleme beherrschbar. Es handelt sich nicht um eine untypische Situation, sondern um eine Standardsituation, so dass es einschlägige DIN (Deutsche Industrienormen) gibt. Sie sind zu beachten, wenn ein Grundstück bebaut werden soll.

Ergibt sich die Baumöglichkeit aus einem Bebauungsplan, ist die Gemeinde nicht verpflichtet, auf die Grundwasserprobleme hinzuweisen, denn es geht nicht um Naturgewalten, wenn der Grundwasserstand hoch ist. Deshalb ist ohne Bedeutung, dass nach dem Baugesetzbuch die Gemeinde verpflichtet ist, auf die Notwendigkeit besonderer baulicher Vorkehrungen gegen Naturgewalten hinzuweisen. Diese Verpflichtung besteht nicht, weil es sich bei den durch Grundwasser hervorgerufenen Einwirkungen nicht um eine atypische Lage handelt, sondern um ein flächenhaftes, weit verbreitetes, ohne weiteres vom Bauherrn erkennbares und beherrschbares Problem.

Ein gegen die Gemeinde wegen Unterlassung des Hinweises auf den hohen Grundwasserstand gerichteter Schadens-

ersatzanspruch scheidet schon daran, dass die Vorschriften des Baugesetzbuches allein dem Allgemeininteresse an einer geordneten Gemeindeplanung dienen. Sie sollen dem Bauherrn nicht das sogenannte Baugrundrisiko abnehmen, also das Risiko, das aufgrund der Beschaffenheit des Baugrundes besondere Aufwendungen notwendig werden.

Nicht vorhersehbare Gefahr

Etwas anderes gilt nur, wenn es um gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse geht und eine Gefahr vorliegt, die von dem Bauherrn nicht vorhersehbar und nicht beherrschbar ist, deren Anwendung daher auch nicht in seinen Verantwortungsbereich fällt.

Diese Auffassung hat das Oberlandesgericht Düsseldorf im Urteil vom 8.6.2004- 20 U 4/04 - vertreten. Dr. O.

Umweltwirtschaft in der Region München

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft hat das ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München mit der Erstellung eines Gutachtens über die Umweltwirtschaft in der Region München beauftragt. Die Ergebnisse der Studie wurden im Rahmen der 2. Münchner Nachhaltigkeitskonferenz vorgestellt.

Der Markt für Waren und Dienstleistungen, die dem Umweltschutz dienen, gilt nach wie vor als Wachstumsmarkt. Davon profitiert, wie die schriftliche Umfrage der Anbieter zeigt, auch die Region München.

An der Umfrage beteiligten sich 178 Betriebe aus der Region München, das entspricht einer Rücklaufquote von 43,5 Prozent. Davon ordneten sich wiederum 143 Betriebe bzw. 80 Prozent der Umweltwirtschaft zu. Diese 143 Betriebe hatten im Jahr 2003 zusammen 3.890 Beschäftigte in der Umweltschutzgüterproduktion und erzielten einen Umsatz von 642 Mio. Euro mit Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz.

Die Exportquote der Münchner Umweltwirtschaft betrug 22 Prozent. Rechnet man den Münchner Abfallwirtschaftsbetrieb, die Umweltschutzleistungen des Handwerks und weiterer

interviewter Firmen dazu, so erhält man als Ergebnis rund 6.000 Arbeitsplätze und 850 Mio. Euro Umsatz in der Umweltwirtschaft der Region München.

Umweltrelevante Innovationspotenziale wurden in den Marktsegmenten „Erneuerbare Energien“, „Integrierter Umweltschutz“ und „Brennstoffzellentechnologie“ identifiziert.

Als mögliche Maßnahmen zur Förderung der Umweltwirtschaft in der Region München wurde von den Betrieben vor allem die Verstärkung des Marketing und der Aufbau eines Netzwerks von Firmen aus der Umweltwirtschaft befürwortet. Auch die stärkere Unterstützung bei Messen wäre eine denkbare Förderstrategie. Rund 20 Betriebe erklärten sich sogar grundsätzlich bereit, sich an den Kosten für ein Netzwerk Umweltwirtschaft zu beteiligen. DK



Glascontainer-Abholung

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als ob das sorgfältig getrennte Altglas im Lkw wieder zusammen geschüttet wird. Im Inneren des Laderaums befinden sich allerdings drei separate Kammern. Auf diese Weise bleiben Weiß-, Braun- und Grünglas sauber voneinander getrennt.

Bild: Thomas Mayer



Leiten die Geschicke der Arbeitsgemeinschaft „Mainfranken NETZ“ (v. l.): Franz Josef Grasmann, Vorsitzender Harald Leitherer und Joachim Riedmayer. Foto: LRA Schweinfurt

„Ombudsstelle Nahverkehr Bayern“

Ein neuer Kundenservice für die Fahrgäste des öffentlichen Personennahverkehrs in Bayern

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), Landesgruppe Bayern, und der Landesverband Bayerischer Omnibusunternehmen (LBO) haben gemeinsam eine neue Serviceeinrichtung für die Fahrgäste von Bussen und Bahnen, die „Ombudsstelle Nahverkehr Bayern“, gegründet. Die Arbeit der Ombudsstelle bezieht sich auf den gesamten öffentlichen Personennahverkehr auf Straße und Schiene in Stadt und Region innerhalb des Freistaates Bayern. Die Idee zur Gründung einer solchen Einrichtung geht auf Herbert König zurück, Vorsitzender der Geschäftsführung der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) und VDV-Vizepräsident, der bei der MVG bereits im Vorjahr eine weitreichende Kundengarantie eingeführt hat.

Bei der Ombudsstelle handelt es sich weder um einen Ersatz noch um eine Kontrollinstanz für die vorhandenen Beschwerdestellen der bayerischen Verkehrsunternehmen oder Verbundgesellschaften. Sie ist quasi die „zweite Instanz“ in einem Beschwerdeverfahren und soll zwischen Beschwerdeführer und -gegner vermittelnd tätig werden. „Entsprechend wird die Einrichtung auch erst dann tätig, wenn zuvor ein schriftlich dokumentierter, erfolgloser Einigungsversuch zwischen Verkehrsunternehmen und Fahrgast stattgefunden hat.“, so Gerrit Poel, Geschäftsführer der VDV-Landesgruppe Bayern, der die Federführung bei der Realisierung dieses Projekts hatte. Die Einrichtung soll insbesondere in solchen Fällen schlichtend wirken, in denen die Beweislast problematisch ist bzw. Defizite wiederholt sichtbar werden.

Verteilung der Aufgaben

Die Aufgaben des Ombudsmannes übernehmen drei Personen. Rechtsanwalt Horst Schilling, Geschäftsführer des LBO e. V., wird primär für die Fahrgastbeschwerden im Bereich der privaten Busunternehmen zuständig sein. Dipl.-Volkswirt Gerrit Poel deckt den Bereich der kommunalen Verkehrsunternehmen, nichtbundeseigenen Eisenbahnen und bundeseigenen Verkehrsunternehmen ab. Dritter im Bunde ist Dr. Reinhard Krause, ehemals leitender Angestellter der Freien und Hansestadt Hamburg und früherer Vorsitzender des Aufsichtsrates des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV), der beide Bereiche mit abdecken soll.

Neutralität gegeben

Um dem Vorwurf mangelnder Neutralität zu begegnen, steht den Ombudsleuten ein Beirat zur Seite, in dem u. a. die Fahrgastorganisation Pro Bahn, Landesverband Bayern, und der Verkehrsclub Deutschland (VCD) vertreten sind. Letzterer ist Projektträger für die bundesweite Schlichtungsstelle „Personenfernverkehr“, die vom Bundesverbraucherschutzministerium (BmVEL) kürzlich ins Leben gerufen wurde.

Zur Frage der zu erwartenden

Fälle stützt man sich auf die Erfahrungen einer entsprechenden Einrichtung in der Schweiz, die bereits seit Mai 2001 existiert. So rechnen die Ombudsleute vorrangig mit Beschwerden über vermeintlich ungültige Fahrausweise zum Beförderungszeitpunkt, fehlerhafte oder unvollständige Informationen an Bahnhöfen und Haltestellen oder dauerhaft nicht funktionierende Anschlüsse. Allerdings eignet sich nicht alles zur Einbringung in die Ombudsstelle. Gerrit Poel: „Bereiche, die im großen Stile die wirtschaftlichen Belange der Unternehmen betreffen, sind für uns tabu. Wir werden beispielsweise zur Frage eines angemessenen Preisniveaus von Tarifen der Verkehrsunternehmen oder -verbände keine Position beziehen. Auch werden wir nicht bestehende 3 Fahrplankonzepte grundsätzlich zur Diskussion stellen. Gleiches gilt auch für Personenschäden, die eindeutig per Gesetz geregelt sind.“

Mögliche Fallpauschalen

Die Einrichtung wird sich zunächst aus dem Etat der beiden Fachverbände, d. h. ohne Zuschüsse Dritter, finanzieren. Für aufwendige Einzelfälle denkt man über Fallpauschalen nach. Zum Ende des Pilotjahres soll eine Vereinsgründung erfolgen, dem die Verkehrsunternehmen als Mitglied beitreten können. Die Ombudsstelle ist ab sofort erreichbar unter der Postanschrift: Ombudsstelle Nahverkehr Bayern c/o VDV-Landesgruppe Bayern Postfach 202052 80020 München.

Eine E-Mail-Adresse und ein Internetauftritt sind erst zu einem späteren Auftritt geplant. Wichtig ist, dass bei Einschaltung der Ombudsstelle entsprechende Schriftwechsel und Nachweise beigefügt werden. Je klarer und präziser der Sachverhalt kundenseitig dargelegt wird, um so schneller kann die Ombudsstelle tätig werden. Herbert König: „Mit der Gründung einer solchen Institution in der Trägerschaft der beiden Fachverbände sind wir Vorreiter in Deutschland. Geht unser Konzept auf, soll es in dieser Form nach und nach auch auf andere Bundesländer übertragen werden.“

Nahverkehrs-Arbeitsgemeinschaft „Mainfranken NETZ“:

Landrat Harald Leitherer neuer Vorsitzender

Mainfranken - Um den Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) attraktiv und konkurrenzfähig gegenüber dem motorisierten Individualverkehr zu halten, hat sich vor vier Jahren die Arbeitsgemeinschaft „Mainfranken NETZ“ gegründet. An deren Spitze steht nun der Schweinfurter Landrat Harald Leitherer.

„Mainfranken NETZ“ besteht aus den Landkreisen Bad Kissingen, Haßberge, Kitzingen, Main-Spessart, Rhön-Grabfeld, Schweinfurt und Würzburg, den Städten Schweinfurt und Würzburg, aus den ansässigen Omnibusunternehmen, der DB Regio AG und der OVF GmbH. Als weitere Mitglieder sind die Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH und die Erfurter Industriebahn GmbH angedacht. NETZ steht für Nahverkehrsentwicklung + tarifliche Zusammenarbeit.

Die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft „Mainfranken NETZ“ bestimmten jetzt Harald Leitherer als Vorsitzenden. Bislang leiteten und koordinierten Joachim Riedmayer (Verkehrsunternehmens-Verbund Mainfranken GmbH) und Franz Josef Grasmann (Bezirksvorsitzen-

der des Landesverbandes der bayerischen Omnibusunternehmen) gemeinsam die Geschicke der Arbeitsgemeinschaft.

Die Verantwortlichen hatten den Schweinfurter Landrat gebeten, das Amt des Vorsitzenden zu übernehmen, da Leitherer auch unterfränkischer Vorsitzender des Bayerischen Landkreistages ist. So wird er die Positionen der Arbeitsgemeinschaft künftig mit seinem politischen Gewicht vertreten, zum Beispiel bei Verhandlungen mit der bayerischen Staats-

regierung. „Funktionsfähiger ÖPNV zu bezahlbaren Preisen“, flexibel und kundenfreundlich: Die Verantwortlichen erklärten im Rahmen einer Pressekonferenz im Landratsamt Schweinfurt, dass es zwar nicht möglich sei, einen Verkehrsverbund für Mainfranken

„mit einem Schlag“ zu gründen. Allerdings nähere man sich Schritt für Schritt an und lerne ständig voneinander - das „Mainfranken NETZ“ hat bereits verbundähnliche Strukturen mit gemeinsamen Marketingmaßnahmen entwickelt, jedoch ohne kostenintensive Verwaltung bei gleichzeitiger Planungssicherheit für die Kommunen und die Verkehrsbetriebe.



Verbessern in der Unfallkommission die Verkehrssicherheit im Augsburger Land: (v. l.) Polizeioberkommissar Armin Beck, Erster Polizeihauptkommissar Herbert Lipp, Landrat Dr. Karl Voge, Leitender Polizeidirektor Klaus Waltrich, Leiter der Unfallkommission Werner Reschke und Tiefbauamtsleiter Ulrich Gerhardt.

„Die Marzlinger Spange wird kommen“

Josef Deimer zog positive Bilanz seiner Lobbyarbeit für den Flughafen-Anschluss

Als „einsamer Rufer in der Wüste“ fühlte sich der Vorsitzende des Regionalen Planungsverbandes Landshut, Josef Deimer, lange Zeit mit seiner Forderung, den ostbayerischen Raum über einen Fernbahn-Anschluss mit dem internationalen Flughafen München zu verknüpfen. Auch als er vor mehr als fünf Jahren zusammen mit rund 40 weiteren Kommunen zwischen Landshut und Hof, Passau und Nürnberg die nach der Marzlinger Spange benannte Initiative gründete, schlug ihm nach eigenen Angaben ein gerüttelt Maß an Skepsis entgegen.

Mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit arbeitete Deimer die Gegenargumente ab. „Heute erkennen Bund und Freistaat Bayern gleichermaßen die Notwendigkeit einer fernbahnorientierten Schienen-Anbindung zum zweitgrößten deutschen Airport an“, stellte Josef Deimer in seinem letzten Rundschreiben an die inzwischen mehr als 80 Träger der Initiative „Pro Marzlinger Spange“ fest. Die Fahrgastpotenziale seien nachgewiesen und erstaunlicherweise so hoch, dass zusätzliche Züge eingesetzt werden könnten.

Deimer denkt dabei unter anderem an eine neue Fernverbindung Prag - Regensburg - München - Zürich, die man über den Flughafen führen könne. Man habe sich bei führenden Leuten der Bahn kundig gemacht und die Auskünfte erhalten, das bisherige Zugangebot zwischen Landshut und München Hauptbahnhof werde sich auch nach Verwirklichung der Marzlinger Spange nicht verändern. „Somit hat auch Freising keine Einbußen zu befürchten“, ist sich Deimer sicher.

Der Flughafen München werde spätestens in zehn Jahren das heutige Passagier-Aufkommen von Frankfurt Rhein-Main erreichen. Somit müsse auch aus Richtung Mühldorf eine gute Schienen-Anbindung geschaffen werden. „Es ist klar, dass wir aus der gesamtpolitischen Verantwortung heraus den so genannten Erdinger Ringschluss ausdrücklich unterstützen.“ Dieser habe seine natürliche Fortsetzung in der Neufahrer Gegenkurve mit Durchbindung nach Freising. Nach Vollendung der Nahverkehrs-Maßnahme könne man in der Domstadt aus Richtung Landshut in die S-Bahn zum Flughafen und umgekehrt am selben Bahnsteig umsteigen. Damit sei bereits eine Verbesse-

rung des bisher völlig unbefriedigenden Zustandes geschaffen. Allerdings sei diese Trassen-Alternative nur eine halbe Lösung, quasi ein Zwischenschritt. Das mittelfristig zu verwirklichende Ziel liege in der bereits erwähnten Fernbahn-Lösung, bei der die Züge von Landshut kommend am Flughafen direkt in die Stadt München weiterfahren. Zufrieden zeigt sich Deimer, dass es gelungen sei, dieses in mehreren Schritten zu verwirklichende Gesamtpaket mit den Verkehrsministerien in München und Berlin abzustimmen.

Es sei ein schöner Erfolg, dass eine vernünftige Schienen-Anbindung des Flughafens nun nicht mehr gegen nennenswerte politische Widerstände durchgesetzt werden müsse. Deimer forderte die Verkehrspolitik in Bund und Land auf, die planerischen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Marzlinger Spange in die nächste Mittelfristplanung für die Jahre 2009 bis 2013 aufgenommen werden könne. Wenn die Marzlinger Spange von mehreren Partnern gemeinsam finanziert werde, sollten die geschätzten Kosten von rund 200 Millionen Euro zu schultern sein. In Köln/Bonn habe man es vorgemacht: Dort hätten sich der Bund, das Land Nordrhein-Westfalen und der Flughafen 530 Millionen Euro für die heuer eröffnete ICE-Schleife brüderlich geteilt.

In seinem Rundbrief wünschte sich der Initiator der Kooperation für die Marzlinger Spange, es mögen sich auch künftig alle Beteiligten konzentriert für das Projekt engagieren. „Dann wird auch der wirtschaftliche Nutzen eintreten, den das Raumordnungsverfahren für die Bezirke Niederbayern, Oberpfalz und Oberfranken sowie die benachbarten EU-Regionen ganz eindeutig vorhersagt“, schloss Josef Deimer. DK

Immer noch zu viele folgenschwere Unfälle

Kommission verbessert Sicherheit im Augsburger Land
Jahr für Jahr fahren mehrere Millionen Fahrzeuge auf dem über 2.000 Kilometer langen Verkehrsnetz des Landkreises Augsburg. Bei dieser Verkehrsbelastung kommt es leider immer wieder zu Unfällen.

Polizei, Straßenverkehrsbehörde und das Tiefbauamt des Landkreises bilden die Unfallkommission für das Augsburger Land. Sie trafen sich jetzt zu einer gemeinsamen Verkehrsbesprechung. Dabei stellte die Kommission unter der Leitung des stellvertretenden Sachgebietsleiters Verkehrswesen im Landratsamt Augsburg, Werner Reschke, fest, dass in den vergangenen Jahren ein leichter Rückgang von Straßenverkehrsunfällen zu verzeichnen ist. Es gibt aber immer noch zu viele folgenschwere Unfälle, stellte Landrat Dr. Karl Voge fest.

Hauptursachen

Schwerverletzte und Todesopfer gibt es gerade bei Motorradfahrern und Fußgängern immer mehr. Zu den Hauptursachen der Verkehrsunfälle zählen Unachtsamkeit beim Abbiegen, ein zu geringer Sicherheitsabstand und überhöhte Geschwindigkeit. Immer wieder wird auch das Nichtbeachten der Anschnallpflicht als Ursache festgestellt.

Leitender Polizeidirektor Klaus Waltrich bemängelte die schlechte Anschnallmoral. Um hier Abhilfe zu schaffen, setze die Polizei, die neben Waltrich durch die Leiter der Polizeiinspektionen des Landkreises Augsburg vertreten war, neben den weiterhin stattfindenden massiven Kontrollen verstärkt auf Aufklärung und Information. Die Kontrollen hätten insbesondere dann Wirkung gezeigt, wenn sie flächendeckend in Zusammenarbeit mit der Bereitschaftspolizei durchgeführt worden seien. Teilweise seien dabei ganze Ortschaften abgesperrt und kontrolliert worden. Positiv hervorzuheben ist der Rückgang der Verletzten und der tödlich Verunglückten bei Unfällen unter

So ist es der Arbeitsgemeinschaft ein wichtiges Anliegen, die Tarife der einzelnen Verkehrsgemeinschaften anzugleichen, übersichtliche Tarife zu schaffen, und damit die Bedienung und Handhabung für die Fahrgäste zu vereinfachen. Weitgehend ist das in vielen Kreisen bereits gelungen. Die Einführung eines Wabentarifs für ganz Mainfranken, in dem dann auch die Schiene mit eingebunden ist, ist angestrebt. „Kein einfacher Weg“, wie Vorsitzender Harald Leitherer betonte, aber ein Ziel, dem man sich trotz gravierender Kürzungen bei den ÖPNV-Zuwendungen seitens der Staatsregierung Schritt für Schritt nähert.

Alkohol- oder Drogeneinfluss. Die Autobahndirektion hatte im Kreisstraßennetz des Landkreises Augsburg für die Jahre 2000 bis 2002 14 Unfallhäufungsstellen ermittelt. Besonders aufgefallen war bei der Drei-Jahres-Betrachtung der Verkehrsknoten Kreisstraße A 16 / A 30 zwischen Graben und Kleinaitingen. In dem Zeitraum ereigneten sich dort 19 Unfälle. Der Umbau dieses Gefahrenpunktes durch den Landkreis Augsburg zu einem Kreisverkehr Ende 2002 wirkte sich sehr positiv auf die Unfallstatistik aus. In den letzten beiden Jahren wurden keine Unfälle mehr registriert.

Problem junge Fahrer

Nachdenklich stimmte die Kommission allerdings die Tatsache, dass die Zahl der tödlich verunglückten Fahranfänger steigt. Wegen dieses bayernweit feststellbaren Phänomens wurde vom Bayerischen Staatsministerium des Innern die sog. Zweite Phase der Fahrausbildung unter dem Motto „Junge Fahrer - sicher durch Erfahrung“ eingeführt. Durch die Teilnahme können die Fahranfänger eine Verkürzung der Probezeit sowie unter Umständen eine günstigere Einstufung bei der Kfz-Versicherung erreichen.

Landrat Voge würdigte die Erfolge der Kommission bei der Verbesserung der Verkehrssicherheit im Landkreis: „Die Unfallkommission hat gute Arbeit geleistet. Sie hat Brennpunkte aufgezeigt und gemeinsam entschärft. Die Verkehrssicherheit ist ebenso wie die innere Sicherheit ein Pluspunkt unseres Augsburger Lands. Sie begründen mit unsere Attraktivität.“ Die weitere Verbesserung der Verkehrssicherheit bleibe dennoch eine dringende Herausforderung.

Offizielle Verabschiedung von OB Josef Deimer:

Würdigung einer großen Lebensleistung

Zum Ende seiner 35-jährigen Amtszeit ist Landshuts Oberbürgermeister Josef Deimer bei einem feierlichen Festakt offiziell verabschiedet worden. Die Laudatoren würdigten dabei die große Lebensleistung Josef Deimers für seine Heimatstadt. Sie sei ein herausragendes Beispiel kommunaler Verantwortung in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Festlichkeiten hatten mit einem Ehrensalut der Böllerschützen und einem Standkonzert der Stadtkapelle Landshut begonnen. Zweiter Bürgermeister Ludwig Zellner hieß anschließend im Rathausprunksaal rund 800 Gäste von Kirche, Justiz, Kultur und Lehre willkommen.

Wollte er die Leistungen Josef Deimers für Landshut in den vergangenen 35 Jahren aufzählen, gäbe es eine lange Liste, betonte Zellner. Landshut verfüge über eine hervorragende Infrastruktur und sei zu einer Art Gesamtkunstwerk urbanen Lebens entwickelt worden. So verwundere es nicht, dass sich die Einwohnerzahl in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhöht und derzeit fast 61.000 erreicht habe.

Prägende Epoche

Regierungspräsident Dr. Walter Zitzelsberger meinte: „35 Jahre ununterbrochen an der Spitze dieser Stadt Landshut zu stehen, ist ein wohl nicht mehr zu übertreffender Rekord, eine prägende Epoche für unsere Stadt...“ Er wünsche Deimer, dass in den Tagen des Abschieds nicht Wehmut überwiege, sondern der Stolz über das Erreichte.

Zitzelsberger beschränkte sich in seinen Ausführungen auf drei städtebauliche Weichenstellungen, die unauslöschlich mit Deimers Wirken und Gestalten verbunden bleiben, „die die Stadtentwicklung für Generationen hin zur lebenswerten Stadt Landshut prägen und die in enger Zusammenarbeit auch mit der Regierung verwirklicht worden sind“: die Erhaltung des historischen Stadtbildes Landshut, die Gestaltung der Mühleninsel, der Hofbergtunnel. Bei allen nötigen Veränderungen und Sanierungen sei gerade der Er-

Ehrentitel für Deimer

Josef Deimer darf nach Ende seiner 35-jährigen Amtszeit als Oberbürgermeister der Stadt Landshut den Ehrentitel „Altoberbürgermeister“ tragen. Diese Entscheidung hat der Stadtrat in der letzten Plenarsitzung des vergangenen Jahres in nichtöffentlicher Sitzung einstimmig gefasst.

Einen entsprechenden Antrag hatten alle im Stadtrat vertretenen Fraktionen gestellt. In der Begründung des Antrags heißt es, in den 35 Dienstjahren habe sich Josef Deimer als Oberbürgermeister für die Stadt Landshut und ihre Bürger mit aller Kraft eingesetzt: „Sein Name steht auch überregional für eine selbstbewusste und starke kommunale Selbstverwaltung. In der Bürgerschaft hat sich Oberbürgermeister Josef Deimer großen Respekt verdient.“ Die Entscheidung für die Erlaubnis, diesen Ehrentitel tragen zu dürfen, erfolgte gemäß dem Gesetz über Kommunale Wahlbeamte. **DK**

halt der mittelalterlichen Stadtgestalt das ganz persönliche Anliegen des Oberbürgermeisters gewesen, eine herausragende Leistung seiner Amtszeit. Notwendige Neubauten hätten sich in Maßstäblichkeit, Material, Dachform und Gliederung immer in die vorhandene Bausubstanz eingefügt. Stets habe Deimer Wert auf die Verbesserung des Wohnumfelds und der Stadtfunktion gelegt.

Wegbegleiter

Eine Hommage auf Josef Deimer hielt der ehemalige Museumsdirektor und Stadtarchi-

Pfaffenhofens Landrat Rudi Engelhard:

Stärken des Landkreises weiter ausbauen

Landrat Rudi Engelhard will auch im Jahr 2005 die Stärken des Landkreises Pfaffenhofen weiter ausbauen und zum Wohle der Bevölkerung nutzen. Er bat beim traditionellen Silvestertreffen in Geisenfeld die führenden Mandatsträger um eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, „um den Landkreis Pfaffenhofen auch im neuen Jahr ein gutes Stück voranzubringen“.

Gastgeber und Vize-Landrat Erich Deml ging in seiner Begrüßung neben der wirtschaftlichen Entwicklung vor allem auf seine Tätigkeit als Landrats-Stellvertreter mit Schwerpunkt im Landkreisnorden ein. Bei der Wahrnehmung von 160 offiziellen Terminen und Sprechstunden habe er die Probleme und Sorgen von Bürgern und Betrieben unmittelbar erfahren. „Dabei konnte ich in vielen Einzelfällen und Anliegen weiterhelfen“, so Deml. Die „harten Nüsse“ seien vor allem bei Bauangelegenheiten zu knacken gewesen.

Herausforderungen

Landrat Rudi Engelhard betonte, es sei für 2005 eine „große Herausforderung“, die solide Finanzkraft des Landkreises zu erhalten, die Infrastruktur weiter auszubauen, die Arbeitsmarktreform „Hartz IV“ gemeinsam mit der Arbeitsagentur zu bewältigen und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Wie der Landrat anhand einer „druckfrischen“ Statistik erläuterte, werde der Landkreis Pfaffenhofen im Jahr 2005 den niedrigsten Kreisumlagenhebesatz in Oberbayern haben und erstmals die Rangliste „positiv anführen“. Damit bleibe den Städten und Gemeinden Spielraum für eigene Investitionen, so Engelhard. Er hob die „traditionell gemeindefreundliche Finanzpolitik in den vergangenen Jahren und die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit des Landkreises mit den Kommunen“ hervor. Der Landkreis sei für Betriebsansiedlungen wegen der günstigen Lage an den „Hauptverkehrsachsen“ und der hervorragenden Standortfaktoren nach wie vor eine der „ersten Adressen“. Rudi Engelhard: „Die Zunahme der Arbeitsplätze in den letzten Jahren und die niedrige Arbeitslosenquote von 3,8 Prozent spricht für die wirtschaftliche Solidität des Landkreises. Im Rahmen der Arbeitsmarktreform werden wir einen aktiven Beitrag leisten, möglichst viele Menschen in Arbeit zu bringen.“ Der Landrat verwies auch auf

var Prof. Dr. Georg Spitzlberger, ein langjähriger Wegbegleiter des Rathauschefs und wie Deimer im Stadtteil Achdorf aufgewachsen. In persönlichen Worten ließ er Deimers Werdegang von der Jugend bis zum Oberbürgermeister Revue passieren.

Integrierende Kraft

Spitzlberger lobte Deimers integrierende Kraft - selbst bei völlig konträren Standpunkten - und seine Prägnanz, ohne Umwege auf das Wesentliche zu kommen. Dabei sei er immer eine innerlich unabhängige, eigenständige Persönlichkeit geblieben, die sich nie einem Schema unterworfen habe. Wenn er etwas als richtig erkannte, habe er es - „immer fundiert mit erstaunlicher Sach-



Oberbürgermeister Josef Deimer (l.) bekam zum Abschied ein Kreuz des Bildhauers Prof. Fritz Koenig überreicht. Mit auf der Bühne: Walter Blaschke, Mitarbeiter des Hauptamts der Stadt Landshut (2. v. l.), Hildegard Deimer und 2. Bürgermeister Ludwig Zellner.

kompetenz“ - konsequent und ohne Rücksicht auf Gegnerschaft vertreten. „Der Oberbürgermeister hat während seiner Amtszeit ein menschenfreundliches Leben gelebt“, konstatierte Spitzlberger. Auch wenn der Bauingenieur Deimer in seiner Stadt viele Bauten habe errichten lassen, zählten zu den dauerhaftesten und schönsten wohl die, „die er als emotionale Denkmäler in den Herzen der Menschen errichtet hat“.

Ein sichtlich bewegter Josef Deimer dankte zum Abschluss des Festaktes seinen vielen Wegbegleitern und gerade auch den Bürgern für das ihm erwiesene Vertrauen, das er stets versucht habe, zurückzugeben. Als größten gemeinsamen Erfolg wertete Deimer es, „dass die Bürger unserer Stadt, gleich ob hier geboren oder neu hinzuge-

kommen, sich mit ihr identifizieren, sich mit ihr auf Du und Du stellen und viele Menschen bereit sind, ihre Kräfte einzubringen“. „Der Stadt Bestes suchen“ - dieses Bibelwort sollte auch in der Zukunft die Bereitschaft der Bürger, an der Gemeinschaft mitzuwirken, beflügeln.

Soziale Balance erhalten

Ein weiteres persönliches Anliegen sei stets das Bemühen um soziale Gerechtigkeit gewesen, erklärte Deimer. „Das ist in allererster Linie unsere Aufgabe, es geht um die soziale Balance und darum, mit dem Herzen zu antworten.“

Mit Stolz könne er darauf verweisen, in seiner Amtszeit „vor allem die stromlinienförmige Anpassung an ökonomische Sachzwänge und die Forderungen

gen des Zeitgeistes“ nicht geschafft zu haben, fuhr Deimer fort. „Wir haben uns starrsinnig gewiegert, die Stadt in ein reines Dienstleistungsunternehmen zu verwandeln, Kindergärten, Altenheime und Sportanlagen möglichst gewinnbringend zu vermarkten.“ So habe die Stadt bewusst ihr Tafelsilber behalten und bewirtschaftete selbst Strom, Gas und Wasser, den ÖPNV, den Hofbergtunnel und das Klinikum.

Der scheidende Rathauschef zeigte sich dankbar, dass er am Ende seines Dienstes sein „Amt in die Hände des Souveräns, des Bürgers“, zurückgeben könne. Dazu nahm Deimer symbolisch seine Amtskette ab: „Gott schütze diese Stadt“, die „aller schönste Stadt der Welt“, wie er seine Heimatstadt stets bezeichnete. **DK**

Günstige Position

Landtagsabgeordnete Erika Görlitz vertrat die Meinung, dass der Landkreis auch nach der Strukturreform der bayerischen Staatsverwaltung „gut positioniert“ ist. Diverse „Strafpositionen“ seien in einem Reformprozess, in dem sich der Staat momentan befinde, unverzichtbar. „Der Landkreis Pfaffenhofen ist mit vergleichsweise geringen Einschnitten weit weniger betroffen als viele andere Gegenden“, betonte die Abgeordnete. Sie werde sich besonders in ihrer Funktion als Mitglied des Haushaltsausschusses auch im neuen Jahr dafür einsetzen, dass es ein vernünftiges Miteinander zwischen dem Freistaat und den Kommunen gibt. Bei allen Reformbestrebungen dürfe bei der Finanzausstattung der Kommunen, der Bildung und der Sicherheit nicht gespart werden.

Bezirksrätin Annemarie Höcht verwies ihrerseits auf die schwierige finanzielle Lage des Bezirks Oberbayern. Insbesondere die Bewältigung der ständig steigenden Soziallasten sei eine „Mammutaufgabe“. Das vorhandene Geld müsse im sozialen und kulturellen Bereich „besonders zielgerichtet und wirkungsvoll“ eingesetzt werden. **DK**

Landkreis Dillingen:

21 vorbildliche Projekte

Umweltwettbewerb fördert Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen
Landrat Schrell überreichte Auszeichnungen

Dillingen/Unterliezheim (jdt). Wenn es um die Förderung und die Durchsetzung beispielgebender Projekte im Natur- und dem Umweltschutz gibt, dann engagieren sich der Landkreis Dillingen und seine Kommunen selbst mit besonderem Einsatz. Auf dieses Vorbild konnte Landrat Leo Schrell bei der Feierstunde zum Abschluss des Umweltwettbewerbes 2004 im Unterliezheimer Klosterbräu hinweisen.

Aufmerksam gemacht wurde von Schrell auf die Installation von Fotovoltaikanlagen auf kreiseigenen Schulgebäuden, die Errichtung einer Biomasseheizung mit Nahwärmeverbund in Wertingen, die Wärmerückgewinnung bei landkreiseigenen Schwimmhallen oder die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie für einen Nahwärmeverbund mit einer Biomasseheizung in Höchstädt. Spezielle Beachtung fand die Auszeichnung mehrerer Gemeinden. Den mit 1000 Euro ausgestatteten Umweltpreis des Landkreises erhielt die Gemeinde Buttenwiesen.

Gebot der Zukunft

Im Blick auf die von der Jury zu bewertenden Projekte stellte Landrat Schrell heraus, neben vielfältigen Naturschutzmaßnahmen hätten Aktivitäten auf dem weiten Feld des technischen Umweltschutzes eine bedeutende Rolle gespielt. Besonders die Nutzung der erneuerbaren Ener-

gien, wie der Sonnenenergie oder nachwachsender Rohstoffe zur Energiegewinnung seien verstärkt in den Wettbewerb eingebracht worden. Wörtlich fügte der Landrat hinzu: „Ein zentrales Thema, das in den Industriena-tionen zunehmend an Bedeutung gewinnt, ist die sinnvolle Nutzung erneuerbarer Energien. Sie vermehrt einzubeziehen und konventionelle Energiequellen sparsam zu verwenden, wird auch das Gebot der Zukunft sein“.

Umdenkungsprozess

Erfreulicherweise habe hier bei vielen Menschen ein Umdenken eingesetzt. Der Umweltwettbewerb bewähre sich als eine hervorragende Gelegenheit, Maßnahmen mit einem positiven Beitrag zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen öffentlich auszuzeichnen. 2. Bürgermeister Peter Hurler, Lutzingen, machte auf das gute Beispiel Unterliezheims aufmerksam.

Landrat Schrell zeichnete 21 Projekte aus, mit Urkunden und Prämien von insgesamt 3450 Euro, auch beispielhafte Aktivitäten von Vereinen.

Hauptpreis für Buttenwiesen

Zweiter Bürgermeister Ulrich Käsböhrer nahm den Umweltpreis des Landkreises für die Gemeinde Buttenwiesen entgegen. Diese hat beim Bau einer Dreifachturnhalle mit Turnleistungszentrum in vorbildlicher Weise ökologische Planungsgrundsätze berücksichtigt. Dazu gehörten ein thermisches Energiekonzept, mit geringem Energiebedarf, eine energie- und kostensparende Lüftungsanlage, der Einbau einer Hackschnitzelheizungsanlage, Sonnenkollektoren zur Erwärmung des Brauchwassers, ein extensives Gründach und Auffangvorrichtungen für überschüssiges Regenwasser, das zur Toilettenspülung verwendet wird.

Ausgezeichnet wurden die Stadt Lauingen, Fischzuchtanlagenbesitzer Achim Bretzinger und Hildegard Zenetti für ihre erfolgreichen Bemühungen zur Wiederbesiedlung des Storchennestes auf dem Lauinger Rathaus. Die Familie Bretzinger



Beim Umweltwettbewerb des Landkreises Dillingen wurden auch mehrere Gemeinden geehrt (von rechts): 2. Bürgermeister Ulrich Käsböhrer, Buttenwiesen, die Bürgermeister Wilhelm Gump, Blindheim, und Wolfgang Schenk, Lauingen, Bürgermeisterin Hildegard Wanner, Höchstädt, Landrat Leo Schrell, Bürgermeister Michael Holzinger, Bissingen, stellvertretende Landrätin Angela Rieder, Bürgermeister Michael Waldenmayr, Lutzingen. Bild: -jdt-

stellte zwei Teiche als Futterquellen zur Verfügung. Hildegard Zenetti kümmerte sich u. a. um verletzte Jungstörche. Ausgezeichnet wurde die Entwicklungsgesellschaft Markt Bissingen mbH für die Nutzung des bei der Schlammbehandlung anfallenden Klärgases in einem Blockheizkraftwerk.

19 „Baumpaten“

Geehrt wurden die Stadt Höchstädt (Anlage eines Biotops als Nahrungsquelle für den Weißstorch), die Gemeinde Lutzingen (für ehrenamtlich organisierte Anpflanzungen von 52 heimischen Obstbäumen, mit Gewinnung von 19 „Baumpaten“), die Marktgemeinde Bissingen (für die Renaturierung des Hahnenbaches, mit Verbesserung der Lebensbedingungen für die Bachmuschel und die bedrohten Sein- und Edelkrebse) und die Gemeinde Blindheim (für den ökologischen Ausbau des Nebelbaches und die naturnahe Gestaltung des Dorfbaches).

Preisgekrönt wurden für Natur und Umwelt dienende besondere Aktivitäten die Volksschule Wittislingen, die Jäger Martin Reiter und Karl Kastner aus Zusammlheim, die Obst- und Gartenbau-

vereine Ziertheim und Bächingen, die Arbeitsgemeinschaft Wittislinger Ried, der Arbeitskreis Ökologie Reistingen, der Kindergarten Kicklingen und der Bund Naturschutz, Kreisgruppe Dillingen, für den „Streuweisenverbund im östlichen Donauried“ (in Kooperation mit der Kreisgruppe Donauwörth).

Hackschnitzel-Heizungen

Mit Beifall gefeiert wurden auch die Lebenshilfe Dillingen (Sanierung des „Hotels am Fluss“, unter Berücksichtigung ökologischer Grundsätze), Josef Hoser, Aislingen (Errichtung einer 220 kW-Hackschnitzelheizung), Helga und Manfred Grandel, Bächingen (Hackschnitzelheizung für vier Wohnhäuser und eine Werkstatt), Günter und Wilhelm Rochau (Fotovoltaikanlage, Solaranlage, weitere Maßnahmen zur Energieeinsparung), Monika und Jürgen Mareth, Ziertheim (Renovierung eines älteren Hauses unter baubiologischen Gesichtspunkten), und Ludwig Schwenkreis, Wittislingen (umfassende Untersuchung der verschiedenen Energienutzungsmöglichkeiten für den Markt Wittislingen, mit einem eineinhalbstündigen Dokumentationsfilm mit dem Titel

„Energien gestern, heute und morgen“).

Ausstellung eröffnet

Verbunden mit den Preisverleihungen war die Eröffnung einer Fotoausstellung. Viel Beifall erntete der Unterliezheimer Kinderchor, gemeinsam mit der Solistin Claudia Bschorer (Querflöte).

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Florian Hahn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scheribke (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Peter Müller

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 39 vom 01.01.2005

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Spitzenjahr für Messeplätze München und Nürnberg

Rekord bei Ausstellerzahlen / Spitzenwerte bei Umsatz, Besuchern und Flächen

Der Messeplatz München ruht auch in schwierigem wirtschaftlichen Umfeld auf einem stabilen Fundament. Wie Messe-Chef Manfred Wutzlhofer bei der Jahrespressekonferenz betonte, habe sich das Jahr 2004 als eines der besten Geschäftsjahre in der 40-jährigen Geschichte der Messe München erwiesen. Ein Rekord bei den Ausstellerzahlen sei ebenso zu verzeichnen wie annähernd die gleichen Ergebnisse bei Umsatz, Besuchern und Flächen wie im bisherigen Rekordjahr 2001.

Auf den höchsten Umsatz ihrer 30-jährigen Firmengeschichte kann gar die NürnbergMesse verweisen. Gerechnet wird für 2004 mit einem Umsatzplus von sieben Prozent auf über 108 Millionen Euro“, so Bernd A. Diederichs, Geschäftsführer der NürnbergMesse. Damit verzeichnet die Messgesellschaft im dritten Jahr in Folge neue Umsatz-Bestmarken.

Mit dem Messeprogramm des Jahres 2004 konnte trotz der nach wie vor schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der zweitbeste Umsatz in der Geschichte der Messe München nach 2001 erzielt werden. Die Messe München GmbH wird voraussichtlich einen Umsatz von 201,5 Mio. Euro erzielen. Der Messe München-Konzern wird einen kumulierten Umsatz von ca. 232,7 Mio. Euro ausweisen.

Die Ausstellerseite

Auf Ausstellerseite wurde im Jahr 2004 mit mehr als 33.500 Unternehmen aus 91 Ländern die höchste Teilnehmerzahl in der Geschichte der Messe München registriert. Beim Vergleich mit den Vorveranstaltungen ergibt sich für den Messeplatz ein Ausstellerplus von acht Prozent, bei den Messen der MMG von fünf Prozent. An den Veranstaltungen am Messeplatz München hatten ausländische Aussteller einen Anteil von 27 Prozent. Bei den Messen der MMG betrug der Anteil sogar 48 Prozent.

Die vorläufige Besucherzahl des Jahres 2004 ist die dritthöchste nach 1998, als die einmalige Publikumsveranstaltung Messe-Opening-München eine besonders große Teilnehmerzahl an-

zog. Rund 2,3 Millionen Besucher aus 197 Ländern wurden im Jahr 2004 gezählt. Gegenüber den Vorgängerveranstaltungen konnten am Messeplatz München fünf Prozent mehr Besucher gewonnen werden, bei den Messen der MMG wurde ein stabiles Ergebnis erzielt. Der Anteil der ausländischen Besucher lag am Messeplatz insgesamt bei 12 Prozent. Bei den MMG-Messen belief sich der Auslandsbesucheranteil auf 25 Prozent. Die Besucherzahlen aus dem Ausland stiegen im Vergleich mit den Vorgängerveranstaltungen insgesamt um sechs Prozent, bei den Messen der MMG sogar um sieben Prozent.

Erwartungen der AUMA

Insgesamt wurden am Messeplatz München durch Veranstaltungen mehr als 2,7 Millionen Quadratmeter Fläche brutto belegt - der zweithöchste Wert nach 2001. Am Messeplatz München finden im Jahr 2005 nach aktuellem Planungsstand insgesamt 46 größere Messen und Ausstellungen statt, davon 20 Veranstaltungen der Messe München GmbH, vier Veranstaltungen der Gesellschaft für Handwerksmessen (GHM) sowie 22 größere Gastveranstaltungen.

Der AUMA (Ausstellungs- und Messeausschuss der deutschen Wirtschaft) erwartet für das Messejahr 2004 bei den internationalen Messen im Vergleich zur jeweiligen Vorveranstaltung nochmals eine leichte Schrumpfung bei Ausstellern (minus 1 Prozent), verkaufter Fläche (minus drei Prozent) und Besucherzahl (minus 1,5 Prozent). Von dieser Entwicklung konnten sich die internationalen

Fachmessen am Messeplatz Nürnberg erneut positiv absetzen und wuchsen insgesamt um vier Prozent bei Ausstellern und verkaufter Fläche sowie um sieben Prozent beim Fachbesuch. „Unsere modernen Messekonzepte sind für Aussteller und Besucher attraktiver denn je!“, stellte Diederichs zufrieden fest.

Insgesamt beteiligten sich über 21.700 Aussteller und rund 1,2 Millionen Besucher an den Veranstaltungen im In- und Ausland. Erneut überproportional stieg die internationale Beteiligung gegenüber dem besser vergleichbaren Messejahr 2002: plus acht Prozent auf 7.941 internationale Aussteller, plus 16 Prozent auf über 146.000 internationale Fachbesucher. „Unsere Veranstaltungen werden immer internationaler. Inzwischen kommen rund 37 Prozent aller Aussteller und 21 Prozent der Fachbesucher aus dem Ausland“, so Diederichs.

Shootingstar IKK

Eindeutiger Shootingstar unter den Fachmessen dieses Jahres war die IKK, Internationale Leitmesse für Kälte- und Klimatechnik, die ihren 25. Geburtstag feierte und reich beschenkt wurde: plus zehn Prozent Aussteller, plus zwölf Prozent verkaufte Fläche, plus 18 Prozent Fachbesucher.

„Dass junge Konzepte überdurchschnittlich wachsen, entspricht der Erwartungshaltung. Dass aber Messen bei ihrer 25. Durchführung noch ein solches Tempo auf ohnehin schon hohem Niveau vorlegen, freut uns besonders, bestätigt es doch die Kraft und Zukunftsfähigkeit des dahinterstehenden Konzepts“, erklärte Walter Hufnagel, seinerseits Mitglied der Geschäftsleitung und als Bereichsleiter Eigen- und Partnerveranstaltungen u.a. verantwortlich für die IKK, die die NürnbergMesse im Auftrag des VDKF (Verband Deutscher Kälte-Klima-Fachbetriebe) durch-

Unternehmen „Kommune“

Der Bürgermeister braucht umfassende Managementkenntnisse und Managementfähigkeiten, um sein Unternehmen „Kommune“ erfolgreich in die Zukunft zu steuern. Von seiner Persönlichkeit hängt es ab, ob es ihm gelingt, ge-

meinsam mit seinem Rat, der Kommunalverwaltung und dem Bürger eine Verantwortungsgemeinschaft aufzubauen.

Auch 2005 bietet die SDL Thierhaupten das Bürgermeister-Qualifizierungsprogramm als kostengünstige Fortbildung mit verschiedenen Modulen an. Die Schwerpunkte sind dabei „Erfolgreich führen“ am 2. und 3. März 2005, „Erfolgreich kommunizieren“ am 27. und 28. April 2005 sowie „Erfolgreich gestalten“ am 26. Juni 2005. Um einen möglichst intensiven Erfahrungsaustausch und größtmöglichen Lernerfolg zu gewährleisten, ist die Teilnehmerzahl je Modul auf zwölf Personen begrenzt. Zu allen Modulen gibt es ein ausführliches Manuskript mit vielen Praxisbeispielen.

Das Qualifizierungsprogramm findet auch in der SDL Plankstetten, Lkr. Neumarkt i.d. Oberpfalz und in der SDF Klosterlangheim, Lkr. Lichtenfels statt. Weitere Infos bietet die Schule der Dorf- und Landentwicklung, Tel: 08271/41441.

Selbst Nichtskifahrer können das grandiose Winterpanorama der Allgäuer Alpen genießen. 

Wertschöpfung für das Allgäu:

Solider Fremdenverkehr - Sommer und Winter

Beschneungsanlagen behutsam gebaut und betrieben

Im Mittelpunkt der Saison 2004/2005 stehen die Nordischen Ski-Weltmeisterschaften, die in Oberstdorf vom 16. bis zum 27. Februar 2005 stattfinden. Die Region verspricht sich von der WM eine nachhaltige Wirkung in den folgenden Jahren. „Wir wollen unseren Gästen eine Heimat auf Zeit geben“, sagte MdL Alfons Zeller, Vorsitzender des Tourismusverbandes Allgäu-Bayerisch-Schwaben vor der Presse in München. Man zielt bei den Anstrengungen nicht nur auf die Tagesausflügler der näheren Umgebung, sondern auch auf die Region München.

Zeller: „Die sehr gut ausgebauten und präparierten Skipisten um Nebelhorn und Fellhorn sind von München ebenso gut erreichbar wie die Skigebiete in Tirol oder rund um Salzburg.“ Das gelte natürlich genauso für den Sommertourismus. Von großer Bedeutung werden, so der Tourismuschef, die kulturellen Attraktionen wie z.B. das neu konzipierte Musical Ludwig sein, das im März die Pforten öffne.

Konsolidierte Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung im Fremdenverkehr habe sich im Allgäu konsolidiert. In der vergangenen Saison sei das Ziel erreicht worden, den Abwärtstrend bei den Ankünften

zu stoppen. „Von November 2003 bis April 2004 hatten wir im Allgäu 4,2 % mehr Ankünfte als im Vorjahr. Bei den Übernachtungen konnten wir einen Zuwachs von 1,3 % verbuchen“, berichtete Zeller.

Die Gemeinden pflegen über 1000 km Langlaufloipen. Hinzu kommen mehrere hundert Kilometer Skating-Loipen; zum Teil sind sie mit Flutlicht ausgestattet. Selbst an eine Hundeloipe hat Oberstaufen gedacht. Für Spaziergänger werden im Allgäu über 500 km Winterwanderwege sowohl im Tal als auch in den Skigebieten geräumt. So können auch Nichtskifahrer das grandiose Winterpanorama der Allgäuer Alpen genießen.

Die Liftbetreiber investieren

jedes Jahr in den alpinen Skisport. In Jungholz gibt es z. B. die erste kindergesicherte 4er-Sesselbahn mit dem „N'ice Bear Land.“

Zweiländerskigebiet

Das größte zusammenhängende Skigebiet Deutschlands, das Zweiländerskigebiet Fellhorn/Kanzelwand, beschrieb Augustin Kröll, Vorstand der Nebelhorn Bahn AG. Zu seinem Verantwortungsbereich gehört auch die Oberstdorfer Nebelhorn-Bahn. Auf 7,5 km überwindet man bei der längsten Talabfahrt Deutschlands 1386 m Höhenunterschied. Aktivitäten mit den Schulen werden besonders gefördert.

„Ausflüge in die Berge zeigen gruppendynamisch sehr positive Entwicklungen“, unterstrich der Bahnchef. Skifahren bedeute seiner Meinung nach ein „Mehr mit der Natur“ und ein „etwas weniger am PC“ im Zimmer. Kröll: „Wir haben in Oberstdorf die coolsten Winter-sportwochen entwickelt.“ Die Allgäu Marketing GmbH, so ihr Geschäftsführer Bernhard Joachim, strengt sich an, Schulfahrten ins Skilager verstärkt ins Allgäu umzulenken.

Im Einklang mit der Natur

Nicht nur Skipisten seien mittlerweile beschneit, sondern auch die Rodelbahnen. Die Beschneungsanlagen wurden schonend und im Einklang mit der Natur aufgebaut. „Der Betrieb ist absolut mit der Natur verträglich“, betonte Kröll. Man belastet seiner Erfahrung nach in keinstrengster Weise Flora und Fauna: „Wir erreichen dadurch eine bessere Wertigkeit der Erholungsfläche; im Sommer ebenso wie im Winter.“ Zeller ergänzte, dass Schneekanonen die friedlichsten der Welt seien, wenn man - wie im Allgäu - sorgfältig damit umgehe. „Das Wasser wird nicht auf Dauer entzogen, es wird mit der Schmelze dem Naturhaushalt wieder zugeführt“, betonte Kröll.

Liftkartensystem

Geschäftsführer Bernhard Joachim wies auf den Kartenverbund „Allgäu/Tirol Viales Land“ hin. Er schließe 82 Liftanlagen mit 145 km Abfahrt ein. Die acht Monate gültige „Allgäu-Gletscher-Card“ eröffne 50 Skiregionen mit 250 Bergbahnen und 500 km Pisten. „Sie ist

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Ich brauche keine guten Vorsätze fürs neue Jahr - oder wie wollen Sie das Optimale optimieren?“ Mein Chef, der Bürgermeister, reagierte ganz auf seine eigene Art, als ich ihm ein gutes Neues wünschte und nach seinen Vorsätzen fragte. Wenn ich ihn nicht so gut kennen würde, wäre ich fast versucht zu vermuten, er sei ein klein wenig eingebildet.

Dabei schaden gute Vorsätze niemandem. Das Rauchen aufzugeben ist gesund und spart einen Haufen Geld - vor allem wenn man begeisterter Italien-Urlauber ist. Mehr Sport treiben wäre auch gesund, geht aber mächtig ins Geld, wenn man bedenkt, dass Leibesübungen heute ein cooles Outfit voraussetzen. Und dann gibt es natürlich noch den Passpartout-Wunsch: Ein besserer Mensch werden.

Viele Leute, auch in unserem Städtchen, haben sich diesen Wunsch erfüllt und ihrem Er-



nachdenklichere innere Stimme „Wo haben die plötzlich soviel Kohle her?“ Politikern, die just dieses zu fragen wagten, schallte ein schroffes „herzlos“ und „Krämmerseelen“ entgegen. Mittlerweile wissen wir, dass die Bundesregierung nur ein Zehntel dieses Symbolbetrags, nämlich 50 Millionen Euro, für Soforthilfe locker machen kann. Das ist gerade mal die Einnahme einer Fernseh-Spendengala. Wollte uns die Bundesregierung zeigen, dass man auch mit leeren Hosen gut stinken kann? Oder wollte man der Welt zeigen, dass das Scheckbuch noch immer unsere schärfste Waffe ist?

Aber vielleicht hat das ja auch sein Gutes, denn niemand weiß, wie es in den Flutgebieten weiter gehen wird. „Indonesien hat ja schon angekündigt, die Helfer bis März aus dem Land haben zu wollen, um wieder ungestört die Rebellen in Aceh bekämpfen zu können. Indien will überhaupt keine Hilfe und Thailand setzt wohl mehr auf Tourismus als Hilfe zur Selbsthilfe. Außerdem gibt es noch viele Gegenden in der Welt, die dringend selbstlose und großzügige Hilfe brauchen könnten. Man denke nur an Afrika, über das immer wieder die Geißel des Krieges zieht und über dessen Menschen mit stiller Unerbittlichkeit der biologische Tsunami AIDS brandet.“

Mein Chef, der Bürgermeister, will eine gute Idee aus Berlin und München aufgreifen: Er holt alle, die nachhaltig in der Katastrophengebiet helfen wollen, zu einem Runden Tisch zusammen, um eine Stadt auszusuchen, auf die unsere Hilfe konzentriert werden kann. In der das Gymnasium seine Partnerschule, die Mittelständler ihr Waisenhaus und wir alle vielleicht eine neue Partnerkommune in einem ganz anderen Kulturkreis finden. Für sich und andere hat er übrigens doch noch einen Vorsatz für das neue Jahr gefunden. Es stammt vom kolumbianischen Philosophen Nicolás Gómez Dávila auf dem heutigen Kalenderblatt: „Ein bisschen weniger ignorant, ein bisschen weniger grob, ein bisschen weniger niederträchtig werden.“

the
Sabrina

Deutschlands größter Skipass mit den österreichischen Gletscherregionen Pitztal und Kautneral“, sagte Joachim. Im kommenden Jahr solle ein einheitliches Liftkartensystem im Allgäu etabliert werden.

Wellness und Wohlfühlen

Innerhalb weniger Kilometer rund um die Skigebiete gebe es Thermal-, Sport- und Freizeitbäder. Die Bad Wörishofer Therme, ein wahres Südeeparadies, schlage alle Erwartungen.

Zeller: „Im Mai 2004 eingeweiht, denkt man schon an eine Erweiterung.“ In Riezlern sei Golfplatz nun auch im Schnee möglich. Über 160 Wellnesshotels, davon 17 WellVital-Häuser, die Kooperation der Allgäu TopHotels als auch qualifizierte Betriebe der Anbietergemeinschaft „Urlaub auf dem Bauernhof“ bieten Wellness im Haus. 

Auf der Homepage www.allgaeu.info sind die aktuellen Schneeberichte, das Wetter, die Pisten-, Loipen- und Rodelverhältnisse, Links zu den Bergbahnen, Panoramakameras, Events und selbstverständlich die Urlaubsorte mit Unterküften abrufbar. Über den Anfrageservice im Internet erhalten Gäste direkt vom Vermieter Angebote zugeschiedt. Unter der Urlaubshotline 01805/12700 (0,12 Euro/Min.) informiert die Ferienregion Allgäu ihre Gäste über deren Urlaubswünsche. Dort können die Gäste auch direkt buchen. 

Landratsamt Bayreuth:

Dietel und Angerer im Dialog

Zu einem Kooperationsgespräch sind Oberfrankens Regierungspräsident Hans Angerer und Bayreuths Landrat Dr. Klaus-Günter Dietel im Landratsamt zusammengetroffen. An dem Gespräch nahmen hochrangige Vertreter beider Behörden teil. Neben zahlreichen Sachfragen lobten beide Chefs die gute Kooperation zwischen der Regierung von Oberfranken und dem Landratsamt Bayreuth.

Dietel stellte zunächst einige größere Projekte in den Vordergrund seiner Ausführungen und informierte über den Stand der Fusion des Krankenhauses Hohe Warte und des Klinikums Bayreuth. Er bat Regierungspräsident Angerer um eine zügige Bearbeitung der notwendigen Anträge sowie um Berücksichtigung im Förderkontingent der Regierung. Beides wurde zugesagt. Zum Ausbau der Bahnstrecke Bayreuth - Weidenberg erklärte der Landrat, eine Fertigstellung sei parallel zum Abschluss des Ausbaues der A 9 geplant.

Keine freie Finanzspanne

Um Unterstützung bat der Landkreischef den Regierungspräsidenten für den Erhalt der Entwicklungsgesellschaft „Rund um die Neuburg - Fränkische Schweiz e. V.“, bei der Ortsumgehung von Buchau und bei der Stärkung des landwirtschaftlichen Schulzentrums in Bayreuth. „Dies liegt mir sehr am Herzen“. Anschließend ging Dietel auf die Finanzsituation des Landkreises Bayreuth und seiner Kommunen ein. Diese hätte sich weiter verschlechtert. Die Erstattungsleistungen des Bundes für die Grundsicherung seien deutlich niedriger ausgefallen und damit Defizite entstan-

den. „Im Grunde besteht bei den Kommunen weitestgehend keine echte freie Finanzspanne mehr. Die finanziellen Rahmenbedingungen werden sich weiter deutlich verschlechtern“, beklagte der Landrat. „Aufgrund der weiter steigenden Belastungen, die das SGB II (Hartz IV) und die Ausgaben im Bereich der Jugendhilfe mit sich bringen, ist derzeit noch völlig unklar, inwieweit wir im kommenden Jahr unseren Haushalt gestalten können.“

Positiv wurde die Aussage des Regierungspräsidenten aufgenommen, fehlendes staatliches Personal am Landratsamt Bayreuth soweit wie möglich auszugleichen.

Der Landkreischef bat um Prüfung, inwieweit z. B. bei Straßenbaumaßnahmen höhere Förderquoten ansetzbar sind und bekräftigte seine Auffassung, Mehrzweckfahrzeuge und Versorgungslastkraftwagen nicht aus der staatlichen Feuerwehrförderung herauszunehmen: Beide Fahrzeugarten sind gerade auf dem flachen Land für den Mannschafts- und Materialtransport sowie als Führungsmittel unentbehrlich. Weitere Punkte waren die Bündelung staatlicher Fördermaßnahmen z. B. für historische Ortsteile und Kleinstädte sowie ausländerrechtliche Fragen. **DK**

Wirtschaftspolitische Dialog der vbw Schwaben:

Perspektiven und Chancen der Region

Auf Einladung der vbw - Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft haben Vertreter der schwäbischen Wirtschaft mit Parlamentariern verschiedener Parteien im Rahmen des 2. Wirtschaftspolitischen Dialogs Perspektiven und Chancen der Region diskutiert. Der Vorsitzende der vbw-Bezirksgruppe Schwaben, Dr. Hermann Teufel, begrüßte Abgeordnete und Wirtschaftsvertreter auch als Geschäftsführer der Industriepark Gersthofen Service GmbH, auf deren Gelände die Veranstaltung stattfand.

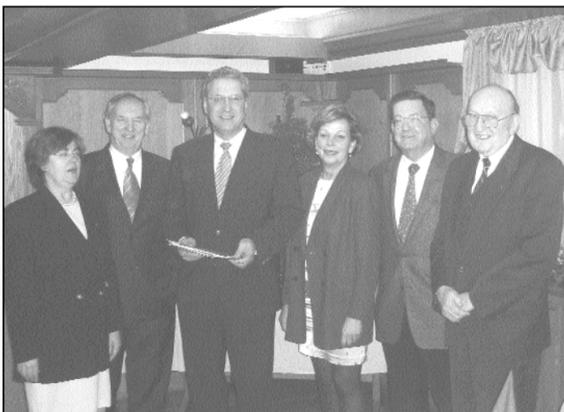
„Wir wollen mit dem Wirtschaftspolitischen Dialog unsere Region Schwaben gemeinsam voranbringen“, sagte Teufel. Schwaben sei ein guter und starker Wirtschaftsstandort, doch in einigen Bereichen gebe es Handlungsbedarf. Teufel hob insbesondere die Versuche zur verstärkten Ansiedlung von Unternehmen in Schwaben hervor.

Als positiven Wert nannte der Vorsitzende die im Raum Augsburg/Schwaben gebündelte Umweltkompetenz. Ein Beispiel dafür sei die vor einem Jahr gegründete CO₂-Beratungsstelle in Augsburg. Der Export von Umweltdienstleistungen und entsprechenden Technologien müsse gefördert werden. Hier entwickle sich insbesondere in Asien ein großer Markt. „Mit jedem Chinesen, der vom Fahrrad auf das Auto umsteigt, steigt

die Notwendigkeit, auch in Umwelttechnologie zu investieren“, bemerkte Teufel.

Vergleichbare Leistungskraft

Auch im Umweltbereich sei der gut laufende Austausch zwischen Wirtschaft und Hochschulen eine wichtige Chance für alle Beteiligten. Er scheue sich auch nicht davor, Augsburg im Rahmen des Konzepts „Greater Munich“ zu betrachten, so der Vorsitzende. Eine vernünftige Arbeitsteilung zwischen beiden Großräumen sei von Vorteil für alle Beteiligten. Teufel: „Man könnte schon fast sagen: Wir bieten im Großraum Augsburg die gleichen Leistungen wie in München, und das zu Preisen von Rostock.“ **DK**



Bei ihrer Jahresschlussstagung hatte die mittelfränkische CSU auch ehemalige Mandatsträger eingeladen. Von links: Christa Matschl (MdL), Dr. Ingo Friedrich (MdEP), CSU-Bezirksvorsitzender Joachim Herrmann (Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion), Christina Diener (FU-Bezirksvorsitzende), Ehrenvorsitzender Bundesminister a.D. Carl-Dieter Spranger und CSU-Gründungsmitglied Horst Erny.

50 Jahre Stadt Dorfen

Vor 50 Jahren wurde die Marktgemeinde Dorfen zur Stadt erhoben. 1954 hatte Dorfen rund 4000 Einwohner, durch die Gebietsreform 1972 kam es durch Eingemeindungen zur Verdoppelung der Einwohnerzahlen. Heute hat Dorfen im Landkreis Erding rund 13.500 Einwohner.

Bei der Stadterhebung am 20. Dezember 1954 übergab der damalige bayerische In-

nenminister Dr. Wilhelm Hoegner die Urkunde. Zur Wiederkehr der Stadterhebung wird ein Heimatbuch und eine Musik-CD „Klingendes Dorfen“ erscheinen. Dorfen ist eine Gründung der Wittelsbacher Herzoge und seit dem 15. Jahrhundert als Wallfahrtsort bekannt.

Bereits im Mittelalter hatte Dorfen das Privileg, jährlich sechs Jahrmärkte abzuhalten.

Vorschau auf GZ 3

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 3, die am 3. Februar erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ≪ Kommunale Baupolitik
- ≪ Schulen • Kindergärten
- ≪ Garten- und Landschaftsbau • Kommunalfahrzeuge
- ≪ Kommunale Freizeitanlagen
- ≪ Kommunalfinanzen
- ≪ Wasserversorgung • Wasserentsorgung
- ≪ Handwerk
- ≪ Fremdenverkehr in Bayern

Bezirksvorstandssitzung der mittelfränkischen CSU:

„Rot-Grün hat Deutschland kälter gemacht“

Gremsdorf. „Eine verheerende Bilanz“ attestierte die mittelfränkische CSU bei einer Bezirksvorstandssitzung der rot-grünen Bundesregierung. „Schröder und seine Mitstreiter sind an ihren eigenen Maßstäben gescheitert“, so Bezirksvorsitzender Joachim Herrmann.

Im Vergleich zum Herbst 1998 seien heute deutlich mehr Menschen arm und mehr private Haushalte überschuldet, und die Arbeitsplätze seien zum „Exportschlagler“ geworden. Sechs Jahre Rot-Grün hätten Deutschland „nicht nur ärmer, sondern auch kälter gemacht“.

Kompetenz der Union

Neben programmatischer Arbeit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit will die mittelfränkische CSU deshalb mit einer „Offensive gegen Rot-Grün“ einen Schwerpunkt der Aufgaben im neuen Jahr setzen und die wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenz der Union herausstellen. Deutschland brauche eine „Revitalisierung der Sozialen Marktwirtschaft als Grundlage für einen leistungsfähigen Wirtschaftsstandort und tragfähigen Sozialstaat“.

Deutschland brauche aber auch einen Kompass mit christlich-europäischem Leitbild. Hier bedarf es einer „mühseligen aber notwendigen“ Wertediskussion, die für Joachim Herrmann „mit Herz und Verstand“ geführt werden müsse. Dabei stehe die Union für einen „aufgeklärten Patriotismus“. Es sei im Interesse aller, die Integration zu fördern, aber „multikultureller Beliebigerkeit und Parallelgesellschaften“ eine klare Absage zu erteilen.

Anstelle eines Beitritts zur Europäischen Union plädiert die mittelfränkische CSU eindeutig

für eine privilegierte Partnerschaft mit der Türkei. Von den Grundlagen, Werten und Spielregeln Europas sei die Türkei noch weit entfernt: „Wenn die EU ihre Souveränität bei der Entscheidung über die Aufnahme neuer Mitglieder behalten will, muss sie jetzt den Mut zum ‚Nein‘ haben“, sagte Dr. Ingo Friedrich, stellvertretender CSU-Vorsitzender und Vizepräsident des Europäischen Parlaments: „Lieber eine gute Nachbarschaft als eine misslungene Integration und falsche Liberalität“.

Ideologische Debatte

Die mittelfränkische CSU forderte ferner ein Ende der Diskussion um die Gesamtschule. Joachim Herrmann, auch Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, meinte dazu: „Ob man das Einheitsschule oder Gemeinschaftsschule nennt, die ideologische Debatte um die Schulstrukturen nützt den bayerischen Schülerinnen und Schülern überhaupt nichts.“

Die Gesamtschulen in anderen Bundesländern seien eindeutig Verlierer aller PISA-Studien. Dem weiteren Ausbau von Betreuungsangeboten zur Mittagszeit oder an Nachmittagen stehe die CSU aber positiv gegenüber.

Um die im nächsten Jahr anstehenden außerterminlichen Kommunalwahlen in Mittelfranken will sich die CSU besonders annehmen. In fünf von 191 mittelfränkischen Städten und Ge-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt ein Prospekt vom Verlag C. H. BECK in München bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Hallertauer Landräte:

Touristisches „Spitzengespräch“

Die Hallertauer Landkreise werden auf dem Gebiet der Tourismusförderung auch im Jahr 2005 weiterhin eng zusammenarbeiten. Darauf einigten sich die Landräte der Landkreise Pfaffenhofen, Kelheim, Freising und Landshut bei einem touristischen „Spitzengespräch“ im Landratsamt Pfaffenhofen.

Die Landkreis-Chefs Rudi Engelhard und Josef Eppeneder (Landshut) sowie die Landratsstellvertreter Josef Neumaier (Freising) und Dr. Gerhard Merkl (Kelheim) waren sich einig, die vertrauensvolle Zusammenarbeit fortzusetzen.

Im Mittelpunkt der Planungen wurde, soll die Hallertau vor allem überregional in den umliegenden Großstädten noch bekannter werden. „Die Landkreise setzen dabei nach wie vor auf die Kooperation mit den Kreisverbänden des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbands und den einzelnen Gastronomen“, betonte Engelhard. Eine leistungsfähige und gutorganisierte Gastronomie sei die Grundvoraussetzung für die Zufriedenheit der Gäste.

Der „positive Zuspruch sowohl von Seiten der Anbieter touristischer Leistungen als auch von den Gästen und aus der Bevölkerung“ sei unübersehbar, betonte der Landkreischef. Im Rahmen der gemeinsamen touristischen Maßnahmen sei es wichtig, die nach wie vor starke „Hallertauer Identität“ aufzugreifen und zu stärken. Engelhard: „Der gemeinsame Auftritt im Donau-Einkaufszentrum in Regensburg und das anerkannte einheitliche Erscheinungsbild bei der Werbung haben gezeigt, dass es richtig ist, die Hallertau als Ganzes darzustellen.“

Der Pfaffenhofener Landrat wies vor allem auf die erheblichen „Synergieeffekte“ hin, die durch das gemeinsame Marketing und die gemeinsamen „Produktlinien“ entstehen: „Die Themen Hopfen, Bier, die Schönheit der Landschaft und die kulinarischen Köstlichkeiten kommen bei den Menschen sehr gut an.“

Als gemeinsame Projekte der Arbeitsgemeinschaft „Hopfenland Hallertau“ stehen heuer u.a. eine neue Internetpräsentation, Teilnahmen an der Tourismusmesse CBR und der Bundesgartenschau in München, sowie Werbemaßnahmen mit Pauschalangeboten und für Gruppenreisen auf der Tagesordnung. **DK**

meinden werden in 2005 neue Bürgermeister gewählt und im Landkreis Roth steht am 25. September die Landratswahl an. Da die Kommunalpolitik eine „tragende Säule“ in der Gesellschaft ist, will sich die CSU intensiv um einen Sieg ihrer Kandidaten bemühen. **pm**